



2. Sitzung

Mittwoch, 1. April 2020

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin

Abwicklung und Änderung der Tagesordnung

21

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft

– Drs 22/50 –

43

dazu

Antrag der Fraktionen der SPD, GRÜNEN, CDU und LINKEN:

Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters gemäß § 12 Absatz 1 GO

mit

Beratung gemäß § 12 Absatz 2 GO

21

Änderung der Geschäftsordnung der Bürgerschaft

– Drs 22/55 –

43

und

Antrag der Fraktionen der SPD, GRÜNEN, CDU und LINKEN:

Erster Bürgermeister Dr. Peter

Tschentscher

21

Dennis Thering CDU

24

Dirk Kienscherf SPD

26

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE

29

Cansu Özdemir DIE LINKE

33

Dr. Alexander Wolf AfD

36

Anna-Elisabeth von Treuenfels-

Frowein FDP fraktionslos

38

Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks

39

Änderung der Geschäftsordnung der Bürgerschaft

– Drs 22/59 –

43

Dr. Alexander Wolf AfD

43

Dennis Gladiator CDU

43

Krzysztof Walczak AfD

44

Olga Petersen AfD

44

Marco Schulz AfD

45

Detlef Ehlebracht AfD

45

Dirk Nockemann AfD

46

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE

47

Zur Geschäftsordnung

41

Krzysztof Walczak AfD

41

Dennis Gladiator CDU

42

Dr. Alexander Wolf AfD

42

Beschlüsse

48

Beschluss

42

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl von Vizepräsidentinnen und/oder Vizepräsidenten	49	"Hamburger Schutzschirm" – Erstes Maßnahmenpaket für von der Corona-Virus-Epidemie geschädigte Unternehmen und Institutionen	
Ergebnis	49	– Drs 22/44 –	50
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		dazu	
Wahl eines Mitglieds für den Kontrollausschuss zur parlamentarischen Kontrolle des Senats auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes		Antrag der CDU-Fraktion:	
– Drs 22/30 –	50	Tilgungsvorgabe für COVID-19-Kreditaufnahme präzisieren	50
Ergebnis	66	– Drs 22/54 –	
Dringlicher Senatsantrag:		und	
Antrag auf Feststellung des Vorliegens einer außergewöhnlichen Notsituation in Folge einer Naturkatastrophe im Sinne von Artikel 72 Absatz 3 Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg – Entwurf eines Gesetzes zum Erlass des Covid-19-Notsituationsgesetzes sowie zur Aufhebung haushaltsrechtlicher Vorschriften	50	Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
– Drs 22/42 –		Zeitlich befristete Vermögensabgabe zur Finanzierung der durch Corona bedingten Neuverschuldung einführen	50
mit		– Drs 22/56 –	
Dringlicher Senatsantrag:		sowie	
Dringlicher Antrag – Haushaltsbeschluss 2019/2020: Hamburger Schutzschirm – Erhöhung des Kreditrahmens der Hamburgischen Investitions- und Förderbank sowie Sicherheitsleistung zugunsten der Hamburgischen Investitions- und Förderbank im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie	50	Antrag der AfD-Fraktion:	
– Drs 22/43 –		Ergänzungsantrag: Zeitliche Befristung der Schuldenbremse für das Haushaltsjahr 2019/2020	50
und		– Drs 22/58 –	
Senatsmitteilung:		Senator Dr. Andreas Dressel	50
		Thilo Kleibauer CDU	53
		Dr. Mathias Petersen SPD	55
		Farid Müller GRÜNE	57
		Norbert Hackbusch DIE LINKE	59
		Marco Schulz AfD	60
		Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP fraktionslos	61
		Hansjörg Schmidt SPD	62
		Dr. Gudrun Schittek GRÜNE	63
		David Stoop DIE LINKE	63
		Detlef Ehlebracht AfD	64
		Beschlüsse	65
		Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:	
		Verständigung zum Faktencheck Fernbahnhof Diebstreich – Bekräftigung des Beschlusses der Bürgerschaft aus der 21. Wahlperiode	
		– Drs 22/37 –	66

dazu

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

**Das Hamburger Eisenbahnnetz
zukunftsfähig gestalten – Bür-
gerschaft umfassend einbin-
den vor Entscheidung zum
Fern- und Regionalbahnhof Al-
tona**

– Drs 22/57 – 66

Heike Sudmann DIE LINKE 66, 73

Ole Thorben Buschhüter SPD 67, 75

Rosa Domm GRÜNE 68

Dr. Anke Frieling CDU 69

Detlef Ehlebracht AfD 70

Senator Dr. Andreas Dressel 71

Norbert Hackbusch DIE LINKE 72

Dirk Kienscherf SPD 73

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE 74

Beschlüsse 75

Sammelübersicht 76

Beschlüsse 76

Dringlicher Senatsantrag:

**Haushaltsplan 2019/2020, Ein-
zelplan 9.2 – Allgemeine Fi-
nanzwirtschaft, Abrechnung
des Länderfinanzausgleichs für
das Haushaltsjahr 2019: Ge-
nehmigung überplanmäßiger
Kosten nach § 39 Landeshaus-
haltsordnung und Nachbewilli-
gung weiterer erforderlicher
Kosten nach § 35 Landeshaus-
haltsordnung**

– Drs 22/8 – 76

Beschlüsse 76

Beginn: 13.41 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren, bitte nehmen Sie doch gern jetzt Ihre Plätze ein.

Ich eröffne unsere zweite Sitzung in dieser Legislaturperiode, diesmal vom großen Festsaal aus. Der Ort ist historisch neu, die Umstände, unter denen wir heute tagen, sind geblieben, das heißt, die Fraktionen haben sich darauf verständigt, heute mit etwas mehr als der Hälfte unserer 123 Abgeordneten hier zu tagen. Dadurch können wir sicherstellen, dass sie genügend Abstand halten und wir alle zur Gesundheit beitragen.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei allen, die das heute hier eingerichtet haben: bei unserem Rathauservice, stellvertretend für alle bei Herrn Dumlu, bei unseren Ratsdienerinnen und Ratsdienern, den Technikern, Ausstattern und meiner Bürgerschaftskanzlei – herzlichen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Auch diesmal müssen wir ohne Besucherinnen und Besucher tagen. Umso mehr bedanke ich mich bei der Presse, die unsere Sitzung nach draußen überträgt, und begrüße alle, die uns per Livestream zusehen. Ich kann Ihnen versichern, dass die Bürgerschaft weiterhin alles dafür tun wird, dass Hamburg auch in dieser Krise handlungsfähig bleibt. Wir werden den Senat bei allen vorgeschlagenen und schon durchgeführten Maßnahmen kritisch-konstruktiv begleiten.

Bevor wir jetzt beginnen, möchte ich noch herzliche Geburtstagsglückwünsche loswerden. Diese richten sich an unsere Kollegin Sarah Timmann, die heute Geburtstag hat – herzlichen Glückwunsch, alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Bevor wir nun gleich mit der Regierungserklärung beginnen, teile ich Ihnen vorab noch mit, dass wir Änderungen in der Tagesordnung haben werden. Der Senatsantrag aus Drucksache 22/8 wird nicht debattiert, sondern später im Rahmen der Abstimmungen berücksichtigt werden.

Wir kommen zur **Regierungserklärung** des Ersten Bürgermeisters.

Der Präsident des Senats hat mich gebeten, ihm gemäß Paragraf 12 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung die Gelegenheit zur Abgabe einer Regierungserklärung zu geben. Die Fraktionen haben einvernehmlich vereinbart, dass dazu auch eine Aussprache und Beratung stattfinden soll. Dafür werden jeder Fraktion und dem Senat eine Redezeit von 25 Minuten, fraktionslosen Abgeordneten 5 Minuten zur Verfügung stehen.

Herr Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher, Sie haben das Wort.

Erster Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Hamburg befindet sich im Ausnahmezustand. Die globale Ausbreitung eines neuartigen Coronavirus hat auch unsere Stadt ergriffen. Laut Weltgesundheitsorganisation wurden bisher bei über 700 000 Menschen in mehr als 200 Ländern Infektionen mit diesem Virus nachgewiesen. Die Lage ist ernst. Für die meisten bedeutet eine Ansteckung zwar nur einen leichten Husten oder Schnupfen wie bei einer normalen Erkältung. Viele werden gar nicht krank. Für einige kann das Coronavirus aber sehr gefährlich werden. Das sind vor allem ältere Menschen oder diejenigen, die noch andere Erkrankungen haben. An diese Mitbürgerinnen und Mitbürger müssen wir jetzt denken und alles tun, was nötig ist, um sie zu schützen. Das ist eine Aufgabe für uns alle, für die gesamte Freie und Hansestadt Hamburg.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das Coronavirus ist hoch infektiös und so neuartig, dass unser Immunsystem nicht darauf vorbereitet ist. Es kann sich dadurch sehr schnell verbreiten. Die dramatischen Bilder aus Italien und anderen Ländern mahnen uns. Der Schutz von Leben und Gesundheit muss bei unserem Handeln an oberster Stelle stehen. Wir müssen verhindern, dass zu viele Menschen gleichzeitig schwer erkranken und dann in unseren Krankenhäusern nicht mehr ausreichend behandelt werden können. Eine Schutzimpfung, die wir gegen die Ausbreitung des Virus einsetzen können, gibt es derzeit nicht. Notsituationen wie diese kennen wir nur aus den Geschichtsbüchern; bedrohliche Ausbreitungen von Infektionserkrankungen sind in der jahrhundertealten Geschichte unserer Stadt aber keineswegs einmalig. Die Choleraepidemie im 19. Jahrhundert zum Beispiel ist tief im historischen Bewusstsein unserer Stadt verankert; der Hygieia-Brunnen im Innenhof des Rathauses erinnert uns an die vielen Opfer dieser Zeit.

Zur Bekämpfung der Cholera wurde seinerzeit Robert Koch nach Hamburg beordert, der den Senat dazu aufrief, Schulen zu schließen und Versammlungen zu verbieten. Robert Koch verordnete der Stadt Isolation und Hygienemaßnahmen. Dadurch konnte schon damals die exponentielle Verbreitung der Cholera in Hamburg gestoppt werden. Auch heute handelt der Senat auf der Grundlage von Empfehlungen des Robert Koch-Instituts, der zentralen Bundesbehörde für den Seuchenschutz in Deutschland, sowie weiterer Experten, die sich mit den medizinischen Fragen dieser Epidemie befassen. Dies tun wir in Abstimmung mit der Bundesregierung und den anderen Ländern, denn niemand kann das Coronavirus allein stoppen.

(Erster Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher)

Das Robert Koch-Institut empfiehlt uns als wirksamstes Mittel gegen die Corona-Epidemie eine Unterbrechung von Infektionsketten durch Hygiene und die Vermeidung direkter persönlicher Kontakte. Wir haben daher das öffentliche Leben in unserer Stadt in kurzer Zeit Schritt für Schritt weitestgehend eingestellt. Veranstaltungen, Versammlungen und Feiern sind verboten, Kitas und Schulen, Restaurants und Läden geschlossen, Besuche in medizinischen und pflegerischen Einrichtungen stark eingeschränkt und Ansammlungen im öffentlichen Raum untersagt. Ausnahmen gelten nur noch für unverzichtbare Wege zur Arbeit, für Bewegung an der frischen Luft, allein oder in häuslichen Gemeinschaften, sowie für die Versorgung für das tägliche Leben.

Die Lebensqualität in einer internationalen, offenen Metropole wie Hamburg besteht gerade in der Vielfalt der Begegnungen, in den Cafés und Clubs, Theatern und Kinos, in dem breiten Angebot der Kultur, im Sport und bei vielen Veranstaltungen, die normalerweise jeden Tag stattfinden. Die jetzt verordneten Einschränkungen des öffentlichen Lebens und der persönlichen Freiheit richten sich fundamental gegen unser Selbstverständnis und die Art und Weise, wie wir in Hamburg leben. Dennoch verhalten sich die Hamburgerinnen und Hamburger verantwortungsvoll. Sie akzeptieren die sehr weitgehenden Einschränkungen in ihrem Alltag und halten sich an die Auflagen, die jetzt erforderlich sind. Dafür möchte ich ihnen im Namen des Senats sehr herzlich danken.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir dürfen mit der Gesundheit und dem Leben von Menschen nicht leichtfertig umgehen und müssen deshalb darauf bestehen, dass sich alle an diese Regeln halten. Der Erfolg unserer Strategie hängt genau davon ab. Das Ziel besteht darin, die Ausbreitung des Coronavirus so zu verlangsamen, dass unser Gesundheitssystem nicht überlastet wird. Wir müssen sicherstellen, dass alle eine gute und auch eine intensivmedizinische Behandlung erhalten können, wenn es darauf ankommt. Hamburg sei dafür gut aufgestellt, betont der langjährige Präsident der Bundesärztekammer und heutige Präsident des Weltärztebundes, Frank Ulrich Montgomery. Gemeinsam mit den Krankenhäusern arbeiten wir daran, die Zahl der intensivmedizinischen Behandlungsplätze zu erhöhen und zusätzliche Beatmungsgeräte zu beschaffen. Gleiches gilt für die Beschaffung von Schutzausrüstungen, insbesondere von Gesichts- und Atemschutzmasken. Hierfür besteht derzeit in ganz Deutschland und weltweit ein enorm gestiegener Bedarf. Daran arbeiten derzeit alle mit Hochdruck, die Krankenhäuser, wir als Stadt und auch der Bund.

Aktuell befinden sich 180 Personen mit Wohnort Hamburg aufgrund einer Erkrankung mit COVID-19 in stationärer Behandlung, davon werden

45 Personen intensivmedizinisch behandelt. Um die Kapazitäten der Kliniken zu schonen, werden Operationen und Behandlungen verschoben, wenn dies medizinisch vertretbar ist. Wir brauchen in den nächsten Monaten weitere qualifizierte Kräfte in den Kliniken. Die Schulungen von Personal für den Umgang mit COVID-19-Patienten haben frühzeitig begonnen. Die Gesundheitsbehörde hat zudem einen Aufruf gestartet, um Personen mit Erfahrungen in Gesundheitsberufen an Krankenhäuser zu vermitteln. Mehr als 800 Freiwillige sind bereits registriert.

Allen Menschen, die sich derzeit für die medizinische Versorgung in Hamburg einsetzen, in den Kliniken und Arztpraxen, in den Pflegeeinrichtungen, Gesundheitsämtern und an vielen anderen Stellen unseres Gesundheitswesens, möchte ich ausdrücklich sagen: herzlichen Dank im Namen des Senats und der gesamten Stadt für Ihren Einsatz.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Die drastischen Maßnahmen, die wir ergriffen haben, sind in der Geschichte unserer Stadt ohne Beispiel. Sie haben weitreichende Folgen für jede und jeden von uns, für die Wirtschaft, die Kultur, für den Sport und viele andere Bereiche unserer Gesellschaft. Neben dem Schutz von Leben und Gesundheit, der an erster Stelle steht, ist die Arbeit von Bund und Ländern darauf gerichtet, auch die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise so gut wie möglich zu begrenzen. Dazu hat die Bundesregierung zahlreiche Maßnahmen für ganz Deutschland beschlossen, die wir in Hamburg in Anspruch nehmen und durch eigene Maßnahmen ergänzen. Wir wollen alles dafür tun, damit unsere Bürgerinnen und Bürger abgesichert sind, dass Arbeitsplätze erhalten und Insolvenzen verhindert werden. Das Programm umfasst unter anderem erleichterte Bedingungen für das Kurzarbeitergeld, zinslose Stundungen von Steuerzahlungen, eine Erstattung von Lohnausfällen aufgrund der Kinderbetreuung, Liquiditätshilfen- und Eigenkapitalstärkung von Unternehmen, einen besseren Schutz vor Insolvenzen, den Schutz von Mieterinnen und Mietern, zusätzliches Geld für die Krankenhäuser und einen vereinfachten Zugang zur Grundsicherung für Menschen, die dies für sich und ihre Familien benötigen.

Die Hamburger Corona-Soforthilfe richtet sich gezielt an Selbstständige sowie an kleine und mittlere Unternehmen. Sie ermöglicht je nach Unternehmensgröße Zuschüsse von bis zu 30 000 Euro, die die Leistungen des Bundes ergänzen und nicht zurückgezahlt werden müssen. Auch gemeinnützige Vereine und Organisationen können diese Zuschüsse beantragen. Bundes- und Landesmittel können online mit einem einzigen Formular beantragt werden. Über 100 Fachkräfte aus anderen Verwaltungsbereichen unterstützen die Investitions- und Förderbank IFB bei der Antragsbearbeitung.

(Erster Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher)

tung, damit das Geld so schnell wie möglich bei den Betroffenen ankommt. Mehr als 16 000 Anträge sind bisher eingegangen, die ersten Zahlungen wurden bereits angewiesen.

Viele weitere Hilfsangebote wurden von der Stadt geschaffen, darunter ein Hilfspaket für Künstlerinnen und Künstler, Privattheater und Musikclubs sowie steuerliche und gebührenrechtliche Hilfen für Gewerbetreibende. Auch für soziale Dienstleistungsunternehmen und Zuwendungsempfängerinnen und -empfänger halten wir die Folgen so gering wie möglich.

Die städtische IFB erweitert bestehende Förderprogramme und die Konditionen, damit Unternehmen Liquiditätsengpässe bewältigen oder dringend notwendige Betriebsmittel für Kultur- und Sportvereine zur Verfügung gestellt werden können. Die genannten Programme und Maßnahmen können in der gesamten Bandbreite genutzt werden. Zusammengekommen bieten sie eine große Unterstützung, um Notlagen abzuwenden und die Herausforderungen der kommenden Monate wirtschaftlich zu überstehen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete, in diesen schwierigen Zeiten müssen sich die Bürgerinnen und Bürger auf unsere Stadt verlassen können. Es geht um die Sicherung von Existenzen, denn wir befinden uns in einer außergewöhnlichen Notsituation. Der Senat bittet Sie, dieses heute auch formal festzustellen, damit im Rahmen unserer Landeshaushaltsordnung bis zu 1,5 Milliarden Euro dafür eingesetzt werden können, die negativen Folgen der Corona-Krise bestmöglich abzuwenden.

Die Corona-Krise ist so umfassend und weitreichend, dass sich an vielen Stellen gleichzeitig unterschiedlichste Probleme ergeben, für die unsere Behörden und städtischen Unternehmen Lösungen finden. Unsere Wohnungsbaugesellschaft SAGA wird mit allen Mieterinnen und Mietern, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, eine gemeinsame Lösung finden. Für den Zeitraum der Schließungen erstatten wir die Elternbeiträge für die Kita. Auch außerhalb des Winternotprogramms stellt die Sozialbehörde mehrere 100 Plätze in einem Notübernachtungs- und Versorgungsprogramm bereit. Die Wohn- und Betreuungsangebote der Jugendhilfe für Menschen mit Behinderungen und des Opferschutzes sowie die sozialen Dienste in den Bezirken werden aufrechterhalten. Gerade in dieser Ausnahmesituation steht der Staat auch unter erschwerten Bedingungen zu seiner Verantwortung gegenüber Hilfs- und Schutzbedürftigen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Unser Staatsamt setzt sich für Hamburgerinnen und Hamburger ein, die zurzeit im Ausland sind und versuchen, nach Hause zu kommen. Es hält Kontakt, informiert, berät und setzt sich gemein-

sam mit dem Auswärtigen Amt in Berlin für die Betroffenen ein. Es ist uns bereits gelungen, rund 120 Hamburgerinnen und Hamburger aus allen Teilen der Welt die Rückkehr in ihre Heimatstadt zu ermöglichen. Auch das ist ein wichtiges Signal, dass sich die Stadt um ihre Bürgerinnen und Bürger kümmert.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Die Grundfunktionen unserer Stadt werden aufrechterhalten. Unsere Unternehmen versorgen uns wie gewohnt mit Wasser, Strom und Wärme, die Stadtreinigung kümmert sich um die Müllentsorgung und die Sauberkeit im öffentlichen Raum, Wochen- und Supermärkte bieten nach wie vor alles, was wir brauchen. Die Unternehmen sind gut aufgestellt, sodass diese Grundversorgung gesichert ist. Busse und Bahnen fahren weiter. Die Verkehrsunternehmen sorgen dafür, dass die gebotenen Abstände zwischen den Fahrgästen eingehalten werden können. Hamburg funktioniert auch in der Krise. Das haben wir all denen zu verdanken, die auch in dieser schwierigen Lage für uns im Einsatz sind: den Verkäuferinnen und Verkäufern, Lkw-Fahrerinnen und -fahrern, Polizeibeamtinnen und -beamten und den Feuerwehrleuten, denjenigen, die unsere Stadt am Laufen halten mit Bussen und Bahnen, in den Stadtwerken, in den Behörden und Unternehmen, die wir für das tägliche Leben brauchen. Jeden Abend um 21 Uhr bedanken sich die Hamburgerinnen und Hamburger dafür mit einem öffentlichen Applaus, dem ich mich gern anschließe. Herzlichen Dank im Namen des Senats und von uns allen, die auf diese wichtige Arbeit angewiesen sind.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Hamburgerinnen und Hamburger! Wir müssen derzeit drastische Einschränkungen für das tägliche Leben in unserer Stadt in Kauf nehmen. Es kommt jetzt darauf an, dass wir, so gut es geht, zu Hause bleiben und den direkten Kontakt mit anderen vermeiden. Wir werden diese Einschränkungen nur so lange aufrechterhalten, wie es für den Schutz von Leben und Gesundheit nötig ist.

Die Bewertung der Lage durch die Wissenschaft und das Robert Koch-Institut entwickelt sich stetig weiter – durch den Verlauf der Epidemie und neue Erkenntnisse über das Virus und die Erkrankung, die es verursacht. Wann der Zeitpunkt gekommen ist, dass wir die in den letzten Wochen getroffenen Maßnahmen schrittweise wieder aufheben, kann derzeit niemand vorhersagen.

Wir brauchen Geduld, denn wir dürfen den Erfolg unserer Strategie nicht aufs Spiel setzen. Hierüber werden wir mit der Bundesregierung und den anderen Ländern und den Gesundheitsexperten sprechen. Bei aller Unsicherheit über die kommenden Wochen und Monate bin ich überzeugt, dass

(Erster Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher)

wir diese Krise gemeinsam gut überstehen können, wenn wir weiterhin zusammenhalten.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die erste Coronavirus-Erkrankung in Hamburg wurde am 27. Februar festgestellt. Der betroffene Patient ist bereits wieder gesund. Und er ist nicht der einzige. Seit Beginn der Krise haben wir nicht nur über 2 000 bestätigte Infektionen in Hamburg, sondern auch über 800 Menschen, die das Virus überstanden haben. Das ist eine gute Nachricht, die uns Kraft und Zuversicht gibt.

Überall in Hamburg gibt es große Hilfsbereitschaft. Auch das zeigt sich in der Krise. Wir sind eine starke Stadt und stehen gemeinsam gegen Corona. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei allen Fraktionen)

Präsidentin Carola Veit: Vielen Dank, Herr Bürgermeister. – Das Wort bekommen nun gleich nacheinander die Fraktionen.

Das Wort bekommt Herr Thering für die CDU-Fraktion.

Dennis Thering CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Coronavirus hat Hamburg, Deutschland und Europa fest im Griff. Die Corona-Pandemie hat uns in den letzten Wochen buchstäblich alle auf eine harte Probe gestellt. Zur Bekämpfung und Eindämmung der Neuinfektionen sind weitreichende Eingriffe in unsere Grundrechte notwendig geworden. Diese sind leider notwendig, weil es derzeit einfach keine andere Möglichkeit gibt, die Ausbreitung des Virus deutlich zu verlangsamen. Und deswegen ist es auch unser aller Verantwortung als Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft, die Beschlüsse und deren Umsetzung mitzutragen und zu unterstützen, und das tut die CDU-Fraktion nach Kräften.

(Beifall)

Infolge dieser massiven Einschränkungen ist das öffentliche Leben, so wie wir es kennen und so wie wir es schätzen, weitestgehend zum Erliegen gekommen. Zu Hause bleiben, Abstand halten, persönliche Hygiene und insbesondere auch Rücksicht und der Schutz unserer besonders gefährdeten älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger und von Risikopersonen sind jetzt das absolute Gebot der Stunde. Wie lange diese Maßnahmen fortgesetzt werden müssen und wann es dann irgendwann zu einer schrittweisen Lockerung kommen wird – das hat der Herr Bürgermeister ja auch schon deutlich gesagt –, das kann heute noch keiner seriös vorhersagen.

Eines steht aber fest, und das ist, glaube ich, ganz klar: Wir brauchen weiterhin Geduld. Es braucht Zeit, in der die Maßnahmen greifen, in der die

Strategie dann am Ende auch zum Erfolg führen wird. Und diese Zeit brauchen wir auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, um unser leistungsfähiges Gesundheitssystem weiter auf die kommenden Herausforderungen vorbereiten zu können. Denn leider, und das gehört zur Wahrheit dazu, werden auch in den kommenden Tagen erwartbar mehr Menschen an dem Coronavirus erkranken. Deshalb ist es auch so wichtig, dass wir uns jetzt alle weiter mit großer Disziplin an die Regeln des Kontaktverbots halten. Nur so wird die Strategie am Ende zum Erfolg werden.

Eines möchte ich gleich zu Beginn tun, es ist mir nämlich eine große Herzensangelegenheit: Ich möchte mich im Namen meiner gesamten Fraktion bei allen bedanken, die jeden Tag bis zur Erschöpfung und darüber hinaus für uns alle, für alle Hamburgerinnen und Hamburger im Einsatz sind – bei den Pflegekräften und Ärzten in den Krankenhäusern und Arztpraxen, den Beschäftigten in den Apotheken, im Einzelhandel, bei der Müllabfuhr, im öffentlichen Nahverkehr, bei der Polizei und Feuerwehr, den Mitarbeitern der städtischen Versorger, in den Behörden, im Gesundheitsamt und, und, und, also bei all jenen, die unsere Stadt im wahrsten Sinne des Wortes auch in diesen schwierigen Zeiten am Laufen halten. Wir alle stehen gemeinsam zusammen gegen Corona, und dafür kann man gar nicht oft genug Danke sagen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! In dieser für Hamburg wahrscheinlich größten Krise seit der Sturmflut 1962 war für uns als CDU sofort klar, dass jetzt nicht die Zeit für politischen Parteienstreit gekommen ist. Sondern wir haben ganz klar gesagt, und das habe ich dem Ersten Bürgermeister auch von Anfang an so kommuniziert: Nur gemeinsam werden wir dieses Virus besiegen und es schaffen, es einzudämmen. Der Schutz der Hamburgerinnen und Hamburger steht über allem, und deshalb können Sie sich weiterhin auf unsere Unterstützung verlassen.

(Beifall)

Gleichzeitig, und das ist uns als CDU-Fraktion sehr wichtig, muss aber auch die Funktionsfähigkeit des Staates, der Infrastruktur und unserer Wirtschaft gesichert werden. Daher gilt: Senat und Parlament, Regierung und Opposition arbeiten hierfür ganz eng zusammen. Mein Dank gilt ausdrücklich, und da wiederhole ich mich gern noch einmal, dem Bürgermeister und dem gesamten Senat für die sehr gute Zusammenarbeit in den letzten Wochen. Und auch wenn wir uns nicht in allen Bereichen einig sind – und natürlich sind wir auch einmal unterschiedlicher Auffassung, wenn es darum geht, welche Maßnahme man vielleicht wie treffen sollte –, ist für uns völlig klar: Am Ende des Tages ziehen wir alle an einem Strang, weil wir alle ein Ziel verfolgen.

(Dennis Thering)

Ich habe es in den letzten Wochen immer wieder gesagt: Hanseaten stehen gerade in diesen schweren Krisenzeiten zusammen. Das zeichnet uns in Hamburg einmal mehr aus.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, zusammenstehen nicht nur wir Hanseaten, sondern auch die Verantwortlichen im Bund. Was unsere Kolleginnen und Kollegen in Berlin vor allem in den letzten Wochen geleistet haben, war ein beispielloser Kraftakt, und ich danke ausdrücklich der Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat für die beschlossenen Hilfspakete, die uns auch in Hamburg sehr, sehr helfen werden.

(Beifall)

Es ist klar, es geht darum, Leben, Wirtschaft und Wohlstand bei uns in Hamburg, aber auch im gesamten Bundesgebiet zu schützen. Denn zur Wahrheit gehört auch: Die hohen Kosten zur Bewältigung dieser Krise und für unser Gesundheitssystem können wir nur tragen, wenn die Wirtschaft und die Unternehmen möglichst unbeschadet durch diese schwere Krise kommen werden. Dafür müssen wir alle gemeinsam arbeiten; ich bin sicher, dass wir das tun werden. Und dann werden wir auch die Wirtschaft so aufbauen, dass sie nach Corona wieder leistungsstark ist und uns in Hamburg so viel Freude bereitet, wie sie es in den letzten Monaten und Jahren auch getan hat.

Es wird Ihnen nicht anders gehen als mir: In den letzten Wochen bekommen wir alle unzählige Anrufe und E-Mails von Unternehmern, die ihre Existenz bedroht sehen, von Mitarbeitern, die um ihren Job fürchten. Ich selbst komme aus einer Handwerkerfamilie; mein Vater führt einen kleinen Handwerksbetrieb mit zehn Mitarbeitern, den mein Großvater vor 50 Jahren gegründet hat. Ich kenne die Lage daher sehr gut und auch aus erster Hand, und ich weiß, wie schwer es für kleine Betriebe derzeit ist und welche Sorgen und Nöte sie haben. Ich sage daher ganz klar, es ist richtig und wichtig, dass der Bund Milliardensummen zur schnellen Hilfe für Unternehmen, für Selbstständige, für Familien und Hilfsbedürftige beschlossen hat.

Der Erste Bürgermeister ist eben schon darauf eingegangen und hat gesagt, wie das im Detail aussieht. Wir haben Soforthilfen für kleine Unternehmen, Hilfsfonds für große Unternehmen, eine Ausweitung der Kurzarbeit, die uns schon hervorragend durch die Finanzkrise geführt hat. Der Schutz von Mietern und gleichzeitig aber auch die Berücksichtigung der Folgen für Vermieter sind in diesem Paket ebenso ein sehr wichtiger Bestandteil. Für uns lautet daher der Dreiklang auch: Arbeitsplätze erhalten, Einkommen sichern und Unternehmen schützen. Das ist, glaube ich, genau der richtige Weg, und dieses 750-Milliarden-Euro-Paket des

Bundes ist die richtige und konsequente Antwort auf diese Krisenzeit.

Die Bundesregierung vergleiche ich immer gern mit der deutschen Nationalmannschaft. Die Bundesregierung ist genauso wie unsere Nationalmannschaft da, wenn wir sie brauchen, wenn es darauf ankommt, wenn sie liefern muss. Und daher an dieser Stelle noch einmal ein ganz herzliches Dankeschön nach Berlin; ich glaube, die handelnden Politikerinnen und Politiker haben es verdient. Von daher auch aus Hamburg noch einmal ein herzliches Dankeschön an die Kolleginnen und Kollegen in Berlin.

(Beifall)

All das können wir uns im Übrigen nur leisten, weil wir in den letzten Jahren eine eiserne Haushaltsdisziplin gehalten haben. Die von Teilen der Sozialdemokraten, der GRÜNEN und der LINKEN immer wieder kritisierte schwarze Null wird uns jetzt bei der Bewältigung dieser Krise maßgeblich helfen. Und nicht nur um diese politisch richtige Entscheidung werden wir weltweit beneidet, wir sehen gerade auch in dieser Krise, wie wichtig es ist zu schauen, wer im Bund das Sagen hat.

Die Bundeshilfen müssen jetzt – und das ist, glaube ich, sehr wichtig – eng mit den Hilfen hier in Hamburg verzahnt werden und zügig bei den betroffenen Unternehmerinnen und Unternehmern ankommen. Das ist ganz entscheidend. Da ist der Hamburger Senat jetzt in der Pflicht und muss dies sicherstellen.

Das gilt natürlich auch bei der Einrichtung von Corona-Testcentern, den Kampf gegen zunehmende häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder, die Unterbringung von Obdachlosen. Hier gibt es viel zu tun, meine Damen und Herren, und auch hierbei unterstützen wir den Senat nach Kräften.

Eine Bitte an den Hamburger Senat habe ich noch, und zwar zu einer ganz konkreten Maßnahme. Als Hanseaten stehen wir ja nicht zwingend allem nah, was die Bayern so machen, aber eine Sache finde ich dann doch besonders vorbildlich: freie Verpflegung für alle Mitarbeiter in Krankenhäusern, Kliniken, Altenpflege- und Behinderteneinrichtungen. Bayern übernimmt ab heute die Kosten für Essen und Getränke während der Corona-Krise. Es wäre doch eine gute Idee, meine Damen und Herren, das auch in Hamburg zu machen; das könnte doch ein wichtiges Signal von uns sein, das von der heutigen Sitzung ausgeht. An dieser Stelle herzlichen Dank für die Arbeit, die rund um die Uhr von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dort geleistet wird.

(Beifall)

Dass eine Krise auch immer etwas Gutes hervorbringen kann, zeigen die letzten Tage und Wochen. Es geht eine unglaubliche Welle der Solidari-

(Dennis Thering)

tät und des Zusammenhalts durch unsere Stadt und durch unser Land. Und ich glaube, dieser mitfühlende Umgang mit der Krise kann Vorbild für die ganze Gesellschaft sein und dafür sorgen, dass unsere Gesellschaft nachhaltig zum Besseren verändert wird. Mich beeindruckt es enorm, wie Menschen für ihre besonders gefährdeten Nachbarn mit einkaufen gehen, wie Lebensmittelgeschäfte, Apotheken und Restaurants ihre Lieferangebote deutlich ausweiten, wie Kinder und Eltern ihre Großeltern unterstützen. Die Familien und die Stadtgesellschaft halten hier bei uns in Hamburg, aber auch in ganz Deutschland in dieser schweren Zeit zusammen. Und genau diesen Geist sollten wir uns erhalten, denn er stärkt den notwendigen Zusammenhalt und schwächt diejenigen Kräfte, die auf Spaltung und Ausgrenzung setzen.

Die Menschen, das sehen wir jetzt, glaube ich, einmal mehr, sind so viel besser, als ihnen von manchen Strömungen immer wieder gern unterstellt wird. Am Coronavirus scheitern nämlich die Populisten, denn sie können ihre geliebten Feindbilder nicht mehr pflegen. Ich finde es schon sehr auffällig, dass die politischen Ränder auch hier bei uns in diesem Hause dazu offensichtlich keinerlei Ideen haben, zumindest habe ich in den Tagen und Wochen dazu nichts Substanzielles gehört.

(Zuruf)

Genau das ist die Chance, liebe Kolleginnen und Kollegen, die politische Mitte insgesamt wieder zu stärken. Denn jetzt zeigt sich, wer in Hamburg und wer in ganz Deutschland zusammensteht, um unsere Stadt und unser Land möglichst gut durch diese Krise zu führen.

(Beifall)

Es zeigt sich einmal mehr, dass unser demokratischer Staat, die Parlamente und demokratisch legitimierte Regierungen handlungsfähig sind. Der Staat ist stark, wenn er gebraucht wird. Unsere Demokratie ist stark. Und darauf können wir alle zusammen zu Recht stolz sein.

(Beifall)

Und dann zeigt uns diese Krise auch schon, was danach kommen kann und was danach kommen wird. Das digitale Arbeiten erlebt notgedrungen zurzeit, wir erleben es alle Tag für Tag, mit Videokonferenzen und Telefonschalten Hochkonjunktur. Vieles davon wird und vor allem es muss auch bleiben. Die Digitalisierung kann dadurch einen enormen Schub bekommen, und das wird am Ende des Tages unserer Stadt und dem ganzen Land helfen. Daraus müssen wir unsere Schlüsse und politischen Konsequenzen ziehen. Dazu werden wir auch hier in diesem Parlament in den nächsten Monaten und Jahren sicherlich noch intensive Debatten führen.

Meine Damen und Herren, denken und vergessen wir heute in diesen schweren Stunden, Tagen und Wochen nicht diejenigen, die allein sind. Diejenigen, die ihre Angehörigen in diesen Tagen allein beerdigen müssen. Diejenigen, die keine Angehörigen haben und ganz allein vor den großen Herausforderungen in dieser Krise stehen. Diejenigen, die krank sind und auf eine schnelle Genesung hoffen, und diejenigen, die Angst und Sorge haben, wie es weitergeht mit ihrer Existenz, mit ihrem Unternehmen oder ihrem Arbeitsplatz. Diese Botschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollte heute aus dieser Debatte in unsere Stadt getragen werden: Wir alle stehen an Ihrer Seite, vereint in diesen Zeiten. Bitte bleiben Sie gesund. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt bekommt das Wort Herr Kienscherf für die SPD-Fraktion.

Dirk Kienscherf SPD:* Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Thering, vielen Dingen, die Sie gesagt haben, kann ich zustimmen. Ich glaube, es ist heute an der Zeit, die Gemeinsamkeiten im Parlament in den Vordergrund zu rücken; das ist der Appell, der von uns ausgehen sollte.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Sie haben schon zu Recht darauf hingewiesen, dass dies eine der schwersten Krisen der letzten Jahrzehnte ist, die unsere Stadt, aber auch unser Land und Europa erleben müssen. Wir alle hören tagtäglich die schockierenden Nachrichten aus Italien, aus Spanien; es sind schlimme Bilder, die uns erreichen. Aber uns erreichen auch die Nachrichten aus Pflegeheimen wie in Würzburg, wie in Wolfsburg. All das sind schlimme Dinge, all das sind riesige Herausforderungen. Deswegen will ich als Erstes unser Mitgefühl ausdrücken den Menschen, die geliebte Menschen verloren haben oder deren Leben bedroht ist. Denen, die ihre Väter verloren haben, ihre Mütter, deren Söhne und Töchter gefährdet sind, die Freunde verloren haben oder die darum bangen, ob Freundinnen und Freunde es schaffen werden. Ich glaube, wir alle sollten diesen Menschen Solidarität und Mitgefühl entgegenbringen, die zugleich Mahnung, aber auch Auftrag an uns sind, dass wir gemeinsam handeln, dass wir gemeinsam kämpfen, dass wir Leben retten, dass wir das soziale Leben aufrechterhalten können, dass wir alle gemeinsam daran arbeiten in dieser Stadt, aber auch in Deutschland und solidarisch in Europa und der Welt, diese Krise zu überwinden. Ich glaube, das ist ein wichtiges Signal, das aus dieser Debatte hervorgehen sollte.

(Beifall)

Ich will natürlich einleitend auch im Namen der SPD-Fraktion den Menschen ganz herzlich dan-

(Dirk Kienscherf)

ken, die mit ihrem Einsatz und unter Gefährdung ihrer eigenen Gesundheit gerade im medizinischen Bereich dafür sorgen, Leben zu retten: in den Krankenhäusern, in den Pflegeheimen, in den Arztpraxen, in den ambulanten Pflegediensten. Wir alle wissen, wie wertvoll Ihr Einsatz ist, und wir alle sagen hier und heute: Vielen, vielen Dank, dass Sie sich so für die Menschen in unserer Stadt einsetzen.

(Beifall)

Und lassen Sie mich auch an diejenigen denken und ihnen danken, die eben auch schon erwähnt worden sind: den Busfahrerinnen und Busfahrern, den Menschen an den Kassen in den Supermärkten, den Polizistinnen und Polizisten, den Feuerwehrleuten – all denen, die dazu beitragen, dass unser tagtägliches Leben noch funktionieren kann. Und ich möchte auch den Menschen danken, die gerade eigene Krisensituationen bewältigen, die in wirtschaftlicher Not sind, den Familien und den Eltern, die zum Beispiel aufgrund drohender Arbeitslosigkeit in wirtschaftliche Nöte geraten sind und jetzt tagtäglich versuchen, mit ihren Kindern das Beste daraus zu machen, in beengten Wohnverhältnissen. All das kann man gar nicht hoch genug anerkennen, und wir sollten heute sagen: Wir unterstützen Sie darin. Wir sind bei Ihnen. Wir erkennen die Leistung an, die Sie vollbringen, um über die Runden zu kommen. Dieses Signal sollte von der Bürgerschaft ausgehen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Was der Bürgermeister gesagt hat, zeigt, wie ernsthaft und wie konstruktiv mit dieser Krise umgegangen wird, und ich will ausdrücklich dem Ersten Bürgermeister, aber auch der Zweiten Bürgermeisterin, dem Senat und der Verwaltung danken, die in einem engen Austausch untereinander vieles möglich machen, was man von vornherein gar nicht für möglich gehalten hat.

Ich finde, dass der Hamburger Senat sich wohlwendend von anderen Regierungen abhebt, wenn er sagt, es gehe um die Sache und nicht um persönliche Profilierung. Das ist vielleicht etwas, Herr Thering, wo ich sagen muss, dass man bei dem einen oder anderen Ministerpräsidenten nicht immer das Gefühl hat, dass es nur um die Sache geht. Aber wie der Hamburger Senat agiert, wie er die Gemeinsamkeiten sucht mit den anderen Ländern, mit allen Beteiligten, wie er immer wieder deutlich macht, dass es hier um eine Existenzfrage geht, in der die eigene Profilierung zurückzustehen hat und es stattdessen darum geht, dass wir gemeinsam Menschenleben retten, dass wir gemeinsam Existenzen schützen, dass wir gemeinsam diese Stadt, aber auch das Land voranbringen, das ist etwas, das unsere Anerkennung findet.

(Beifall)

Der Bürgermeister und Herr Thering haben darauf hingewiesen, dass es zu großen Einschränkungen gekommen ist, die wir alle spüren. Wir alle sind gehalten, Kontakte zu vermeiden, Abstand zu wahren. Wir alle tun dies, um Zeit zu gewinnen, um den Krankenhäusern und dem Gesundheitssystem zu ermöglichen, die Kapazitäten aufzubauen, die wir brauchen für die Menschen, die noch ernsthaft erkranken werden. Deswegen ist es gut und auch richtig, dass der Senat Krankenhäuser, aber auch Ärzte dabei unterstützt, an Schutzausrüstung zu kommen. Denn das ist wichtig. Den Menschen, die helfen wollen, müssen wir auch unsere Hilfe geben. Es muss eine Selbstverständlichkeit sein, dass diese Menschen die notwendigen Mittel und Materialien bekommen. Daran müssen wir arbeiten, dafür müssen wir gemeinsam kämpfen.

(Beifall)

Und wir müssen in diesem Zusammenhang auch darüber nachdenken, wie eigentlich Unternehmen mit dieser Krise umgehen und wie wir künftig mit solchen Dingen umgehen wie gerade im medizinischen Bereich, wo Schutzmasken zum Beispiel früher einmal Cent-Beträge gekostet haben, dann 2 Euro, heute um die 13 Euro. Ich glaube, auch das ist etwas, das wir mitnehmen müssen bei allen Gemeinsamkeiten: Jeder muss seine Verantwortung wahrnehmen. Das erwartet diese Gesellschaft. Sie erwartet nicht, dass es Einzelne gibt, die Gewinne aus dieser Krise generieren wollen. Das lehnen wir ab, meine Damen und Herren. Das wollen wir nicht.

(Beifall)

Es ist gut, dass alle gemeinsam mit dem Bund – der Bürgermeister hat es angesprochen – umfassende Beschaffungsmaßnahmen eingeleitet haben, dass wir die Zusammenarbeit verbessert haben, um die Kapazitäten an Intensivbetten und Beatmungsgeräten zu verbessern. All das trägt dazu bei, uns zu rüsten für das, was noch kommt – und da kann noch vieles kommen. Deswegen ist es gut, dass wir Vorsorge betreiben.

Deswegen ist es auch gut, dass wir gerade dort Maßnahmen ergreifen, wo Menschen besonders gefährdet sind, so auch in Pflegeheimen, auch wenn es schmerzhaft ist, dass es jetzt keine Kontakte mehr gibt. Jeder wird wahrscheinlich in seiner Familie selbst Menschen haben, die in Pflegeheimen leben, und es ist schon schmerzhaft, wenn man diese Menschen tagtäglich unterstützt hat und man weiß, dass sie darauf warten, dass ihre Angehörigen kommen, dass sie sich darauf freuen, Kontakt zu haben, dass sie darauf warten, Therapien zu erhalten, wenn all dies jetzt wegfällt. Aber auch da geht der Schutz vor. Auch da muss es unser gemeinsames Bestreben sein, diesen Menschen zu helfen beziehungsweise sie davor zu schützen, dass sie schwer erkranken oder versterben.

(Dirk Kienscherf)

Von daher möchte ich mich noch einmal im Namen der SPD-Fraktion bei allen Oppositionsparteien bedanken, dass wir bei diesen schwierigen Entscheidungen, bei all den Maßnahmen, die wir bisher getroffen haben, den Einschränkungen, den Begrenzungen des öffentlichen Lebens und den Kontaktbeschränkungen immer das Gefühl hatten, dass wir hier gemeinsam ein Ziel verfolgen: die Menschen zu schützen, Hamburg voranzubringen. Dafür möchte ich mich im Namen der SPD-Fraktion noch einmal ausdrücklich bedanken.

(Beifall)

Es ist schon angesprochen worden, dass angesichts der größten Herausforderung auch eines der größten Hilfspakete überhaupt gestartet worden ist, von der Bundesregierung, aber auch von den einzelnen Bundesländern. Auch in Hamburg werden wir heute darüber entscheiden. Wir werden außerdem darüber entscheiden – und die Signale sind ja äußerst positiv –, dass wir, wie es die Schuldenbremse ermöglicht, im Rahmen eines Notfalls, eines Ausnahmezustands entsprechende Möglichkeiten und Spielräume schaffen. Es ist gut, dass Hamburg diesen Spielraum schafft. Es ist gut, dass wir 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung stellen, um jetzt in der Not zu helfen, dass wir gleichzeitig aber auch sagen, wir werden das später zurückzahlen. Auch das haben wir auf dem Plan. Aber jetzt geht es erst einmal darum, aktiv zu helfen, und es ist gut, dass wir das heute machen, mit Zweidrittelmehrheit. Das ist ein starkes Signal dieses Parlaments.

(Beifall)

Jeder sollte seine Verantwortung tragen. Der Staat macht das mit diesen umfangreichen Hilfsprogrammen; meine Kollegen werden nachher in der Debatte noch drauf eingehen.

Ich glaube, es ist gut, dass die Bundesregierung beim Thema Beschäftigung und Kurzarbeitergeld die richtigen Entscheidungen getroffen hat. Aber dass jeder seine Verantwortung tragen sollte heißt auch, dass wirklich jeder schauen sollte, ob er noch etwas machen kann. Wenn die Bundesregierung dafür sorgt, Beschäftigung zu sichern, indem sie Unternehmen massiv entlastet und die Kosten der Sozialversicherung übernimmt, dann ist es gut, wenn einige Unternehmen sagen: Wir wissen, dass einzelne Arbeitnehmer, dass einzelne Familien trotzdem in eine Notlage kommen, und wir versuchen, dieses Kurzarbeitergeld aufzustocken. Ja, das ist solidarisches Verhalten. Ja, das ist gut. Ja, das unterstützen wir.

(Beifall)

Genauso ist es bei den Mieterinnen und Mietern. Auch hier hat die Bundesregierung eine gute Regelung getroffen, um in den absoluten Notfällen zu helfen, sodass Mieten gestundet werden können, damit Menschen nicht ihre Wohnungen oder ihre

Arbeitsorte verlieren. Und Hamburg geht da gut voran. Ich bin sehr erfreut, dass die SAGA GWG gleich am Anfang gesagt hat, dass sie auf Mieterhöhungen verzichtet, dass die SAGA gleich am Anfang gesagt hat, ja, wir werden den Mieterinnen und Mietern helfen, die in Notlage sind. Es ist ein gutes Signal, dass die Hamburger Wohnungswirtschaft im Rahmen des Bündnisses für das Wohnen gesagt hat, dem wollen wir uns anschließen, wir wollen helfen. Und genau das brauchen wir, die Solidarität, gerade in der heutigen Zeit. – Vielen Dank, das sind gute Signale.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch gut, dass dank Hamburg dieser Impuls bei den Gewerbemietern herausging in die Republik, dass die Sprinkenhof, dass die HHLA, dass die HOCHBAHN gesagt haben, ja, auch wir können uns Stundungen vorstellen, auch wir wissen um die besondere Situation von Selbstständigen, von Unternehmen. Und da ist es ebenfalls gut, dass die Bundesregierung entsprechende Rahmen geschaffen hat.

Aber ich will sehr ausdrücklich sagen, es ist nicht solidarisch, dass in dieser besonderen Situation milliardenschwere Markenhersteller und große Handelsketten dieses jetzt ausnutzen für ihren eigenen Vorteil. Solidarität für die, die es besonders nötig haben, heißt auch, dass diejenigen zurückstehen, die eigentlich über die Kompetenzen, die eigentlich über die Ressourcen verfügen. Das müssen wir einfach erwarten, auch dieses ist Solidarität. Einige müssen zurückstehen, damit anderen besser geholfen wird. Und das erwarten wir ebenso von diesen Unternehmen.

(Beifall bei der SPD)

Der Bürgermeister hat schon darauf hingewiesen, dass die Bundesregierung erhebliche Mittel zur Unterstützung von Unternehmen, aber auch erhebliche Mittel an Zuschüssen für Soloselbstständige bereitstellt. Die IFB und die KfW werden weitere Mittel bereitstellen zur Stärkung der Liquidität, und sie werden weitere Bürgschaften bereitstellen. Sie werden weitere Risikoabsicherungen vornehmen.

"Solidarität" und "Jeder soll Verantwortung übernehmen" heißt auch, dass die, denen wir alle, denen der Staat vor Jahren mit Milliarden Euro geholfen hat, den Banken, dass auch die Banken und die private Kreditwirtschaft nun etwas davon zurückgeben, und zwar in Solidarität, dass sie Verfahren schneller bearbeiten, dass sie Kreditnehmern besser entgegenkommen. Das erwartet jetzt die Gesellschaft von diesen Instituten. Wir haben ihnen damals geholfen, jetzt haben sie die Pflicht und die Verantwortung, der Gesellschaft zu helfen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich als Letztes nur sagen, die Welt und unsere Stadt werden sich verändern, auch

(Dirk Kienscherf)

nach der Bewältigung der Corona-Krise. Und der Bürgermeister hat schon darauf hingewiesen, dass wir gute Chancen haben und dass wir die Chancen auch nutzen wollen und können, wenn wir alle verantwortungsvoll handeln. Gleichwohl wird sich die Welt verändern, und gleichwohl werden wir dann danach diskutieren oder auch bestimmte Dinge wertschätzen. Wir werden die Menschen wertschätzen, die geholfen haben, wir werden wahrscheinlich auch die sozialen Kontakte, den persönlichen Umgang miteinander wertschätzen. Und wir werden funktionierende Nachbarschaft wertschätzen. Aber ich glaube, wir werden auch wertschätzen – und wir werden unseren Beitrag dazu leisten müssen als Deutschland, als Hamburg –, dass wir nur gemeinsam die Krise bewältigen können, nicht nur in dieser Stadt, nicht nur in diesem Land, im Föderalismus, sondern wenn wir in Europa zusammenhalten. Und ich glaube, das Signal, das von Hamburg ausgeht, dass wir jetzt – wenn auch nur wenige, aber immerhin – Patienten aufnehmen aus Italien, aus anderen Ländern, zeigt, dass wir auf dem Weg zurück sind und dass wir uns dessen bewusst sind, dass wir solche Krisen nur gemeinsam meistern. Ich glaube, auch das ist ein Auftrag, den wir mitnehmen müssen aus dieser Krise, dass das, was am Anfang war, die Abschottung, dass das, was am Anfang war, die Begrenzung von Gütertausch, die jedes Land vollzogen hat und die es damit nur noch schlimmer gemacht hat, dass wir das überwinden müssen und dass wir jetzt dabei sind.

Dieser europäische Gedanke, auch das ist der Auftrag, den wir mitnehmen müssen aus dieser Krise. Wir müssen zusammenhalten, wir müssen zusammenarbeiten und dieses Land und Deutschland muss seine finanziellen Beiträge leisten, damit die anderen Länder, die besonders von der Corona-Krise betroffen sind, unterstützt werden und überlebensfähig sind. Auch das ist ein Auftrag, den wir mitnehmen sollten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wie gesagt, ich danke allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich verantwortungsvoll verhalten. Ich danke allen, die aktiv mithelfen, diese Krise zu überwinden. Ich danke allen, die trotz schwieriger Lebensbedingungen nicht den Mut verlieren. Und ich bin sicher, wenn wir so weitermachen, konzentriert, auch hier gemeinsam in der Bürgerschaft, dann werden wir es schaffen, diese Krise zu überwinden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Das Wort bekommt Herr Dr. Tjarks für die GRÜNE Fraktion.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Hamburgerinnen und

Hamburger! Es zeigt sich nicht nur, wenn zwischen den Rednern der einzelnen Fraktionen immer das Mikrofon desinfiziert werden muss, sondern auch, so wie die Bundeskanzlerin gesprochen hat: Es ist ernst. Und auch sieben Tage, nachdem sie diesen Satz gesprochen hat, kann man sich dem Bürgermeister anschließen, und man muss trotz besserer Infektionszahlen oder einer langsam abflachenden Kurve sehr klar sagen, es bleibt ernst. Wir stehen vor einer der größten Herausforderungen, der unsere Gesellschaft, der unsere Stadt und der unser Gesundheitssystem seit dem Zweiten Weltkrieg begegnet sind. Ich sage Ihnen, wir werden uns als Stadt dieser Herausforderung mit aller Entschlossenheit und mit aller Vehemenz entgegenstellen. Ich glaube, wir sollten uns an dieser Stelle auch ein bisschen Mut machen, wir können, glaube ich, sagen, dass es Hamburg und diesem Land bisher gut gelungen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das Coronavirus hat unseren Alltag auf den Kopf gestellt und ist bis in intime Bereiche von uns allen vorgedrungen. Viele Eltern, gerade Frauen, arbeiten jetzt von zu Hause aus, müssen sich neben der Care-Arbeit noch um das Homeschooling der Kinder kümmern. Das soziokulturelle Leben ist quasi physisch zum Erliegen gekommen. Hinzu kommt die große Ungewissheit darüber, insbesondere, wenn man lange auf einem kleinen Raum zusammen ist, wann dieser Zustand aufhört.

Es ist klar, dass das eine außergewöhnliche Belastung für uns alle ist, aber es ist auch klar und es gilt weiterhin: Die Unterbrechung der Infektionsketten und die Verlangsamung der Ausbreitung von Corona können wir nur gemeinsam leisten. Wir sind alle gefragt, zu jedem Zeitpunkt, an jedem Ort. Und ich möchte für meine Fraktion, aber, ich glaube, auch für dieses ganze Haus sagen, wir sind alle sehr positiv davon berührt, dass die Hamburgerinnen und Hamburger an dieser Stelle wirklich gut mitziehen,

(Beifall bei allen Fraktionen)

denn, und das ist klar, wir machen das aus guten Gründen. Wir müssen alles dafür tun, dass unser Gesundheitssystem die Menschen, und zwar alle Menschen, auch diejenigen, die vielleicht schon ein wenig älter sind, die Vorerkrankungen haben, weiterhin gut versorgen kann. Und deswegen, und das ist sehr wichtig, ist die aktuelle Richtlinie unseres Handelns, dass wir die Epidemie eindämmen wollen, gleichzeitig die intensivmedizinischen Kapazitäten, die Beatmungsplätze ausbauen werden. Wir wollen die kritischen Fälle weiterhin gut versorgen und wir wollen unbedingt eine Situation hier vermeiden, wie sie in Mailand und Madrid – das ist quasi Dantes Inferno dort – entstanden ist, dass wir nicht wollen, dass Ärztinnen und Ärzte in Hamburg entscheiden müssen, wer noch intubiert werden kann und wer nicht. Wir wollen alle Menschen

(Dr. Anjes Tjarks)

in dieser Stadt gut versorgen, und dafür müssen wir wirklich an einem Strang ziehen, und daran sollte sich unser Handeln ausrichten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dafür arbeiten das UKE und die anderen Hamburger Krankenhäuser an mehreren Themen gleichzeitig, einmal an der Aufstockung der intensivmedizinischen Kapazitäten jetzt auf 700, hinzukommend 100 Betten für Kinder. Das UKE insbesondere erforscht im Verbund mit anderen Universitätskliniken Impfstoffe gegen Corona und ist eine der führenden Institutionen weltweit bei der Erforschung von Medikamenten gegen dieses Virus. Und deswegen kann man auch sagen, wir wollen aus Hamburg einen Beitrag zur globalen Lösung und zur globalen Bekämpfung dieser Krise leisten, denn bei Weitem nicht alle Länder sind so stark aufgestellt wie Deutschland, und nicht alle Gesundheitssysteme sind so stark ausgelegt. Das ist das, was wirklich vielen Leuten Leid ersparen kann, Tod ersparen kann. Hamburg kann hier und sollte hier einen Beitrag leisten. Es zeigt, wie wichtig dieser Beitrag ist, historisch gesehen, der Bürgermeister hat den Brunnen, der an die Choleraepidemie erinnert, schon angesprochen, aber auch faktisch gesehen, und es wird darum gehen, dass wir diesen Bereich ebenfalls im UKE in den nächsten Jahren stärken.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es geht aber nicht nur um die Beatmungskapazitäten, um die Zahl der Intensivbetten, sondern meine Vorredner haben das ebenfalls gesagt, es geht auch um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kliniken, es geht darum, dass wir die Zahl der intensivmedizinischen Pflegerinnen und Pfleger erhöhen. Mir ist das sehr wichtig. Auch aus meiner Fraktion ist ein Abgeordneter heute nicht hier, weil er sich als intensivmedizinischer Pfleger weiterbilden lässt. Ihnen und allen anderen, den Ärztinnen und Ärzten, gilt unser besonderer Dank.

Aber ich möchte ausdrücklich sagen, es ist nicht nur der besondere Dank, der ihnen gilt, und es ist nicht nur das Klatschen um 21 Uhr, was mich sehr berührt, sondern ich finde, wenn wir erkennen, dass eine Berufsgruppe systemrelevant ist und sie nicht nur systemrelevant im allgemeinen Sinne ist, sondern auch etwas tut, was uns in unserem Innersten berührt, nämlich mit uns selbst umgehen, mit uns Menschen, und dann mit dem, was uns am wichtigsten ist, nämlich mit der Gesundheit, dann werden wir für diese Berufsgruppe auch nach der Krise darüber reden müssen, dass sie nicht nur beklatscht, sondern auch besser bezahlt wird.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Auch die Vorredner haben es schon angesprochen, die Krise hat zutage gefördert, dass es einen Engpass an Schutzausrüstungen gibt, und es ist aktuell eine Herausforderung für alle Kliniken und

Arztpraxen in Hamburg, bundesweit, aber auch im Ausland, die nötige Schutzausrüstung zu bekommen. Deswegen bin ich sehr dankbar, dass alle staatlichen Ebenen daran arbeiten, mehr Schutzausrüstungen zu bekommen. Die Bundesregierung hat jetzt die Produktion in Deutschland quasi angeworfen, es gibt eine tägliche Luftbrücke nach China, einen einheitlichen Spediteur. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir hier vorankommen. Aber so lange wir hier noch keinen wirklich großen Schritt weitergekommen sind, ist es auch wichtig, dass wir die Schutzausrüstungen auf die Bereiche priorisieren, die sie wirklich brauchen, denn wir können nur mit genügend Schutzausrüstungen den Kampf gegen das Virus gewinnen.

Die Herausforderungen im Gesundheitsbereich sind natürlich bei Weitem nicht die einzigen Herausforderungen, die gerade zu stemmen sind. Es ist klar, dass durch diese Krise, die quasi alle Bereiche des öffentlichen Lebens umfasst, auch die Arbeitsplätze, unser Wohlstand und die Wirtschaft in einem noch nicht absehbaren Ausmaß betroffen sind. Und es ist jetzt schon klar, dass unabhängig von der schon unterschiedlich prognostizierten Dauer dieser Krise wir eine tiefgreifende Rezession erleben werden. Das betrifft die großen Unternehmen, aber vor allen Dingen kleine und mittlere Unternehmen ebenso wie Kulturschaffende, Kleinunternehmerinnen und -unternehmer, Soloselbstständige. Unternehmen, aber auch Menschen geraten unverschuldet in Liquiditätsengpässe, und man muss doch sagen, ganze Branchen haben durch dieses Ziel der Kontaktvermeidung kein Geschäftsmodell mehr.

Deswegen ist es, meine Vorredner haben es gesagt, eine der sehr entscheidenden Aufgaben, dass wir uns diesen Folgen, den Folgen für unsere Wirtschaft, aber auch für jeden Einzelnen mit der Möglichkeit, Geld zu verdienen, vehement entgegenstellen. Und deswegen kann ich hier nur sagen, jeder kann sich darauf verlassen, dass Hamburg und der Bund gemeinsam alle notwendigen Maßnahmen ergreifen werden, damit Corona nicht zu einem Armutsrisiko wird, nicht zu Massenarbeitslosigkeit führt. Das ist unser politischer Auftrag, und dem kommen wir in einem großen Umfang nach.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Auf Bundesebene sind verschiedenste Maßnahmen umgesetzt worden. Es geht um das Kurzarbeitergeld, steuerliche Entlastung, Bürgschaften, KfW-Sonderprogramme, die Entbürokratisierung der Grundsicherung. Wir haben in Hamburg auch den Hamburger Schutzschirm für Corona-geschädigte Unternehmen und Institutionen eingebaut, auf den Weg gebracht, die ersten Auszahlungen sind geleistet, die ersten Anträge sind gestellt, um sozusagen Selbstständigen, Freiberuflerinnen und Freiberuflern, kleinen und mittleren Betrieben zu

(Dr. Anjes Tjarks)

helfen. Und es ist uns erlaubt, zusätzlich zu den Bundeshilfen 2 500 bis 30 000 Euro auszahlend, und zwar unabhängig von der Rechtsform, also beispielsweise auch an gemeinnützige Organisationen und Unternehmen.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und bei den zuständigen Senatsbehörden bedanken, die das in Rekordzeit möglich gemacht haben. Ich möchte sagen, vielen Dank, dass Sie daran gearbeitet haben, vielen Dank, dass Sie täglich helfen, dass Unternehmen nicht kaputtgehen. Und ich möchte aber auch den Unternehmen sagen, wenn es nicht immer ganz so schnell geht, wie vielleicht aus der eigenen Perspektive gewünscht, haben Sie ein bisschen Nachsehen mit denjenigen, die dort arbeiten, alle geben, glaube ich, ihr Bestes.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Mir ist wichtig, auch noch einmal gesondert zu erwähnen, dass wir nicht nur an die Unternehmerinnen und Unternehmer, sondern auch besonders an die Kulturinstitutionen und Sportvereine unserer Stadt denken. Die Stadt vergibt extra Rettungsdarlehen von bis zu 150 000 Euro, weil viele dieser Institutionen über nicht große finanzielle Rücklagen verfügen, aber gleichzeitig die gesellschaftliche Klammer für unser Zusammenleben sind. Sie, die Sportvereine, die Kulturinstitutionen, halten im wahrsten Sinne unsere Gesellschaft zusammen, und deswegen sollten sie sich auch gewiss sein, dass wir ihnen in dieser Krise helfen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

All das sind große finanzielle Anstrengungen, bei denen wir aus meiner Sicht nicht zu zögerlich sein dürfen. Wir sind in der Lage, diese Last zu tragen, weil wir durch die Schuldenbremse eine vorsorgende Finanzpolitik betrieben haben, und diese Stärke, die wir über die vergangenen zehn Jahre aufgebaut haben, können wir jetzt nutzen, um heute eine Ausnahme von der Schuldenbremse zu beschließen. Es geht darum, einen Kreditrahmen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro und die Anhebung der Bürgschaftsübernahmen für die IFB um 400 Millionen Euro auf 860 Millionen Euro zu beschließen. Ich glaube, das ist der richtige Schritt, um Arbeitsplätze und Wohlstand in Hamburg zu sichern.

Als wir damals die Schuldenbremse in die Verfassung geschrieben haben, haben wir extra Artikel 73 Absatz 2 dort hineingeschrieben, was diese Ausnahme mit Zweidrittelmehrheit ermöglicht. Es ist jetzt nicht der Normalzustand, dass die regierungstragenden Fraktionen zwei Drittel der Abgeordneten stellen, und deswegen möchte ich mich ausdrücklich an dieser Stelle bei der Opposition bedanken, denn ich glaube, es ist ein wichtiges Signal, dass nicht nur Hamburg in dieser Krise zusammensteht, sondern dass man dann auch bei

genau dieser Frage, wo wir damals vor ungefähr sechs Jahren gesagt haben, wir wollen, dass dann auch zwei Drittel zustimmen, dass das hier sozusagen eine besonders breite Einigkeit in diesem Haus zu diesen Maßnahmen gibt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Die großen Finanzsummen sind nicht nur in Hamburg beschlossen worden und in Deutschland, überall, wir beobachten einen weltweiten Kraftakt. Es ist klar, dass unser Ziel kurz- und mittelfristig sein muss, die Kapazitäten im Gesundheitswesen auszubauen und gleichzeitig das Armut- und Insolvenzrisiko zu begrenzen. Es ist mir aber ebenso wichtig zu sagen, es wird dann auch darum gehen, wie man die Wirtschaft wieder in Gang bekommt, wie man die Gesellschaft wieder hochfahren kann, dass man sagen kann, mittel- und langfristig wird es natürlich darum gehen, dass wir diese riesigen Investitionssummen auch dazu nutzen, vielleicht einen sozial-ökologischen Umbau, auch einen sozialeren Umbau der sozialen Marktwirtschaft zu machen. Ich habe bereits das Beispiel der Krankenpflegerinnen und -pfleger angesprochen, aber mir geht es natürlich auch darum zu sagen, es ist natürlich nicht so, dass die Klimakrise jetzt eine Pause macht, sondern es ist so, dass wir diese Ziele weiter verfolgen müssen und deswegen diese Investitionssummen auch in Richtung Klimaneutralität bewegen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus schränken unsere Bürgerrechte in nie dagewesener Form in der Geschichte unseres Landes ein. Das hebt diese Krise auf eine sehr persönliche Ebene. Wir alle müssen uns an sehr strikte Einschränkungen halten, unseren Beitrag leisten, auch wenn wir gar nicht infiziert sind. Und dass die Hamburgerinnen und Hamburger dabei so gut mitziehen, ist erst einmal keine Selbstverständlichkeit, aber es hat ein paar gute Gründe.

Ich glaube, der erste Grund liegt darin, dass wir diese Krise – man kann ihr doch nicht entgehen – nicht nur gut erklärt und erläutert haben, was auch die Gründe für diese Maßnahmen sind. Und der zweite Grund liegt darin, dass der Staat auch in Hamburg, anders als in anderen Bundesländern, diese Gebote und diese Restriktionen in aller Regel mit Augenmaß durchsetzt und nur bei wirklichen Verstößen, aber dann auch richtigerweise sehr konsequent vorgeht.

Ich glaube, und das ist der wichtigste Punkt, dass es keinen Zweifel daran geben darf – und es gibt hier auch keinen Zweifel, in Ungarn gibt es Zweifel, aber es darf hier keinen Zweifel daran geben –, dass die freiheitsbeschränkenden Maßnahmen und die Einschränkung der Bürgerrechte nur vorübergehend sind und im Übrigen auch so kurz wie möglich sein müssen, um die Gesundheit der

(Dr. Anjes Tjarks)

Hamburgerinnen und Hamburger zu gewährleisten. Nur wenn wir dieses beachten, wird am Ende in unserer freien und offenen Gesellschaft der breite gesellschaftliche Konsens zur Beschränkung dieser Rechte aufrechterhalten sein. Und es wäre mir sehr wichtig, dass wir sorgsam mit diesem Konsens umgehen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Auch die Bürgerschaft ist unter Einschränkungen hier möglich, und deswegen ist es mir sehr wichtig, dieser Konsens, der muss jeden Tag, und ich meine wirklich jeden Tag, diskursiv und auch argumentativ erneuert werden, weil er erstens sonst nicht legitim wäre und zweitens auch in einer freiheitlichen Gesellschaft, in der wir leben, nicht aufrechtzuerhalten wäre. Und deswegen ist es so wichtig, dass auch wir hier an dieser Stelle im Parlamentarismus in einer solchen Krise uns die Freiheit und die Zeit nehmen, genau darüber zu diskutieren, weil wir hier stellvertretend für die Gesellschaft um diese Punkte ringen müssen. Wir wollen, dass es auch in der Krise einen starken Parlamentarismus gibt. Und das sollten wir als Bürgerschaft auch selbstbewusst beanspruchen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Diese Krise hat neben der gesundheitlichen, neben der wirtschaftlichen, neben der freiheitlichen Dimension natürlich auch eine große soziale Komponente. Mindestens 95 Prozent der Eltern unserer Stadt organisieren die Betreuung ihrer Kinder von zu Hause. Das betrifft über 90 000 Kinder, die häufig einen natürlichen Bewegungsdrang haben und sich besonders bewegen sollen und müssen. Diese Situation betrifft auch die häusliche Belastung von vielen Eltern und insbesondere von Frauen, die sich neben dem Homeoffice, der normalen Care-Arbeit, jetzt auch noch um das Homeschooling mit kümmern müssen. Und wir haben eine Situation, in der wir als Singlehochburg über 50 Prozent der Menschen haben, die zu Hause allein wohnen. Ich will sagen, dass jeder wissen muss, dass der Hamburger Senat und auch die regierungstragenden Fraktionen diese Dimensionen bei allen Debatten um freiheitseinschränkende Maßnahmen genau im Blick haben und man das sehr sorgfältig diskutieren muss.

Alle Entscheidungen, die der Krisenbewältigung dienen und mit der Einschränkung des öffentlichen Lebens in Verbindung stehen, und so nötig sie momentan sind, sind eine Gratwanderung zwischen Angemessenheit und Zumutbarkeit, weil wir uns jedes Mal auch in Demut die Frage stellen müssen, wie weit wir gehen können und sollen. Und genau aus dieser Überlegung heraus ist es aus meiner Sicht sehr sinnvoll und wichtig, dass in den Beratungen im Senat und bei den regierungstragenden Fraktionen das Ergebnis der Allgemeinverfügung in Hamburg so ist, dass man in Hamburg anders als in anderen Bundesländern allein, zu zweit oder

als Familie sich weiterhin ohne Gründe, also zweckfrei in der Öffentlichkeit bewegen kann, weil das nämlich nicht alles löst in der sozialen Frage, aber viele der vorgenannten Themen doch lindern kann. Und jeder sollte wissen, dass, wenn man diese Entscheidung trifft, wir diese Dimension mit im Blick haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Natürlich, um das ebenso zu betonen, leiden in der Krise insbesondere diejenigen, die es auch sonst im Leben am schwersten haben. Das gilt beispielsweise für Menschen ohne Obdach, das gilt für Geflüchtete, das gilt für Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen und bedroht sind. Im Übrigen wissen wir aus anderen Ländern, dass diese Bedrohung durch die häusliche Enge zunehmen wird. Und genau deswegen ist es wichtig, dass die Sozialbehörde hier beispielsweise gehandelt hat und quasi sehr schnell ein neues Frauenhaus aus dem Boden gestampft hat. Es ist wichtig, dass wir zusätzliche Plätze für Obdachlose generiert haben. Aber ich möchte auch sagen, der Staat und die Stadt können das nicht alles allein, und deswegen bin ich sehr berührt davon, dass die Hamburger Zivilgesellschaft, auch wenn sie sich jetzt anders formiert, nicht mehr auf der Straße, sondern eher im Netz, in atemberaubendem Tempo Nachbarschaftshilfe für Ältere anbietet, kulturelle Angebote digital schaltet oder sonst erfinderisch ist, um in der Solidarität zusammenzustehen. Wir müssen auch in Demut sagen, der Staat und die Stadt können das nicht allein bewältigen, wir brauchen die Menschen in unserer Stadt. Ich möchte denjenigen, die sich da engagieren, besonders danken.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir stehen in der Bewältigung dieser Krise nicht allein da. Ich glaube, viele von uns hätten sich ein abgestimmteres Vorgehen auf europäischer Ebene gewünscht, als sich die Dramatik der Situation abgezeichnet hat. Denn wir sollten festhalten, so, wie das Coronavirus vor Landesgrenzen keinen Halt macht, darf auch der Einsatz zur Eindämmung des Virus keinen Halt an Landesgrenzen machen. Und deswegen ist es wichtig, noch einmal zu sagen: Wir wollen, dass der Hamburger Senat, aber auch die Bundesrepublik Deutschland handeln, dass es die Europäische Union und das europäische Wertefundament erstens gebieten, aber zweitens, dass es die offenen Grenzen und die Europäische Union, wie wir sie kennen, hinterher auch noch gibt.

Das betrifft zum einen die Frage der Übernahme von finanziellen Leistungen beispielsweise auch für südeuropäische Länder, aber es betrifft ebenso die gelebte und echte und praktische Solidarität, und deswegen ist es sehr richtig, dass Deutschland über 120 Patienten aus Italien und Frankreich aufnehmen wird und dass Hamburg mithin mit 10 Prozent, also etwa 12 Menschen, dazu beiträgt, dass wir zumindest ein kleines, aber praktisch ge-

(Dr. Anjes Tjarks)

lebtes Zeichen der Solidarität setzen können. Ich bin sehr froh, dass wir zumindest diesen kleinen Beitrag leisten, aber mir wäre es sehr wichtig, dass Europa hinterher stärker zusammensteht. Momentan jedoch beobachten wir an vielen Stellen eher eine gegenläufige Entwicklung, und deswegen ist es relevant, dass das Land, das in der Krise momentan, relativ gesehen, gut dasteht, dass das Land, das wirtschaftlich am stärksten ist, hier seinen realen Beitrag dazu leistet und das für sich auch erkennt.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Ich möchte hinzufügen, auch wenn die Situation in Mailand und Madrid gerade besonders schlimm ist: Ich möchte auch, dass wir Griechenland an dieser Stelle nicht vergessen. Wir alle haben richtigerweise auch in diesem Haus vor der Wahl darüber diskutiert, dass die Zustände in den griechischen Flüchtlingslagern, für die im Übrigen nicht Griechenland, sondern ebenso Europa verantwortlich ist, schon damals unhaltbar waren, und wir alle wissen, dass mit der Ausbreitung des Coronavirus diese Situation nicht besser wird, sondern sie sich drastisch verschärft. Und deswegen ist es mir wichtig – wir haben das auch vor der Wahl als Bürgerschaft beschlossen –, dass wir uns für die Übernahme von griechischen Geflüchteten in Hamburg beim Bund einsetzen, dass die Bundesrepublik Deutschland mehr leisten soll. Es wäre sehr wichtig, wenn dieses Signal erneut aus Hamburg kommt. Ich glaube, wir sollten hier unserer Verantwortung gerecht werden. Und "wir" meint Europa, Deutschland und Hamburg zusammen mit den Franzosen und Italienern, um denen zu helfen. Das wäre ein Zeichen der Solidarität und gehört auch in diesen Tagen zum Fundament einer europäischen Werteordnung.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Der Präsident des Robert Koch-Instituts, Lothar Wieler, hat uns vor Kurzem noch einmal ermahnt. Wir stehen am Anfang und nicht am Ende einer Epidemie. Ich kann Sie und uns alle nur aufrufen, dies ernst zu nehmen und den Handlungsanforderungen weiterhin nachzukommen. Die Bundesregierung hat betont, dass die bisherigen Maßnahmen mindestens bis zum 20. April aufrechterhalten werden müssen, um die Wirksamkeit der jetzt beschlossenen Maßnahmen abschätzen zu können. Deswegen möchte ich ausdrücklich sagen, politische Beiträge, die schon jetzt einen sicheren Ausgang aus dieser Krise prognostizieren und bereits eine Lockerung der Maßnahmen, insbesondere aus wirtschaftlichen Gründen, fordern, tun dies auf einer erkenntnisfreien Grundlage. Man kann es auch anders formulieren: Sie spielen mit Leben und Tod, und das ist falsch. Deswegen sollten wir das lassen.

(Beifall)

Wir brauchen keine Debatte über Daten oder eventuelle Lockerungen, sondern wir brauchen stattdessen eine grundsätzlich strategische Debatte über die Frage, wie wir aus dieser Situation wieder herauskommen. Aus meiner Sicht sind Bund und Länder an dieser Stelle in der Pflicht, bis zum 20. April eine Strategie zu diskutieren, vorzulegen und auch vorzubereiten. Ich würde mir sehr wünschen, dass auch wir die Gelegenheit haben in diesem Haus, diese Strategie – wenn sie denn vorliegt, denn sie kann nur als Gesamtstaat erfolgen, eigentlich fast nur als Gesamteuropa, aber mindestens auf nationaler Ebene – zu diskutieren, denn darum wird es gehen und nicht um die Frage nach voreiligen Lockerungsübungen.

Auch wenn wir in dieser Krise physisch gerade nicht zusammenrücken können, so wissen wir doch, dass wir diese Situation nur mit mehr und nicht mit weniger Solidarität lösen können. Das gilt auch für Hamburg. Deswegen bin ich sehr dankbar, dass fast alle hier im Haus bei aller Unterschiedlichkeit in dieser Frage am selben Strang ziehen, denn in dieser Krise liegt auch eine Chance für unsere Stadt.

Wenn wir es schaffen, dass wir uns in diesen Zeiten aufmerksam und mit Respekt zuhören wie beispielsweise heute hier in der Bürgerschaft, um auf dieser Grundlage schnell die richtigen Entscheidungen zu treffen, beispielsweise im Senat und in der Gesellschaft, in den Wirtschaftsunternehmen, um damit nicht nur das Virus erfolgreich zu bekämpfen, sondern auch in diesem Prozess niemanden zurückzulassen, dann hat sich nicht nur der Staat, unser Gesundheitswesen, sondern auch die Freie und Hansestadt Hamburg im besten Sinne als starke Gemeinschaft bewährt. Wir haben alle Chancen dazu, das zu schaffen. Lassen Sie uns das gemeinsam machen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Frau Özdemir bekommt jetzt das Wort für die Fraktion DIE LINKE.

Cansu Özdemir DIE LINKE:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor einigen Wochen konnten wir uns noch gar nicht vorstellen, dass wir in einer solchen Situation sein werden. Wir waren so weit entfernt von einer solchen Situation und damit verbunden auch von den Maßnahmen, die am Ende dann ergriffen werden mussten.

Wir konnten uns gar nicht vorstellen, dass ein Virus zu einer so großen globalen Gefahr werden kann und auch zu einer großen Gefahr werden kann für so viele Menschenleben in unserer Stadt, in diesem Land und weltweit. Es war ebenso unvorstellbar, dass das öffentliche Leben nach und

(Cansu Özdemir)

nach zum Erliegen kommt, und das eben, um Menschenleben zu schützen. Niemand von uns hat bisher eine solche Situation erlebt. Was wir aber an diesen Tagen sehr deutlich erleben, ist, wie verheerend die Folgen des Coronavirus sein können. Die Berichte und die Bilder aus Italien schockieren uns, auch aus Spanien und anderen Ländern. Sie mahnen, alles dafür zu tun, um diejenigen zu schützen, für die das Virus so lebensgefährlich ist.

Wir sind uns einig, dass die Behörden in Hamburg, in Deutschland in diesen Tagen hart arbeiten müssen, um diesen Schutz zu gewährleisten, dass sie schnelle Maßnahmen ergreifen und weitere Maßnahmen ergreifen müssen, um solche schrecklichen Zustände zu verhindern; traumatisierende und schreckliche Zustände wie in Italien, wie wir sie die letzten Tage und Wochen beobachten konnten, in denen Ärztinnen und Ärzte sehr schreckliche Entscheidungen treffen mussten, zum Beispiel, welcher schwerkranke Mensch eines der viel zu wenigen Beatmungsgeräte bekommt, Zustände, in denen Tausende erkrankte Menschen sterben und beerdigt werden, ohne dass ihre Angehörigen dabei sein können. Gerade vor diesem Hintergrund der schlimmen Zustände, die jetzt in Italien in den letzten Wochen und Tagen zu beobachten waren, die Menschen dort erlebt haben, ist es ein wichtiges Zeichen der Solidarität, dass Hamburg erkrankte Menschen aus Italien aufnimmt und sie hier versorgt.

(Beifall)

Solidarität ist das Gebot der Stunde und ein europäisches. Eine Solidarität, die auch von Europa ausgehen sollte, wünschen wir uns in diesen Tagen gerade vor dem Hintergrund, dass so viele geflüchtete Menschen jetzt schutzlos diesem Virus in Griechenland ausgesetzt sind und ebenso in anderen Ländern auf ihren Fluchtwegen. Das wäre auch ein sehr wichtiges Zeichen der Solidarität, gerade den Menschen zu helfen, die wirklich unsere Hilfe jetzt brauchen und von einem starken System profitieren könnten.

(Beifall)

Solidarität, ja, das Gebot der Stunde, zeigt sich hier in der Gesellschaft momentan, aber Solidarität sollten wir auch zeigen mit den Menschen, die diese Situation so hart getroffen hat, diese Krise so hart getroffen hat, gesundheitlich, finanziell und persönlich. In diesen Tagen zeigt sich auch sehr deutlich, welche Jobs die wirklich relevanten sind, ja, die sogenannten systemrelevanten Jobs, die wichtigen Jobs, die wir brauchen, um das System erhalten zu können.

Das sind die Beschäftigten in den Krankenhäusern und in den Pflegeeinrichtungen, die auf Hochtouren arbeiten, um unser Leben zu schützen und dabei ihre eigene Gesundheit aufs Spiel setzen. Das

sind die Beschäftigten im Einzelhandel, die Kassiererinnen und Kassierer, die wortwörtlich den Laden am Laufen halten. In den Berichten konnten wir auch sehr deutlich sehen, dass das viele, viele sehr toughe Frauen sind, die da wirklich sehr engagiert arbeiten,

(Beifall)

die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die sich um die Schwächsten in der Gesellschaft kümmern und die Obdachlosen und um die geflüchteten Menschen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kitas, in den Schulen, die Berufskraftfahrerinnen und -fahrer, die Postbotinnen und -boten und viele andere Berufe, Jobs, die ich hier nicht genannt habe, die aber wirklich in diesen Tagen alles geben.

Hier möchte ich noch einmal sehr deutlich sagen, weil mir das in den anderen Reden sehr stark gefehlt hat – das hat sich doch in den letzten Jahren immer deutlich gezeigt –, dass es vor allen Dingen auch Frauen sind, die diese Berufe machen, die am Ende dann Angst haben müssen vor Altersarmut, aber gleichzeitig auf diesem Weg noch die Care-Arbeit leisten. Deshalb, denke ich, ist es sehr, sehr wichtig, neben Applaus, Lob und Dank sagungen, die wirklich nett sind, auch berechtigt sind, an eine gerechte und faire Bezahlung zu denken und das nach der Krise nicht zu vergessen.

(Beifall)

Dazu gehören auch anständige Arbeitsbedingungen, die sie verdient haben. Wir wissen, dass gerade in den Krankenhäusern die Situation wirklich sehr belastend ist für die Menschen. Deshalb sagen wir, dass wir handeln können, nämlich ein echtes Danke würde sehr konkret auch bedeuten, dass die Menschen, die in diesen Berufen arbeiten, eine monatliche Gefahrenezulage in Höhe von 500 Euro bekommen und wir ihnen so noch einmal deutlich zeigen können, das ist echte Anerkennung und das ist echte Wertschätzung.

Wir möchten in diesen schweren Tagen als Oppositionsfraktion unseren konstruktiven, aber gleichzeitig auch kritischen Beitrag leisten und weitere wichtige Maßnahmen hier einbringen, denn, wenn wir davon sprechen, diese Krise gemeinsam zu meistern, dann gehört auch dazu, dass die Opposition weiterhin auf eine konstruktive Art und Weise ihre Rolle spielt.

Es darf dabei auf keinen Fall die Analyse darüber fehlen, welche Fehler in den letzten Jahren, in der Vergangenheit gemacht wurden. Dazu gehört vor allen Dingen jetzt auch die Erkenntnis, Herr Thering, dass die Privatisierung der Krankenhäuser doch nicht der richtige Schritt war und dass es ein großer Fehler war und dass die Epidemie jetzt auf ein kaputtgespartes Gesundheitswesen trifft, das kaum den normalen Bedarf der Bevölkerung decken kann.

(Cansu Özdemir)

Gerade angesichts der Herausforderungen, die die Krise doch mit sich bringt – und wir haben es hier mit einem sich schnell ausbreitenden Infekt zu tun –, kommt das System auch an die Grenze der Überforderung. Die Vorschriften zur sozialen Distanzierung, die sind notwendig, und sie sind richtig, um die weitere Ausbreitung des Virus einzudämmen, aber sie werden nicht ausreichen, weil die materiellen Voraussetzungen im Gesundheitswesen schwach sind. Das müssen wir sehr offen hier diskutieren. Beispielsweise kann eine ausreichende Zahl an Intensiv- und Quarantänebetten oder auch nur entsprechende Schutzausrüstung für Personal in Krankenhäusern zum jetzigen Zeitpunkt nicht bereitgestellt werden. Das ist wirklich ein kritischer Punkt, über den wir diskutieren müssen und auch sehr deutlich sagen müssen, dass hier energische Maßnahmen erforderlich sind.

(Beifall)

Hier zeigt sich ein weiterer schwerer Fehler der Vergangenheit, nämlich die Herstellung und Produktion von Materialien und Medikamenten überwiegend ins Ausland verlagert zu haben und jetzt in Krisenzeiten davon abhängig zu sein. Wir müssen hier auch über die Forderung sprechen, die wir in den Raum stellen, nämlich eine sofortige Unterstellung aller Krankenhäuser unter die Direktionshoheit der Gesundheitsbehörde.

(Beifall)

Immer noch gibt es nicht lebensnotwendige Produktionen, die nicht den Infektionsschutz für die Beschäftigten sicherstellen können. Immer noch sind Beschäftigte einem Infektionsrisiko ausgesetzt. Deshalb muss auch schnell sichergestellt werden, dass Infektions- und Hygienemaßnahmen überall eingehalten werden, und zwar zum Schutz der Beschäftigten und zum Schutz der Bevölkerung.

(Beifall)

In den vorherigen Reden wurde noch einmal darauf aufmerksam gemacht, dass andere gesellschaftliche Gruppen weiterhin einem hohen Infektionsrisiko ausgesetzt sind. Dazu gehören die Schwächsten der Gesellschaft. Das sind die Obdachlosen, das sind die Wohnungslosen, und das sind die Geflüchteten, die in den Unterkünten sind, die größtenteils noch nicht richtig infektionssicher sind. Die Gesundheit der Betroffenen muss geschützt werden und auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesen Einrichtungen und in diesen Unterkünten.

Man muss doch sehr deutlich sagen, wir gehen durch die Straßen, und wir sehen gerade hier am Hauptbahnhof, dass wenige Menschen auf der Straße sind, aber es immer noch Obdachlose gibt, die versuchen, vor Karstadt oder vor anderen geschlossenen Einzelhandelstüren sich ein Bett zu machen und dort versuchen, sich aufzuwärmen in

ihrem Hab und Gut. Wir müssen bei ihnen sagen, dass die empfohlenen Schutzmaßnahmen bei obdachlosen Menschen doch fast unmöglich umzusetzen sind und dass diese Menschen häufig unter Vorerkrankungen leiden und auch zu einer Risikogruppe gehören.

Deshalb finden wir es richtig, dass zum einen hier aufgestockt wurde, aber zum anderen gibt es wichtige Maßnahmen und Ideen wie zum Beispiel in London, aber auch teilweise in Berlin, die Menschen dezentral in den leerstehenden beziehungsweise nicht ausgelasteten Hotels unterzubringen, damit die Schutz- und die Hygienemaßnahmen wirklich umgesetzt werden können. Ich finde, das ist ein Beispiel, dem Hamburg folgen könnte.

(Beifall)

Viele Menschen, Soloselbstständige, kleine und mittlere Gewerbetreibende, haben sicherlich auch Sie in den letzten Tagen sehr aufgeregt und besorgt angerufen, nach Rat gefragt und bis gestern darauf gewartet, dass nun endlich die Anträge gestellt werden können, weil sie natürlich große Existenzängste haben. Viele kleine Unternehmen – das sind Restaurants, Cafés, das sind Friseurgeschäfte, der Einzelhandel –, bangen um ihre Existenz. Mit ihnen bangen auch die Angestellten, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um ihre Existenz. Es plagen sie Fragen bezüglich der Miete und viele andere Sorgen, die sie momentan haben. Deshalb finden wir es richtig, dass man jetzt mit einem Maßnahmenpaket als Stadt, aber auch als Staat darauf reagiert und versucht, sie zu unterstützen.

Die Angestellten vor allen Dingen – darauf müssen wir ein Auge haben –, werden jetzt in die Kurzarbeit geschickt, manche werden sogar entlassen. Da muss man sehr deutlich sagen, man muss, so gut es geht, die Angestellten davor schützen, dass sie in die Arbeitslosigkeit kommen. Man muss sie auffangen können mit einem sozialen Netz. Sie haben Einkommensverluste, da sie doch auch keine Aufstockung ihrer Einkünfte erhalten. Dass da eine große Angst entsteht, ist verständlich. Deshalb finde ich es völlig richtig, hier zu sagen, die versprochenen Ziele müssen erreicht werden. Wie dieser Weg jetzt aussehen wird, wird sich in den nächsten Tagen zeigen, wie unbürokratisch und wie schnell die Hilfen bei den betroffenen Menschen ankommen. Wir werden auch darauf ein Auge haben.

Es wird natürlich automatisch so sein, weil so viele von uns momentan kontaktiert werden. Da finde ich es richtig, noch einmal darauf zu achten, dass auch in verschiedenen Sprachen eine solche Beratung möglich ist.

(Beifall)

Diese Krise offenbart aber auch, wer stark getroffen wird in der Stadt. Sie offenbart natürlich ebenso, dass gewisse Gruppen stärker betroffen sind davon und größere Existenzängste haben als an-

(Cansu Özdemir)

dere. Es droht, noch einmal die soziale Spaltung zu verschärfen, denn es gibt noch eine Situation nach der Krise, ein Leben nach der Krise. Da werden sich vielleicht viele Wunden zeigen.

Die Krise trifft am stärksten die Menschen, die wenig in der Tasche haben. Deshalb ist es wichtig, jetzt sehr deutlich die Debatte darüber zu führen, wer beziehungsweise wessen Schultern diese Last der Krise dann am Ende tragen werden. Wir sind der Auffassung, dass das nicht die schwächsten, sondern die starken Schultern sein sollten. Deshalb fordern wir eine Vermögensabgabe nach dem Lastenausgleichsgesetz.

(Beifall)

Auch die Kultur leidet darunter. Deshalb unterstützen wir vehement die Idee, die gegenwärtige Kulturstruktur, aber auch die gegenwärtige Einzelhandelsstruktur zu erhalten. Hamburg darf eben nach dieser Krise nicht eine von Amazon abhängige Einzelhandelswüste werden. Wir müssen diese Strukturen gut erhalten. Deshalb wollen wir uns sehr gern an der Umsetzung dieses Schutzes beteiligen.

(Beifall)

Das Gebot der Stunde ist jetzt, alles dafür zu tun, den Infektionsschutz für alle Menschen in der Stadt bestmöglich sicherzustellen. Daher halten wir derzeit die Debatten über baldige Lockerungen der Maßnahmen geradezu für verantwortungslos. Wir haben aber als Politik auch die Aufgabe und den Auftrag, über die Krise hinaus zu denken, aus den deutlich gewordenen Fehlern zu lernen und diese für die Zukunft nachhaltig zu korrigieren. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Danke schön. – Das Wort bekommt nun Herr Dr. Wolf für die AfD-Fraktion.

Dr. Alexander Wolf AfD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eines vorab: Wir stehen hinter vielen der getroffenen Maßnahmen. Zugleich ist es auch unsere Aufgabe und unsere Pflicht als Opposition, konstruktive Kritik zu üben.

(Beifall)

Sehr oft hat man in den letzten Tagen die Metapher vom schwarzen Schwan gehört. Damit wird das Eintreten eines sehr seltenen und höchst unwahrscheinlichen Ereignisses umschrieben, welches gravierende Auswirkungen auf die globale Wirtschaft und auf das Zusammenleben der Menschen entfaltet. Doch wer als verantwortlicher Politiker die Corona-Krise als ein solches Ereignis höherer Gewalt deutet, der versucht möglicherweise,

von eigener politischer Verantwortlichkeit im Vorfeld abzulenken.

So wurde in dem Pandemie-Szenario der Bundesregierung im Jahr 2013 bereits sehr umfassend auf die Gefahren eines dem Coronavirus verwandten Erregers hingewiesen. Nur wurden damals nicht die notwendigen Schlussfolgerungen konsequent gezogen und die entsprechenden Vorkehrungen getroffen, anders als zum Beispiel in Singapur, wo man die Lehren aus dem SARS-Virus sehr ernst nahm.

So verwundert es auch nicht, dass die Bundesregierung wie auch der Hamburger Senat in den ersten Wochen dieses Jahres eine doch recht unglückliche Figur gemacht haben, denn wertvolle Zeit ging verloren, um gerade auch notwendige Einreiseverbote und Grenzkontrollen zu beschließen, genügend Schutzausrüstung zu beschaffen

(Zurufe)

und differenzierte Maßnahmen zur Eindämmung des Virus vorzubereiten. Da waren andere Länder besser, wie das Beispiel Korea zeigt, das demokratische Südkorea wohl gemerkt, die mit einem intelligenten Mix aus frühzeitigen strikten Einreiseverboten, sehr vielen Tests und gruppenspezifischen Quarantänemaßnahmen die Infektionszahlen überschaubar hielten, ohne dabei die gesamte Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben lahmzulegen.

(Beifall)

Auch in Hamburg hat man zu zögerlich reagiert, denn bereits im Februar hatten zum Beispiel die AfD-Bundestagsfraktion wie auch wir in Hamburg mittels Pressemitteilungen und diversen Statements die Testung sämtlicher Personen aus Krisengebieten gefordert. Konsequenter Grenzschutz gehört auch dazu. Mehr als einen Monat später landeten auf dem Hamburger Flughafen immer noch Maschinen aus Hochrisikogebieten wie China oder dem Iran, ohne dass die Personen in irgendeiner Weise kontrolliert wurden.

(Zurufe)

Derzeit wird mit allen Mitteln versucht, die sehr dynamische Verbreitung des Coronavirus und den rasanten Anstieg der Fallzahlen abzubremsen und mit allen Kräften unser Gesundheitssystem zu stärken und die Leistungsfähigkeit zu halten. Dahinter stehen wir selbstverständlich.

Wichtig wird sein, dass es uns gelingt, die Infektionsketten zu durchbrechen. Dabei spielen natürlich Einschränkungen der persönlichen Kontaktmöglichkeiten eine wesentliche Rolle, leider, und zugleich: Das ist wichtig und richtig. Wir müssen vor allem die Menschen schützen, die zu Risikogruppen für schwere und schwerste Krankheitsverläufe gehören, und vor allem den sogenannten systemrelevanten Berufsgruppen und natürlich den

(Dr. Alexander Wolf)

Schwächsten unserer Gesellschaft sicheren Schutz gewähren. Darum geht es aktuell um die Beschaffung von Schutzkleidung, Masken, Handschuhen, Desinfektionsmitteln, die Sicherung, Aufrechterhaltung und den Ausbau der Kapazitäten in den Krankenhäusern, die Aufstockung von Intensivbetten und Beatmungsgeräten bis hin zur Frage der Einrichtung von Behelfskrankenhäusern.

Das ist wichtig, aber das ist leider nicht alles. Lassen Sie uns nicht vergessen, nur eine leistungsfähige Wirtschaft vermag die Summen und Ressourcen zu erwirtschaften, die man für eine optimale Gesundheitsversorgung der Menschen benötigt. Medizinische Versorgungsstandards, wie wir sie hier in Deutschland haben, sind nur auf der Grundlage einer funktionierenden Wertschöpfung realisierbar. Deshalb – wir kommen noch darauf – brauchen wir Eckpunkte, zeitliche Perspektive und eine Exit-Strategie gerade auch für die Wirtschaft.

(Beifall)

Derzeit werden wir allzu sehr von Virologen regiert

(Zuruf)

und nicht von Politikern, die alle Aspekte der Gesellschaft und der Politik abzuwägen haben. Keine Politik ist alternativlos. Das gilt hier wie stets, wie die sehr unterschiedlichen Herangehensweisen der Länder zeigen, von Ländern mit strikten Ausgangssperren einerseits bis zu anderen Ländern, bei denen kaum eine Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Lage vorgenommen wird wie in Schweden, Japan oder Singapur andererseits.

Den Königsweg gibt es nicht, aber keine Politik ist alternativlos, und man muss fragen und testen. Als AfD-Fraktion haben wir hierzu einen Antrag erarbeitet, der eine ganze Reihe von Maßnahmen für die wichtigsten von Corona betroffenen Bereiche umfasst. Den werden wir demnächst ausführlich vorstellen. Gleichzeitig fordern wir die kurzfristige Einsetzung eines Sonderausschusses Corona dieser Bürgerschaft, in dem die Fachkompetenzen aus den Bereichen Gesundheit, Wirtschaft und Haushalt gebündelt werden und in dem Maßnahmen unter Einbeziehung von Experten erörtert, vorbereitet und parlamentarisch kontrolliert werden.

(Beifall)

Bevor ich auf einzelne Punkte eingehe, möchte ich im Namen der AfD-Fraktion aber zunächst allen danken, die mit ihrer Arbeit gerade einen unerlässlichen Beitrag zur Versorgung, zur Sicherheit, zur medizinischen Betreuung und zur Pflege leisten, gleich, ob es ihrem Berufsbild entspricht oder ob es privat und aus freien Stücken und aus freiwilligem Engagement geschieht.

Fest steht bereits heute, die Corona-Krise wird nicht nur eine große menschliche Herausforderung, sie wird auch sehr, sehr teuer. Der Bund

stellt Milliarden Euro zur Verfügung und auch Hamburg will einen hohen Beitrag für verschiedene Hilfsleistungen bereitstellen. Das ist grundsätzlich gut so. Diese Hilfspakete der letzten Tage sind notwendig, um Unternehmen, Freischaffende, Selbstständige vor Insolvenz zu bewahren, um Arbeitsplätze zu erhalten und um Menschen, die in Not geraten sind, zu helfen. Das unterstützen wir uneingeschränkt.

Allerdings ist ebenso festzuhalten, dass ein Teil dieser jetzt notwendigen Hilfsmaßnahmen auch deshalb nötig ist, weil zum Teil undurchdachte Maßnahmen getroffen wurden, zum Teil zu spät. Viele Politiker reagieren nur noch aus Angst, so scheint es, und überbieten sich Tag für Tag mit neuen restriktiven Maßnahmen, ohne überhaupt die Auswirkungen von Maßnahmen, deren Auswirkung sich erst nach 10 bis 14 Tagen ermessen lässt, abzuwarten. Handeln aus Angst war noch nie ein guter Ratgeber.

Bei allen gebotenen Schutzmaßnahmen gilt dabei, so viel Schutz und Vorsorge wie nötig, so viel Normalität wie möglich.

(Beifall)

Gezielte Sofortmaßnahmen, nicht Maßnahmen mit der Gießkanne. Was heißt das konkret?

Erstens: Wir brauchen eine Definition, welche Fallzahlen, welche Neuinfektionen das Hamburger Gesundheitswesen verträgt, damit alle Bürger dieser Stadt wissen, woran sie sind und worauf wir uns einstellen können, auch damit man absehen kann, wann und wie ein Richtungswechsel in der Politik erfolgen kann. Mut zur Klarheit und zur Wahrheit an dieser Stelle. Es sollte nicht so sein, dass wir noch so viele Krankenhauskapazitäten frei haben und frei haben werden nach der Perspektive der Zahlen und gleichzeitig nicht wieder gutzumachende Schäden an Wirtschaft und Gesellschaft anrichten.

Zweitens: In dieser Situation müssen wir aber, denn es geht auch um die Wirtschaft und um das Geld des Steuerzahlers, rigoros Ausgaben auf den Prüfstand stellen, Ausgaben, die vielleicht in Zeiten überquellender Kassen und mangels anderer Sorgen vertretbar sein mögen, aber nicht in Zeiten einer Not. So fordern wir, alle nicht unbedingt notwendigen Investitionen und Ausgaben der Freien und Hansestadt Hamburg wie auch des Bundes in öffentlich geförderten Einrichtungen zurückzustellen und die Mittel einem Corona-Hilfsfonds für die hiesige Wirtschaft und damit der Sicherung von Unternehmen und Arbeitsplätzen zur Verfügung zu stellen.

Ein Kommentator, ein Leitartikel im "Hamburger Abendblatt", brachte es vor wenigen Tagen auf den Punkt, als er dort schrieb, dass es von Insolvenz und Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmern wohl kaum verständlich ist, warum eine Kulturfabrik für

(Dr. Alexander Wolf)

120 Millionen Euro derzeit saniert werden soll oder ein neues Schwimmbad auf St. Pauli für 40 Millionen Euro gebaut werden soll, während dort Existenznöte greifen.

(Zuruf)

Ausgaben für Luxusthemen sind auf den Prüfstand zu stellen. Ob das die Erforschung von Gender-Projekten oder Ähnliches ist,

(Heiterkeit)

das kann man sich in Zeiten überquellender Einnahmen und florierender Wirtschaft vielleicht leisten. In Zeiten von Not und Insolvenzrisiko und Existenzängsten von Hunderttausenden gebietet es unsere Verantwortung, selbstkritisch mit dem Rotstift durchzugehen und derartige Luxusprojekte auch zu streichen. Das sind wir unseren Wählern schuldig.

(Beifall)

Drittens – und das zieht sich als roter Faden durch die von uns angestrebten Maßnahmen – ziehen wir den Weg über Steuersenkungen, über Entlastungen für die Leistungsträger und die besonders von der Corona-Krise Betroffenen vor gegenüber einem zu starken Ruf nach dem Staat, denn es wäre eine Illusion anzunehmen, der Staat könne mit Milliardenprogrammen das ersetzen, was die Wirtschaft, die freie Initiative der Bürger erwirtschaftet und erreicht. Deswegen müssen alle getroffenen Maßnahmen zeitlich begrenzt und immer wieder neu hinterfragt und auf den Prüfstand gestellt werden.

Was wir mit großer Sorge beobachten, sind staatssozialistische Eingriffe über den Tag hinaus. Da scheinen viele Sozialisten der unterschiedlichen Parteien die Gelegenheit beim Schopfe zu packen, endlich unter dem Deckmantel Corona das umzusetzen, was sie schon immer machen wollten, aber bislang nicht konnten. Wenn man einmal über Hamburg hinausblickt, gehört dazu eine EU-weite gemeinsame Verschuldung unter dem Stichwort Corona-Bonds. Das sind nichts anderes als Eurobonds unter anderem Namen, Verstaatlichungen, ob sie nun von Altmaier in Berlin vorgeschlagen werden oder ob Italien die Alitalia nun endlich verstaatlicht hat. Mit großer Sorge sehen wir auch die Aussetzung der Schuldenbremse im Bundestag – ohne Befristung und ohne Bedingungen – am vergangenen Freitag. Selbst die FDP hat dem zugestimmt.

(Beifall und Lachen bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

Einzig die AfD hat als Anwalt der Steuerzahler auf eine differenzierte Regelung gedrungen. Dementsprechend haben wir einen Zusatzantrag vorbereitet und heute gestellt, um klarzustellen, dass die Aussetzung der Schuldenbremse einmalig und befristet ist.

Lassen Sie mich zum Schluss noch wenige Sätze zur Exit-Strategie sagen. Wichtig ist es, sich schon jetzt und nicht erst nach dem 20. April 2020 auf das Wiederankurbeln der Wirtschaft nach gelungener Eindämmung der Pandemie vorzubereiten. Hierzu bedarf es eines intensiven Austauschs der Politik mit allen relevanten Fachexperten, konsequent und frühzeitig vorbereiteter Maßnahmen und Regeln. Szenarien durchzuspielen und konkrete Pläne vorzubereiten ist nun das Gebot der Stunde für Experten und Entscheidungsträger in der Verwaltung. Das gebietet die bedrohliche Lage für unsere Volkswirtschaft, und das gebietet auch die Verhältnismäßigkeit hinsichtlich der weitreichenden Einschränkungen unserer Freiheitsrechte. Denn – das ist mir und uns sehr wichtig – wir sollten alle sehr wachsam sein und dürfen keine dauerhaften Einschränkungen unserer Grundrechte hinnehmen, wie die Versammlungsfreiheit, Eigentumsrechte und so weiter. Unsere Bürgerrechte und Grundrechte haben wir seit 1848 zu hart erkämpft, um sie niemals wieder einschränken oder beseitigen zu lassen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt die fraktionslose Abgeordnete Frau von Treuenfels-Frowein.

Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP fraktionslos:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine lieben Kollegen! Schon allein die Tatsache, wie wir sitzen, zeigt, in welcher Ausnahmesituation wir uns befinden, und ich habe das Gefühl, als würden wir alle, fast alle, wie man gerade hören konnte, hier zusammenstehen. Dies ist die Stunde unserer Stadt, dies ist die Stunde einer sehr, sehr starken Solidargemeinschaft. Es ist die Stunde des Zusammenstehens in unserer Stadt, und wir sollten all denen, die jetzt an COVID-19 erkrankt sind und auch deren Angehörigen gedenken und ihnen gute Genesungswünsche mit auf den Weg geben.

(Beifall bei der CDU)

Es ist mir auch ein besonderes Anliegen – Herr Kienscherf hat es schon erwähnt –, dass wir an diejenigen denken, die jetzt ganz allein in Pflegeheimen sind und darauf warten, dass sie Besuch bekommen, und vielleicht gar nicht mehr so genau verstehen, was hier gerade abgeht und warum keiner kommt. Umso mehr müssen wir an die Pflegekräfte denken, die das alles jetzt auch noch aufzufangen haben. Wir sollten ihnen öffentlich Mut zusprechen. Es wird bald zu Ende sein, und wir alle tun alles dafür, damit das hier irgendwann vorbei ist.

Ich möchte mich auch bedanken bei allen Mitarbeitern des Gesundheitswesens, der Versorgungswirtschaft, den Ordnungskräften, den Behördenmitarbeitern, die jetzt, wie ich weiß, bis zum An-

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein)

schlag und am Rande ihrer Belastbarkeit arbeiten. Ihnen allen verdanken wir sehr, sehr viel. Wir verdanken ihnen, dass unser normaler Lebensalltag jetzt überhaupt weitergehen kann, und ich finde, dass das eine großartige Leistung ist. Wir sollten das vielleicht auch zum Anlass nehmen, allen Menschen, die sonst eher in der zweiten Reihe arbeiten, öfter einmal ein bisschen mehr Wertschätzung und Anerkennung zukommen zu lassen. Ich finde, das ist eine Erkenntnis, die wir alle haben sollten.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Genauso möchte ich in dieser angespannten Situation dem Bürgermeister und den Senatoren danken, weil ich finde, dass sie einen sehr guten Job machen.

Krisen haben auch ihre Chancen für die Zukunft. Wahrscheinlich stellen auch Sie fest, dass jetzt Home Office, Videokonferenzen und Digital Chats unseren Alltag bestimmen. Aber wir stellen auch fest, dass wir einen digitalen Nachholbedarf haben. Ich glaube, vieles wäre für die Behörden jetzt etwas einfacher, wenn wir da schon ein bisschen weiter wären. Das gilt besonders auch für Schulen und Hochschulen, denn gerade der Unterricht muss jetzt digital organisiert werden, und wir sind uns mit dem Schulsenator sehr einig darin, dass Bund und Länder jetzt nachsteuern müssen. Lassen Sie uns das sehr bald tun.

Dasselbe gilt für das Gesundheitswesen; es ist schon angesprochen worden. Wir müssen unser Gesundheitswesen, die medizinischen Versorgungsstrukturen auf Vordermann bringen, und die Situation der Pflegekräfte in dieser Stadt und insgesamt in Deutschland muss endlich – und das ist ein sehr, sehr guter Anlass – verbessert werden. Das ist keine neue Erkenntnis. Wir müssen sie jetzt nur zum Anlass nehmen, den Pflegekräften nicht nur zu applaudieren, sondern ihre Situation auch wirklich zu verbessern. Das sollten wir nicht vergessen.

(Beifall bei *Dirk Kienscherf SPD*)

Die gelebte Solidargemeinschaft dieser Tage zeigt auch – auch das ist eine sehr gute Erkenntnis –, dass vieles plötzlich einfacher, schneller und auch unbürokratischer geht. Die kombinierte digitale Antragstellung zwischen Bund und Land, die wir in Hamburg immerhin haben, ist dafür ein hervorragendes Beispiel. Was sagt uns das? Digitales kann Bürokratie ersetzen. Da sind wir auf einem sehr guten Weg. Lassen Sie uns diesen Weg für unsere Bürger, für unsere Stadt und auch für unsere Behörden nicht verlassen. Es ist sehr wichtig, dass wir auch da weiter voranschreiten.

Die Zeit der Krise beziehungsweise die Zeit danach muss uns schon jetzt beschäftigen – viele von Ihnen haben das schon angesprochen –, natürlich auch deswegen, weil keine ewig dauernde

Akzeptanz für den Shutdown aller gesellschaftlichen Bereiche erwartet werden kann. Es gibt viele Menschen, die jetzt allein zu Hause sind, es gibt auch einige, die auf kleinstem Raum zusammen ausharren müssen. Ich mag mir gar nicht vorstellen, was da vielleicht an sozialen Schwierigkeiten und auch an häuslicher Gewalt vorkommt. Der Shutdown muss bald beendet sein. Gleichwohl wird die Rückkehr zum normalen Leben organisatorisch eine Herausforderung sein. Der Rettungsschirm von Bund und Land ist dafür ein guter Einstieg, finde ich, und zeigt auch, dass sich Gesundheitsschutz und Ökonomie nicht ausschließen müssen. Es wird jetzt darauf ankommen, dass wir sehr zügig voranschreiten, um die Dinge umzusetzen.

Unsere Solidargemeinschaft funktioniert. Wir bewältigen diese Krise nur gemeinsam – damit meine ich Politik und Bürger. Wir alle wissen, dass wir diese starken Freiheitseinschränkungen sehr bald wieder zurücknehmen müssen. Wenn uns die Krisenbewältigung jetzt gemeinsam gelingt, ohne dass unsere Ökonomie, unser Rechtsstaat und unser Sozialsystem Schaden nehmen, dann ist unfassbar viel für unsere gesamte Solidargemeinschaft gewonnen. Denn es beweist einmal mehr, wie stark unsere demokratisch organisierte Gesellschaft Krisen meistern kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Frau Senatorin Prüfer-Storcks.

Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben es heute schon öfter gehört: Alle unsere Anstrengungen sind im Moment darauf gerichtet, die Welle der Infektionen in Hamburg so abzuflachen, dass unser Gesundheitswesen niemals überfordert und jederzeit in der Lage ist, alle Schwerverkranken zu versorgen, alle, egal, ob sie an Corona oder an einer anderen Krankheit leiden. Aber ich sage dazu auch: Das ist mehr als eine Rechenaufgabe nach dem Motto, was können wir uns an Erkrankungen noch erlauben. Wer weiß, wie anspruchsvoll es ist, Menschen auf einer Beatmungsstation zu pflegen, wer weiß, was das für Menschen bedeutet, die über Wochen an einem Beatmungsgerät hängen, welche Belastung das ist und welche Folgen es auch für ihre Gesundheit darüber hinaus hat, der weiß auch, dass wir alles dafür tun müssen, um unsere Kapazitäten auszubauen. Wir müssen die Intensivbetten verdoppeln, gleichzeitig aber auch immer hoffen, dass wir diese Kapazitäten in Hamburg niemals ausschöpfen müssen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der Präsident des Weltärztebundes hat recht – er kennt Hamburg gut –, wenn er sagt, wir in dieser

(Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks)

Stadt seien sehr gut aufgestellt. Deshalb sage ich auch: Wer, wenn nicht wir in Hamburg, soll im bundesweiten Vergleich, aber auch besonders im Vergleich mit Ländern wie Italien, die uns erschütternde Bilder über ihre momentane Versorgungslage liefern, diese Herausforderung, vor der wir stehen, meistern? Wir haben die besten Voraussetzungen. Unser Gesundheitswesen ist gut aufgestellt, und wir sind schon kräftig dabei, es weiter auszubauen.

Wir sind auch gut aufgestellt bei der Testung und Identifizierung von Erkrankten. Wir haben im Moment die Situation, dass viele Ärztinnen und Ärzte, aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der anderen Gesundheitsberufe sehr viel unternehmen, um die Krise zu bewältigen und dazu beizutragen, dass wir Erkrankte ermitteln, isolieren, alte Menschen besonders schützen und unsere Kapazitäten nach und nach ausbauen. Dazu gehören auch die vielen Menschen, die den telefonischen Arztnotruf 116117 bedienen oder unterwegs sind, um Patientinnen und Patienten zu testen, zu beraten und zu behandeln. Wir in Hamburg sind auch mit diesem Arztnotruf hervorragend aufgestellt. Wir können sehr zielgerichtet und so testen, dass nicht auch noch andere gefährdet werden durch Situationen, in denen sich möglicherweise Erkrankte versammeln.

Im Moment machen wir in Hamburg täglich 3 500 Tests und sind damit in Deutschland sehr weit vorn. Aufgrund der Zahlen, die der RKI-Präsident gestern für ganz Deutschland genannt hat, kann ich sagen, dass wir dreimal so viel Tests wie der Durchschnitt in der Bundesrepublik durchführen. Deshalb ist auch unser Dunkelzifferfeld kleiner und wissen wir mehr über unsere Erkrankungsfälle. Die Testung wird kontinuierlich weiter ausgebaut; wir arbeiten gerade auch mit der Kassenärztlichen Vereinigung an weiteren Modellen. Aber Testungen machen nur dann Sinn, wenn die Erkrankten und ihre Kontaktpersonen konsequent ermittelt, isoliert und 14 Tage in Quarantäne geschickt werden. Hier leisten unsere Gesundheitsämter gerade wirklich Großartiges.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben 12 500 Krankenhausbetten in Hamburg; das ist sehr viel. Wir sind gerade dabei, große Kapazitäten für möglicherweise Erkrankte freizumachen, die wir noch gar nicht in so großer Zahl im Krankenhaus haben. Die Auslastung der Häuser ist deutlich gesunken, bei Maximalversorgern bereits auf 65 bis 70 Prozent. Auf Weisung der Gesundheitsbehörde müssen alle elektiven Leistungen verschoben werden, natürlich immer bei einer Entscheidung im Einzelfall. Es darf uns nie passieren, dass der heute verschobene Fall in einigen Wochen dann als Notfall im Krankenhaus behandelt werden muss. Wir werden unsere Kapazitäten in einem Stufenplan ausbauen und für an CO-

VID-19 Erkrankte reservieren. Wie gesagt, die Auslastung ist schon gesunken.

Wir werden Krankenhausfälle, die nicht zu diesen Erkrankungsfällen zählen, aber auch andere Patienten in Kliniken unterbringen, die heute noch Rehakliniken oder nicht Notfallversorger sind. Wir werden auch weiterhin auf den Intensivstationen Platz schaffen; auch das ist schon in großem Umfang geschehen. Bei Bedarf und als allerletztes Mittel, von dem ich hoffe, dass wir es nicht brauchen, können wir mit entsprechender Unterstützung durch Organisationen, die Personal stellen, auch Hilfskrankenhäuser schaffen.

Aber ein sehr wesentlicher Faktor ist die Zahl der Beatmungsbetten, die uns zur Verfügung stehen. Wir haben in Hamburg in den letzten Tagen und Wochen ihre Zahl von 640 auf fast 700 erhöht. Hinzu kommen 330 Intensivbetten ohne Beatmungsgeräte, die aber auch aufgerüstet werden können. Wenn die Ansage kommt, dass die Zahl der Beatmungsplätze bundesweit zu verdoppeln sei, dann können wir in Hamburg das schaffen; wir haben uns schon auf diesen Weg gemacht. Sehr entscheidend dabei ist aber, dass wir wirklich die Beatmungsgeräte bekommen, die uns die Bundesregierung versprochen hat, die aber noch nicht angekommen sind. Ich habe die Hamburger Krankenhäuser dazu ermuntert, jedes Beatmungsgerät, das sie bekommen können, am Markt zu erwerben, und ihnen die Finanzierung jedes einzelnen Beatmungsgerätes zugesagt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir befragen die Krankenhäuser regelmäßig zu ihren Kapazitäten, zu ihrer Auslastung und auch zu ihren Möglichkeiten aufzurüsten. Insofern habe ich das sichere Gefühl, dass wir in Hamburg schon Ende April einen sehr deutlichen Schritt hin zu einer Verdoppelung der Kapazitäten im Bereich der Beatmungsbetten gemacht werden haben. Aber Fakt ist auch, dass nicht nur das Vorhandensein von Betten und Geräten unsere Kapazitäten bestimmt, sondern in vorderster Linie das intensiv geschulte, qualifizierte Personal in den Krankenhäusern entscheidend dafür ist, ob wir diese Herausforderung meistern. Deshalb ist es gut, dass wir jetzt keine elektiven Leistungen mehr erbringen, dass das Personal freigestellt wird, um intensiv geschult zu werden, damit auch die, die noch nicht intensivmedizinisch gearbeitet haben, dies in Zukunft können.

Wir haben auf der Bundesebene auch einen Schutzschirm finanzieller Art für die Krankenhäuser gespannt, den wir Länder noch einmal deutlich nachbessern konnten. Die Zusage, die wir hierfür gegeben haben, habe ich schon erwähnt. Aber auch die Pflegeeinrichtungen bekommen ihre zusätzlichen Kosten für Personal und Schutzausrüstung erstattet; dasselbe gilt für die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte.

(Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks)

Schutzausrüstung ist das Problem, das wir im Moment nicht nur in Hamburg, sondern bundesweit haben; daran gibt es überhaupt nichts zu beschönigen. Es gibt erheblichen Bedarf an Schutzmasken, es gibt erheblichen Bedarf an Anzügen, Schutzbrillen und so weiter. Der Bund versucht, uns über zentrale Beschaffung zu helfen, aber ich muss leider sagen, dass von dem, was wir für das Gesundheitswesen in Hamburg bestellt haben, inzwischen vielleicht 1 Prozent angekommen ist. Deshalb hangeln wir uns von Tag zu Tag so durch. Am Wochenende fahren meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sogar noch in ihren privaten Autos herum, um sozusagen als Feuerwehr in einzelnen Pflegeeinrichtungen oder Krankenhäusern Abhilfe zu schaffen. Auch in Hamburg erwerben die Fachleute Schutzausrüstungen in der Innenbehörde und in der Gesundheitsbehörde, wo sie sie nur bekommen können, und man muss sagen, dass derzeit nichts auf der Welt begehrter ist als ein guter Mund-Nasen-Schutz.

Die Pflegeeinrichtungen stehen für mich oben auf der Liste derer, die versorgt werden müssen. Ihr Schutz ist sehr wichtig, damit sie wiederum die älteren und häufig chronisch kranken Bewohnerinnen und Bewohner schützen können. Wir wollen nicht solche Bilder haben, wie wir sie jetzt schon in anderen Ländern sehen. Auch mit dem Besuchsverbot, das ich leider verhängen musste, um gerade die alten Menschen zu schützen, tun wir alles.

Die dramatischen Bilder aus Italien, teilweise auch schon aus Frankreich und Spanien, haben uns alle erschüttert. Deshalb haben wir in Hamburg sofort gesagt, wir seien jetzt, in einer Phase, in der wir es noch können, gern bereit, auch Patientinnen und Patienten aus Italien und Frankreich aufzunehmen. Ich finde, dass in dieser Krise Solidarität nicht an Hamburgs Grenzen haltmachen darf.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN, der CDU und der LINKEN)

Aber der Satz, den wir immer dazusagen müssen, nämlich dass wir es jetzt, in diesem Moment, noch können, sagt gleichzeitig auch, dass uns allen die größte Herausforderung in dieser Krise noch bevorsteht. Deshalb möchte ich mit meinem Dank, den ich an alle richte, die im Moment den Laden am Laufen halten und im Gesundheitswesen, aber auch in den Ämtern und Behörden dafür sorgen, dass wir die Krise bewältigen, auch sagen, dass wir ihnen alle Kraft wünschen, um die Herausforderungen, die noch vor ihnen stehen, zu bewältigen. Der Senat wird alles, was in seinen Möglichkeiten steht, tun, um sie dabei zu unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Gibt es, meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zur Regierungserklärung? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir jetzt zu unserer Tagesordnung des heutigen Tages. Die einvernehmliche Empfehlung des Ältestenrates zu dieser Tagesordnung ist vonseiten der AfD-Fraktion infrage gestellt worden. Das können wir aber heilen, indem wir sogleich noch einmal darüber abstimmen, ob wir unsere heutige Tagesordnung so miteinander haben wollen.

Zuvor wird aber seitens der AfD-Fraktion gemäß Paragraph 44 in Verbindung mit Paragraph 26 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung das Wort begehrt. – Herr Walczak, Sie bekommen es für maximal zwei Minuten.

Krzysztof Walczak AfD (zur Geschäftsordnung):* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Namens der AfD-Fraktion beantrage ich, den Tagesordnungspunkt 11a von der Tagesordnung zu setzen. Zur Begründung ist Folgendes festzustellen: Die Präsidentin der Bürgerschaft, Frau Veit, hat am Montag, also erst zwei Tage vor dieser Sitzung, den Fraktionen ihre endgültigen Vorschläge zur Geschäftsordnung zugeschickt und möchte diese jetzt durch die Bürgerschaft beschlossen wissen. Dieser Antrag der Präsidentin kommt in der Kostümierung einer Unternehmung daher. Die der Bürgerschaftspräsidentin unterstehende Bürgerschaftskanzlei ist zwar der Auffassung, dass man das Recht, einen solchen Antrag zu stellen, aus der Funktion der Parlamentspräsidentin ableiten könne. Dies muss die AfD-Fraktion aber als einen Winkelzug zurückweisen, denn die äußerste Grenze der Auslegung einer Norm ist ihr Wortlaut. In Paragraph 16 der Geschäftsordnung ist hierzu eindeutig geregelt – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –:

"Anträge können von mindestens fünf Mitgliedern eingebracht werden."

Sosehr ich Sie persönlich schätze, Frau Veit, und sosehr es mich auch betrübt, in meiner ersten Rede Kritik an einer Vorgehensweise der Präsidentin zu üben, sind Sie nur eine von 123 Abgeordneten und nicht fünf. Daneben erfolgte die Setzung auf die Tagesordnung auch nicht rechtzeitig, denn die vorliegende Fassung der Tagesordnung wurde erst am Montag um 15.38 Uhr verschickt, 38 Minuten zu spät, wenn Sie sich Paragraph 26 Absatz 3 der Geschäftsordnung anschauen. Diese Frist könnte nur dann ignoriert werden, wenn Einvernehmen zwischen den Fraktionen bestünde. Die AfD-Fraktion hat zur Drucksache 22/50 aber nie ihre Zustimmung erteilt. Wenn Sie diese Geschäftsordnung hier und heute trotzdem beschließen, stelle ich unmissverständlich klar, dass Sie dies rechtswidrig tun. Alle Beschlüsse, die die Bürgerschaft dann auf Grundlage einer rechtswidrig geschlossenen Geschäftsordnung fassen würde, wären mit einem rechtlichen Makel behaftet. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Carola Veit: Bevor ich jetzt Herrn Gladiator für die CDU-Fraktion das Wort erteile, nutze ich die Zeit, die wir für die Mikrofonreinigung haben.

Herr Walczak, Sie sind noch neu, deswegen bleibe ich einmal freundlich. Sie haben auch an den Absprachen unter den Fraktionsvorsitzenden nicht teilgenommen, deswegen sind Ihnen diese dann möglicherweise auch nicht so geläufig und nicht bekannt. Deswegen bleibe ich freundlich, aber vielleicht können Sie das dann künftig in Ihrer Fraktion besser organisieren. Es handelt sich auch nicht um einen Antrag, sondern um eine Mitteilung der Präsidentin. Wie dem auch sei, der Zeitpunkt des Versands der Tagesordnung ist im Übrigen der Tatsache geschuldet, dass Sie als AfD-Fraktion erst am Montag Ihre Debattenanmeldung vorgenommen haben, auch viel später, als das eigentlich üblich ist. Auch das wissen Sie vielleicht noch nicht, das sehe ich Ihnen gern alles nach. Das soll es von meiner Seite gewesen sein.

Das Wort bekommt Herr Gladiator.

Dennis Gladiator CDU (zur Geschäftsordnung):* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es verwundert mich in der Tat, wie die AfD hier heute auftritt. Es ist eine völlige Normalität, dass zu Beginn einer Legislaturperiode Fraktionen mit der Präsidentin über die Geschäftsordnung beraten. Diese Beratungen haben einvernehmlich zwischen allen Fraktionen mit der Präsidentin stattgefunden, zuletzt in Telefonkonferenzen, aber auch zuvor in Runden der Fraktionsvorsitzenden. Da war Einvernehmen hergestellt. Wenn Sie nicht in der Lage sind, an solchen Beratungen vernünftig teilzunehmen, geschätzte Kollegen der AfD, dann ist das Ihr Problem. Es ist auch Ihr Recht, dieses Problem zu haben. Dann ist es aber unsere Verantwortung als Parlamentarier in diesem Haus, dass Ihr Problem nicht zum gesamten Problem für die ganze Stadt wird, und deshalb müssen wir heute diese Entscheidung auch so treffen.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

Sie haben weitere Beiträge angekündigt, deshalb können wir später darauf eingehen. Aber in der Geschäftsordnung geht es auch darum, die Handlungsfähigkeit dieses Parlaments in schwierigen Zeiten wie diesen sicherzustellen, ein effizientes Präsidium zu wählen und abzusichern. Insofern geht es hier um das, was die Stadt in dieser Zeit am dringendsten braucht: ein Parlament, das sich um die Themen, die die Menschen beschäftigen, um die gesundheitlichen Vorsorgen, um die wirtschaftlichen Existenzen, kümmern kann. Damit wollen wir uns beschäftigen. Ich finde es schade, aber auch bemerkenswert und bezeichnend, dass Sie hier schon in der ersten Sitzung damit anfangen, sich rein mit sich selbst und ihren Problemen

zu beschäftigen – ein schlechtes Signal für diese Stadt.

(Beifall bei der CDU, der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der AfD)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren, dann können wir jetzt abstimmen.

Ich frage Sie, wer dem AfD-Antrag folgen und Tagesordnungspunkt 11a ...

(Zuruf von *Dr. Alexander Wolf* AfD)

Eine weitere Wortmeldung zur Geschäftsordnung: Herr Dr. Wolf für ebenfalls maximal zwei Minuten.

Dr. Alexander Wolf AfD (zur Geschäftsordnung):* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr kurz und knapp, erstens: Ich fand eben die Angriffe auf unsere Fraktion, nicht nur vom Kollegen Gladiator, sondern auch vom Präsidium, etwas zu scharf im Sinn einer unparteiischen Sitzungsleitung und möchte daran erinnern.

Zweitens: Den Satzungsänderungsbestimmungen, die gerade aufgrund von Corona nötig und sinnvoll sind, haben wir ausdrücklich zugestimmt. Wir haben uns mit einem Brief an das Präsidium gewandt und darum gebeten, dass wir die von uns als problematisch angesehenen Punkte, die Minderheitenrechte berühren, von der Tagesordnung absetzen, um diese coronaspezifisch notwendigen Punkte heute tatsächlich einvernehmlich auf die Tagesordnung zu nehmen und beschließen zu können. Leider wurde dem nicht entsprochen.

Schließlich als Drittes: Wir unsererseits hatten schon in der vergangenen Woche eine Reihe von Änderungsvorschlägen zur Tagesordnung ange-regt und darum gebeten, dass wir diese dann auch beraten und einvernehmlich beschließen können.

Wir plädieren noch einmal dafür, Punkte, die nicht mit uns hier konsensual gemacht werden können, nicht heute durchzuziehen. Das trägt, wie mein Kollege Walczak ausgeführt hat, einen rechtlichen Makel mit sich. Coronaspezifisch würden wir zustimmen, im Übrigen aber müssten wir dann auch entsprechende Konsequenzen ziehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Carola Veit: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? Das sehe ich nicht. Uns liegt der Antrag der AfD-Fraktion vor, den Tagesordnungspunkt 11a, Drucksache 22/50 von der Tagesordnung zu nehmen.

Wer so verfahren möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Wer möchte, dass der Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung verbleibt? – Das ist die große Mehrheit.

(Präsidentin Carola Veit)

Dann wird die heutige Tagesordnung wie ursprünglich vereinbart durchgeführt, und wir kommen zu Punkt 11a unserer heutigen Tagesordnung.

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft
– Drs 22/50 –]**

**[Antrag der Fraktionen der SPD, GRÜNEN, CDU und LINKEN:
Änderung der Geschäftsordnung der Bürgerschaft
– Drs 22/55 –]**

**[Antrag der Fraktionen der SPD, GRÜNEN, CDU und LINKEN:
Änderung der Geschäftsordnung der Bürgerschaft
– Drs 22/59 –]**

Es ist eine Unterrichtung der Präsidentin zur Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft. Hierzu liegen uns als Drucksache 22/55 ein interfraktioneller Antrag vor und ein weiterer Zusatzantrag mit der Nummer 59, der jetzt gleich an Sie verteilt wird.

(Drucksache 22/59 wird an die Abgeordneten verteilt.)

Mir ist mitgeteilt worden, dass wiederum aus den Reihen der AfD-Fraktion nunmehr gemäß Paragraph 26 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung das Wort begehrt wird. – Herr Dr. Wolf, Sie bekommen es für maximal drei Minuten.

Dr. Alexander Wolf AfD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was wir heute hier erleben, ist ein Skandal. Die etablierten Parteien missbrauchen ihre Mehrheit, um über eine Änderung der Geschäftsordnung eine demokratisch gewählte Oppositionspartei in ihren parlamentarischen Minderheitenrechten einzuschränken und von wesentlichen Mitwirkungsrechten auszuschließen. Das ist Machtmissbrauch.

(Beifall bei der AfD)

Das passiert durch einen Änderungsantrag, mit dem die Anzahl der Vizepräsidenten so reduziert wird, dass abweichend von dem guten parlamentarischen Brauch der gesamten letzten Legislaturperioden der AfD das Recht genommen wird, einen Vizepräsidenten und damit einen Vertreter ins Präsidium zu entsenden. Das passiert, während gleichzeitig hier angesichts von Corona Einigkeit im Mund geführt und beschworen wird. Das ist scheinheilig. Ich appelliere an die Abgeordneten der Opposition, namentlich an die der CDU in diesem Haus: Beteiligen Sie sich nicht an derartigen Machenschaften, denken Sie daran, dass uns heu-

te Rot-Grün mit Zweidrittelmehrheit ausgrenzt, Sie könnten das nächste Opfer derartiger Geschäftsordnungsmaßnahmen werden. Das ist umso bedenklicher angesichts der satten Zweidrittelmehrheit von Rot-Grün in diesem Haus. Bei einer gezielten Schwächung einer Oppositionspartei sollten bei allen Demokraten sämtliche roten Warnlampen aufleuchten. Es geht hier nicht um die AfD, sondern es geht um die Bewahrung demokratischer Minderheitenrechte und damit um die Bewahrung unserer parlamentarischen Kultur. Wehret den Anfängen, Opposition stärken und nicht schwächen. – Vielen Dank.

Präsidentin Carola Veit: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Gladiator, bitte, ebenfalls für maximal drei Minuten.

Dennis Gladiator CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will nur kurz darauf erwidern. Was zum einen die Minderheitenrechte betrifft, sind wir ja allesamt im Gespräch, wenn es zu einer Koalition in diesem Hause kommt, die über eine Zweidrittelmehrheit und darüber hinaus verfügt, dass wir die Minderheitenrechte auch umfassend sichern. Das ist uns wichtig für den Fall, dass das so kommt, und da laufen die Gespräche auch sehr gut. Um die geht es heute auch nicht bei diesen Geschäftsordnungsänderungen, die vorliegen. Ich hatte es gesagt, zum einen kümmern wir uns mit der Geschäftsordnung darum, die Handlungsfähigkeit des Parlaments auch in Zeiten der Corona-Krise sicherzustellen. Das ist die Digitalisierung der Ausschussberatungen mit einer Frist, auch bis zum Sommer. Was Sie eben aber gesagt haben über den Missbrauch und die Ausgrenzung der AfD-Fraktion: Es ist klassisch, Sie fangen da an, wo Sie in der letzten Legislaturperiode aufgehört haben, Sie bringen sich in eine Opferrolle, jammern herum, anstatt die Realitäten zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall)

Ich will dazu kurz etwas sagen. Wir haben beraten und gesagt, da diesem Haus weniger Fraktionen angehören als in der letzten Legislaturperiode, könne die Anzahl der Vizepräsidenten verringert werden. Wir befinden uns damit übrigens völlig demokratisch in einem guten Einklang mit vielen anderen Landtagen dieser Republik. 12 von 15 Landtagen haben zwischen zwei und vier Vizepräsidenten. Das sind, soweit ich das vernommen habe, demokratisch legitimierte Landtage und demokratische Vorgänge, die zu dieser Wahl geführt haben. Wir befinden uns da also in einer guten Gesellschaft, an der wir uns orientieren, um hier der neuen Situation in der neuen Legislaturperiode auch Rechnung zu tragen für ein effizientes Präsidium, das handlungsfähig ist, aber auch nicht größer ist, als es sein muss. Das ist der Vorschlag.

(Dennis Gladiator)

Im Übrigen, liebe Kollegen der AfD, haben Sie das Recht, Kandidaten aufzustellen. Sie werden nicht ausgegrenzt. Sie haben das gleiche Recht wie jede andere Fraktion in diesem Haus. Aber keine Fraktion in diesem Haus hat den Rechtsanspruch darauf, gewählt zu werden.

(Beifall)

Es stellen sich alle Kandidaten der Wahl und werden am Ende schauen, ob sie eine Mehrheit auf sich versammeln konnten. Das ist das Wesen der Demokratie. Das ist kein Angriff auf die AfD, ganz im Gegenteil. Aber es scheint, dass Sie Angst haben. Dass Sie wissen, dass Ihre Kandidaten nicht wählbar sind. Ansonsten würden Sie sich nicht schon vor einer Wahl ausgegrenzt fühlen. Anders kann ich mir das nicht erklären. Insofern sollten wir die Emotionen wieder etwas runterkochen. Das ist ein demokratischer, ordentlicher Vorgang. Der Vorschlag liegt auf dem Tisch, das Präsidium zu verkleinern. Die Gründe sind genannt. Jede Fraktion hat das Recht, sich an diesen Wahlen zu beteiligen, auch mit Kandidaten. Insofern ist das hier kein Skandal, sondern ein ordentlicher Vorgang, den wir heute, glaube ich, auch mit den meisten Fraktionen in diesem Haus demokratisch, ordentlich durchführen können.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Herr Walczak bekommt jetzt das Wort für die AfD-Fraktion für ebenfalls maximal drei Minuten.

Krzysztof Walczak AfD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir alle beklagen eine Spaltung der Gesellschaft. Wir alle beklagen Hass, der von den politischen Rändern kommt. Wir beklagen, dass in unserer Stadt und unserem Land die Menschen einen immer geringeren Zusammenhalt haben. Ich beklage das auch. Ursächlich für diesen Hass, der in unserer Gesellschaft herrscht, ist als einer unter vielen Gründen der Verfall unserer demokratischen Kultur. Wenn Sie einer politischen Minderheit die gleichen demokratischen Rechte verweigern, die Sie sonst jeder anderen Minderheit zusprechen würden, dann entsteht bei den Anhängern dieser Minderheit Hass.

(Zurufe)

Hass ist zwar ein negatives Gefühl, es ist aber auch ein zutiefst menschliches Gefühl, das naturgemäß entsteht, wenn man unterdrückt und in die Ecke gedrängt wird. Ich stelle klar: Ich erwarte nicht, dass Sie unsere politische Weltanschauung teilen. Ich erwarte nicht, dass Sie Beifall klatschen. Ich erwarte nicht einmal, dass Sie uns auf einer persönlichen Ebene mögen. Was ich aber erwarte, ist, dass Sie nicht bewährte parlamentarische Spielregeln ändern, nur weil Sie mit der Existenz

der AfD nicht konform gehen. Das ist nicht nur undemokratisch,

(Zuruf: So ein Quatsch!)

das ist eine Entmenschlichung. Sie können vielleicht die Inventarliste eines Warenhauses mit einem Federstrich ändern, Sie können aber nicht den Zuschnitt des Bürgerschaftspräsidiums ändern, ohne dass Sie sagen: Diese Abgeordneten, die da sitzen, das sind geringere Menschen.

(Zurufe: Oh!)

Und ich weiß aus eigener Erfahrung, was es heißt, wie ein geringerer Mensch behandelt zu werden. Ich habe in meinem ganzen Leben in Deutschland für sehr lange Zeit nie erlebt, dass mich jemand trotz meines polnischen Migrationshintergrundes rassistisch behandelt hat. Das hat sich erst geändert, als ich in die Politik gegangen bin. Grenzenloser Hass wegen meiner polnischen Wurzeln ist mir von politisch links stehenden Menschen entgegengeschlagen. Dass ich zurück nach Polen soll, ist noch die freundlichere Beleidigung, die ich mir von dieser Seite anhören musste.

Deswegen wird auch die beste sachliche Scheinargumentation, die Herr Gladiator vorgetragen hat, nicht helfen. Sie nehmen uns heute nicht aus irgendwelchen sachlichen Gründen einen Vizepräsidenten weg. Sie nehmen uns heute einen Vizepräsidenten weg, weil Sie uns für geringere Menschen halten.

(Zurufe: Oh!)

Sie sind von derselben Motivation getrieben, die selbst ernannte Antirassisten dazu bringt, gegenüber einem polnischstämmigen AfD-Politiker rassistisch zu sein. In Anlehnung an den großen Sozialdemokraten Otto Wels sage ich deshalb: Sie können uns einen Vizepräsidenten wegnehmen, die Ehre, Herr Kienscherf, können Sie uns nicht wegnehmen. – Vielen Dank.

(Beifall – Zurufe)

Präsidentin Carola Veit: Herr Walczak, ich wiederhole mich, Sie sind ja noch neu: Ich bitte Sie dann künftig auch um Beachtung des parlamentarischen Sprachgebrauchs. Danke. – Eine weitere Wortmeldung seitens der AfD-Fraktion, Frau Petersen.

Olga Petersen AfD:* Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Der 1. April 2020 markiert eine tiefe Zäsur in der Geschichte der Bürgerschaft, die heute die Anzahl der zulässigen Vizepräsidenten beschränken wird. Hatten seit Beginn der 17. Wahlperiode noch alle Fraktionen das Recht, einen Kandidaten für dieses Amt zu bestellen, soll dieses Privileg künftig nur noch den liebsten Fraktionen zuteilwerden. Was die Urheber dieser Initiative hier planen, ist nichts anderes als

die Exekution eines wohlkalkulierten Plans, um einen massiven Eingriff in die parlamentarischen Rechte einer bestimmten Fraktion vorzunehmen. So zielt diese Lex AfD offenkundig darauf ab, die AfD zu marginalisieren, die den Eliten der politischen Klasse Hamburgs seit jeher ein Dorn im Auge ist.

Im Gegensatz zu Ihnen, die Sie in der Regel wohlbehütet und im maßlosen Wohlstand der westlichen Welt aufgewachsen sind, habe ich als Bürgerin der Sowjetunion noch erlebt, wohin Einschränkungen demokratischer Rechte im Dienste der Demokratie letztlich führen können. Deswegen sage ich Ihnen, dass mich Ihr Verständnis vom Umgang mit einer unliebsamen Opposition stark an jenes der KPdSU erinnert, die, genau wie die Urheber der zugrunde liegenden Initiative, ursprünglich einmal sozialdemokratische Partei hieß. So ist es dann kein Zufall, dass ihr Generalsekretär Josef Wissarionowitsch Stalin 1924 in einem vielbeachteten Aufsatz über die Diktatur des Proletariats das Folgende konstatierte:

"Gosudarstvo est' mašina v rukach gospodstvujušcego klassa dlja podavlenija soprotivlenija svoich klassovych protivnikov."

Zu Deutsch:

"Der Staat ist eine Maschine in den Händen der herrschenden Klasse zur Unterdrückung des Widerstands ihrer Klassengegner."

Mit geradezu prophetischer Voraussicht nimmt Stalin hier den heutigen Umgang mit der AfD vorweg. Die Maschine, das ist die Bürgerschaft, ein Instrument, das Sie für Ihre Zwecke nutzen wollen. Der Klassengegner indes, das ist die AfD, eine Partei, die Sie seit nunmehr fünf Jahren mit allen Mitteln bekämpfen und deren Wiedereinzug in dieses Haus Sie doch nicht verhindern konnten. Meine Damen und Herren, damit kommen Sie nicht durch. Ihr Vorgehen ist nämlich nicht nur durchschaubar, sondern atmet auch den Geist Walter Ulbrichts,

(Zuruf: Oh, jetzt Ulbricht!)

der sich einst in dieselbe Aura entrückter Erhabenheit wie Sie hüllte, als er sagte:

"Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben."

Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Wir haben eine weitere Wortmeldung seitens der AfD-Fraktion. Sie bekommen gleich das Wort, bitte schön.

Marco Schulz AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kollegen Abgeordnete! Ich bin ja nun vom beruflichen Hintergrund Soldat beziehungsweise

Offizier beziehungsweise ich war es bis vor Kurzem. Die Trennung von bewaffneten Teilen der Exekutive und der Legislative hat in Deutschland auch historisch betrachtet ihre Daseinsberechtigung. Doch lassen Sie mich, frisch aus den Streitkräften kommend, dann doch sagen: Im Gegensatz zu der hier beabsichtigten Maßnahme ist das deutsche Militär ein Leuchtturm für den Erhalt von Minderheitsrechten und Individualität.

Auch der seit drei Tagen dienende Schütze hat nicht nur das obligatorische Recht, sondern auch die praktischen Mittel und Möglichkeiten, sich im Fall des Unrechts selbst gegen den General Gehör zu verschaffen und notfalls dieses, sein Recht, einzufordern und zu erhalten. Sie können die hierbei angestrebte Maßnahme noch so schön verkaufen: die Minderheitsrechte würden natürlich nicht beschnitten, immerhin hätten wir anhaltend ein Vorschlagsrecht. Theorie und Praxis sind leider nicht immer deckungsgleich. Vier Vizepräsidenten bei fünf bestehenden Fraktionen – selbst wenn wir in dieser Konstellation nicht die kleinste dabei wären, 1-Millionen-Euro-Frage: Wer fällt da wohl weg? Ein Schelm, der Böses dabei denkt. Sie, um einmal in Superlativen zu sprechen, werfen der AfD vor allem bundesweit häufig vor, die parlamentarischen Sitten und Gebräuche nicht einzuhalten oder gar abschaffen zu wollen. Neben der Tatsache, dass Sie mir dafür kein einziges aufrichtiges Beispiel für unsere Arbeit hier in Hamburg nennen können, appelliere ich an Sie: Nutzen Sie nicht die gleichen unparlamentarischen Methoden, welche Sie anderen, in diesem Fall zu Unrecht, vorwerfen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Ehlebracht.

Ich erlaube mir in diesem Zusammenhang die Anmerkung, dass ich es schade finde, dass sich die AfD nicht an die vereinbarte Zahl von Abgeordneten hält, mit der wir heute hier gemeinsam tagen wollten. Das ist schade. Herr Ehlebracht, Sie bekommen das Wort für ebenfalls maximal drei Minuten nach Paragraf 26 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung.

Detlef Ehlebracht AfD:* Wertes Präsidium, werte Damen und Herren! Es sind nach wie vor nur vier AfD-Abgeordnete im Raum.

(Beifall)

Bereits Anfang der 22. Legislaturperiode erhält das so oft beschworene demokratische Miteinander hier einen Tiefschlag. Da wird die Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft geändert. Nicht mit der Absicht, sie ausgewogener oder demokratischer zu gestalten, einen Ausgleich zwischen Opposition und Regierung anzustreben oder

(Detlef Ehlebracht)

gar Minderheitenrechte zu schützen oder zu stärken, nein, im Gegenteil, hier wird eine Änderung der Geschäftsordnung vorgenommen, einzig und allein um einer demokratisch gewählten Partei, der AfD, einen Posten im Präsidium zu verwehren. Das ist der einzige Beweggrund. Das ist eine Schande im Handeln und für das Ansehen dieses Hauses. Es stellt einen Missbrauch der Stimmenmehrheit dar und kommt einer Vergewaltigung der Geschäftsordnung gleich.

(Beifall – Zurufe)

Sie, die kaum einen Satz bilden können, in dem nicht das Wort Inklusion oder Integration vorkommt, starten als allererste Initiative dieser neuen Legislaturperiode eine Aktion, mit der Sie die Mitwirkungsrechte der kleinsten Oppositionspartei beschneiden und damit rund 43 000 AfD-Wähler, Bürger, die Sie auch regieren wollen, gleich mit ausgrenzen. Sie grenzen damit Vertreter einer Partei aus, die beantragt hat, einen Beauftragten für Antisemitismus einzuführen – haben Sie alle abgelehnt, auch die Christen aus der CDU. Die beantragt hat, hier einmal Rückgrat zu zeigen und als symbolische Beistandsbekundung die tibetische Flagge am Rathaus zu hissen, weil dieses Volk und dessen Kultur gerade durch chinesische Besatzer zerstört wird – haben Sie alle abgelehnt, auch die Christen aus der CDU.

Dazu fällt mir eine Geschichte der Augsburger Puppenkiste von dem Herrn Tur Tur ein. Das ist der Scheinriese, der in dieser Geschichte vorkommt. Jim Knopf und Lukas begegneten diesem Herrn Tur Tur, diesem Scheinriesen, in der Wüste, und schon aus der Entfernung, weil er so riesig war, ergriffen sie die Flucht, erschrecken furchtbar, rannten zu ihrer Emma, wollten sie in Gang setzen, und derweil kam der Riese schnell immer näher und näher. Und, oh Wunder, er wurde immer kleiner und kleiner, je näher er kam. Völlig überrascht beobachtete Lukas dies. Und ehe sie sich versahen, stand dieser Scheinriese Tur Tur vor ihnen und war auf Augenhöhe geschrumpft.

Wenn ich diese Geschichte auf Sie ummünze, dann sind Sie, die Superdemokraten, fast genauso. Ich beobachte Sie und die Verantwortlichen hier jetzt seit fast fünf Jahren. Und je mehr ich Sie dabei beobachte, desto mehr erkenne ich, dass Sie keine Superdemokraten sind, sondern Scheindemokraten. Es gibt zu dieser ursprünglichen Geschichte nur einen einzigen Unterschied: Wenn Sie vor einem stehen, sind Sie nicht auf Augenhöhe, sondern auf Kniehöhe. Sie sind Demokratiezwerge. Und nichts könnte meine Darstellung besser belegen als die heutige Vorgehensweise der Altparteien mit dieser Geschäftsordnung. – Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Uns liegt eine weitere Wortmeldung der AfD-Fraktion vor. Es handelt sich dabei um den Abgeordneten Nockemann.

Er ist dann der sechste Redner für die AfD-Fraktion. Ehrlicherweise, Herr Nockemann, wir hatten vier Abgeordnete vereinbart. Ich frage mich, ob dieses Vorgehen Ihrer Fraktion in angemessenem Verhältnis zu den Zuständen in der Stadt steht, aber bitte.

(Beifall)

Sie bekommen das Wort für ebenfalls maximal drei Minuten.

Dirk Nockemann AfD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin, ich habe Ihre Worte wohl vernommen. Nach dem Motto "Corona rechtfertigt alles" rechtfertigt Corona sogar die Ausgrenzung der AfD und rechtfertigt es auch, die AfD daran zu hindern, hier ihre Wortbeiträge wahrzunehmen.

(Beifall – Zurufe)

So geht das nicht. Das lassen wir nicht mit uns machen.

Herr Gladiator, Sie sprachen davon, die AfD befände sich wieder in der altbekannten Opferrolle. Nein, Herr Gladiator, so wird kein Schuh daraus. 2001, als die Schill-Partei ins Parlament einzog, da haben Sie mit der CDU und mit anderen Parteien sofort einen neuen Vizepräsidenten geschaffen. 2011, als die LINKEN in diese Bürgerschaft eingezogen sind, was haben Sie gemacht mit der CDU? Sofort einen neuen Vizepräsidentenposten geschaffen für die LINKEN, mit denen Sie ja gar nicht zusammenarbeiten wollen. Aber es war guter demokratischer Brauch.

(Zuruf)

In Abweichung von dem, was wir vorhin gehört haben: Nein, Sie halten uns nicht für die schlechteren Menschen. Das, was Sie machen, ist skrupellose, schamlose Machtpolitik und nichts anderes. Sie grenzen einen politischen Gegner, der unbequem für Sie ist, einfach aus.

(Beifall)

Wie formulierte es vor 14 Tagen hier die Abgeordnete Wiedemann als Alterspräsidentin?

"Die Erfahrungen der deutschen Vergangenheit [...] haben uns gelehrt, dass nicht alle Abgeordneten, die durch demokratische Wahlen ins Amt gekommen sind, auch demokratische Abgeordnete sein müssen."

Da haben Sie recht. Ich gucke hier ins große Rund, und ich sage: Ja, so ist es. Nicht alle, die demokratisch gewählt worden sind, schätzen und achten auch Minderheitenrechte. Das sollten Sie sich einmal zu Herzen gehen lassen.

(Dirk Nockemann)

Wer dem vorliegenden Antrag, mit dem die demokratischen Rechte unserer Partei beschnitten werden, zustimmt, Minderheitenrechte, Vizepräsidenten ...

(Zurufe)

– Ich habe es doch gerade aufgeführt. Es war immer so, dass jede Fraktion einen Posten hatte. Nein, Sie machen damit Schluss.

Das ist ein antidemokratischer Affront gegen den Souverän, gegen den Bürger. Herr Schumacher, da müssen Sie doch gar nicht lachen. Sie wissen es doch, Sie haben es doch verinnerlicht. Das merke ich doch aus jeder Pore bei Ihnen, dass Sie es verinnerlicht haben.

Was wir heute erleben: Wir werden unsere Rechte einfordern. Und das, was Sie gerade hier erleben, das ist die Ouvertüre. Wir werden Ihnen beibringen, wie man Minderheitenrechte achtet.

(Zurufe)

Wir werden Ihnen beibringen, wie man die Geschäftsordnung achtet. Es finden kaum noch Fußballspiele statt, aber ich verspreche Ihnen eine spannende Sommersaison. Wir werden lange Abende miteinander hier verbringen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Vielen Dank. – Das Wort bekommt Herr Dr. Tjarks für die GRÜNE Fraktion.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mich jetzt noch einmal gemeldet, weil ich finde, dass man nach diesen sechs Wortbeiträgen das nicht einfach so stehen lassen kann, was die AfD hier behauptet.

(Beifall)

Und ich möchte erst einmal sehr grundsätzlich sagen, dass ehrlicherweise das Wort Minderheitenschutz aus dem Mund einer Partei, die es sich regelmäßig zur Aufgabe macht, gegen alle möglichen Minderheiten in diesem Land zu hetzen, ein bisschen schal klingt.

(Beifall)

Darüber sollten Sie auch selbst einmal nachdenken, was das wirklich bedeutet. Es ist auch interessant, dass sich alle neuen Kolleginnen und Kollegen Ihrer Fraktion heute hier vorgestellt haben. Und ich muss Ihnen wirklich einmal sagen: Frau Petersen, der Vergleich der deutschen SPD mit der KPdSU ist so was von dermaßen deplatziert, dass Sie vielleicht noch einmal in sich gehen sollten, wenn Sie diese Rede gemacht haben. Sie haben danach die SPD mit der SED verglichen; das ist übrigens auch nicht viel besser, nicht ganz so

schlimm wie die KPdSU, aber auch nicht viel besser.

Und, Herr Walczak, wenn Sie letztlich Otto Wels zitieren, als ob wir eine Situation hätten, dass wir hier ein Ermächtigungsgesetz verabschieden, dann vergleichen Sie umgekehrt und implizit die Bürgerschaft mit Hitler. Was für ein gigantischer Schwachsinn und Blödsinn. Das muss man einfach auch einmal an dieser Stelle sagen.

(Beifall)

Sie haben hier das Schauspiel aufgeführt, was Sie ehrlicherweise fünf Jahre lang aufgeführt haben und für das Sie übrigens weniger Zustimmung bekommen haben als beim letzten Mal. Sie haben hier das Schauspiel aufgeführt, es gebe nur ein Opfer in der Stadt, und das seien Sie. Das ist wirklich eine Verhöhnung all derjenigen, die unter dem Hass und der Hetze leiden, die Sie und Ihre Anhänger im Internet und auch sonst wo verbreiten. Das muss man einfach auch einmal so klar sagen an dieser Stelle.

(Beifall)

Jetzt noch einmal zur Sache. Herr Gladiator hat ausgeführt, dass es in 12 von 15 Landtagen nicht so ist, dass jede Fraktion immer einen Vizepräsidenten stellt. Das war übrigens auch in der Geschichte der Hamburgischen Bürgerschaft nicht immer so. Und ich möchte einmal ausdrücklich sagen: Es werden nicht ein Vizepräsident, sondern zwei Vizepräsidenten reduziert. Das System ist so gewählt, dass sich jetzt hier jeder zur Wahl stellen kann. Das ist ein Kernelement von Demokratie, und deswegen sollten Sie vielleicht einmal ein bisschen wieder abrüsten an dieser Stelle. Das würde Ihnen guttun. – Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht, meine Damen und Herren. Dann können wir zu unseren Abstimmungen kommen.

Wir haben zwei Zusatzanträge und die ursprüngliche Unterrichtung. Wir starten mit dem Zusatzantrag 22/59, der Ihnen verteilt worden ist. Hierzu liegt die Bitte um namentliche Abstimmung seitens der AfD-Fraktion vor. Wir machen das so, dass unsere Schriftführerinnen Sie abwechselnd namentlich aufrufen werden, und Sie antworten bitte vernehmlich mit Ja, Nein oder Enthaltung.

Wenn es noch Wechsel gegeben hat bei den schon Entschuldigten oder jetzt andere Abgeordnete anwesend sind, dann rufen Sie uns auch das bitte vernehmlich zu.

(Zuruf)

– Ich habe das so verstanden, dass wir den Ältestenrat nach dieser Abstimmung machen, weil es

(Präsidentin Carola Veit)

um die Frage geht, ob dieser Beschluss dann gilt oder nicht.

(Zurufe)

Also, wir stimmen hier den weitgehendsten Antrag zuerst ab; das ist das übliche Verfahren. Und wir stimmen die ursprüngliche Drucksache am Ende ab.

(Zuruf von *Krzysztof Walczak AfD*)

– Nein.

Die AfD-Fraktion hat um eine Sitzung des Ältestenrats gebeten. Das ist ihr gutes Recht, und dann machen wir dies zugleich. Ich unterbreche die Sitzung für eine Sitzung des Ältestenrats. Wir treffen uns ... Ganz ruhig. Ich bitte alle ...

(Zuruf von *Krzysztof Walczak AfD*)

– Herr Walczak, Sie haben jetzt nicht das Wort.

(Zuruf von *Krzysztof Walczak AfD*)

– Sie haben das Wort jetzt nicht.

Ich unterbreche jetzt die Sitzung für eine Sitzung des Ältestenrats. Ich bitte alle Fraktionen, nur mit zwei Mitgliedern am Ältestenrat teilzunehmen. Wir treffen uns wie üblich in Raum B. Alle anderen Mitglieder der Bürgerschaft erinnere ich noch einmal an unser Abstandsgebot. Erfrischungen finden Sie am Ende des Raums. Wir treffen uns voraussichtlich in zehn Minuten wieder. – Vielen Dank.

Unterbrechung: 16.27 Uhr

Wiederbeginn: Wiederbeginn 16.50 Uhr

Meine und Herren, nehmen Sie doch gern Ihre Plätze wieder ein. Wir setzen die Sitzung nach einer kurzen Sitzung des Ältestenrats fort.

Wir haben uns auf die Abstimmungsreihenfolge verständigt. Wir sind immer noch bei Punkt 11a unserer Tagesordnung und starten zunächst mit dem Antrag 55, dann folgt Antrag 59 und dann die Ursprungsdrucksache der Unterrichtung, Antrag 50. Bei Antrag 55 aus der 22. Legislaturperiode ist die namentliche Abstimmung seitens der AfD-Fraktion beantragt. Ich habe Ihnen das eben schon erläutert. Frau Domm und Frau Timmann werden Sie abwechselnd aufrufen, und Sie antworten bitte laut und vernehmlich mit Ja, Nein oder Enthaltung. – Frau Timmann.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen) **

Der Antrag ist bei 64 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen so mit großer Mehrheit beschlossen worden.

Wir kommen zum Antrag Nummer 59, der Ihnen noch nachträglich verteilt worden ist. Auch hier ist die namentliche Abstimmung beantragt worden.

Wir gehen also vor wie eben und starten. Sie antworten bitte wieder mit Ja, Nein oder Enthaltung.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen) **

Vielen Dank den Schriftführerinnen.

Dann haben wir auch hier ein Ergebnis.

Bei 64 Ja- und 4 Nein-Stimmen ist auch dieser Antrag mehrheitlich so beschlossen worden.

Wir kommen zur Unterrichtung der Präsidentin aus Drucksache 22/50: Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft. Hier ist ziffernweise Abstimmung beantragt worden. Oder hat sich das erledigt?

(Zuruf: Nein!)

– Nein.

Dann werden wir diesen Antrag ziffernweise abstimmen. Wir starten mit Ziffer 1.

Wer möchte Ziffer 1 seine Zustimmung geben? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann bei vier Gegenstimmen so beschlossen worden.

Ziffer 2.1. Wer stimmt zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist bei vier Gegenstimmen dann so beschlossen worden.

Ziffer 2.2. Wer stimmt zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist bei vier Gegenstimmen so beschlossen worden.

Ziffer 2.3. Wer stimmt zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist bei vier Gegenstimmen dann so beschlossen worden.

Ziffer 3. Wer stimmt zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Ebenfalls mehrheitlich so beschlossen worden.

Ziffer 4. Die Zustimmung bitte. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist bei vier Gegenstimmen dann so beschlossen worden.

Wir kommen zu Ziffer 5. Wer möchte zustimmen? – Wer nicht? – Und wer Enthaltung? – Auch das ist dann bei vier Gegenstimmen so beschlossen worden.

Wir kommen zu Ziffer 6. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen. – Enthaltungen? – Auch das ist bei vier Gegenstimmen so beschlossen worden.

Ziffer 7. Darf ich um Zustimmung bitten? – Und die Gegenstimmen. – Und die Enthaltungen? – Dann ist auch Ziffer 7 so beschlossen worden.

Wir kommen zu Ziffer 8. Wer stimmt zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist auch Ziffer 8 mehrheitlich so beschlossen worden.

Wir kommen zu Ziffer 9. Auch hier bitte einmal Handzeichen, wer zustimmt. – Und die Gegenproben. – Die Enthaltungen? – Dann ist auch Ziffer 9 mit großer Mehrheit so beschlossen.

** Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage bei.

(Präsidentin Carola Veit)

Wir kommen zu Ziffer 10. Wer stimmt zu? – Wer nicht? – Wer enthält sich? – Auch Ziffer 10 ist dann bei vier Gegenstimmen so beschlossen worden.

Wir kommen zu Ziffer 11.1.1. Bitte die Zustimmungen. – Gegenstimmen. – Und Enthaltungen? – Das ist dann ebenfalls bei vier Gegenstimmen so beschlossen.

Ziffer 11.1.2. Wer stimmt zu? – Wer nicht? – Und wer enthält sich? – Das ist dann ebenfalls bei vier Gegenstimmen so beschlossen worden.

Und Ziffer 11.2. Wer stimmt hier zu? – Wer nicht? – Wer enthält sich? – Auch das ist dann mehrheitlich so beschlossen worden.

Ziffer 11.4. Die Zustimmung bitte. – Gegenstimmen.

(Zuruf)

– Ziffer 11.3 war nicht beantragt zur ziffernweisen Abstimmung.

Aber wir müssen das trotzdem abstimmen, da haben Sie eigentlich recht. Wir stimmen das gleich ab. Entschuldigung.

Ich war jetzt bei Ziffer 11.4. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen. – Enthaltungen?

Verzeihung, einmal zurück zu Ziffer 11.3. Auch hier bitte einmal die Zustimmung. – Und die Gegenstimmen. – Und die Enthaltungen? – Auch das ist bei vier Gegenstimmen dann so beschlossen worden.

Und dann noch Ziffer II, das Außerkrafttreten. Wer möchte das so beschließen? – Auch hier die Gegenstimmen. – Und die Enthaltungen? – Dann ist auch das mit Mehrheit so beschlossen worden.

Damit haben wir auch den Antrag insgesamt so beschlossen und die Geschäftsordnung der 22. Wahlperiode bis hierhin auf den Weg gebracht.

Dann können wir zu unserem nächsten Tagesordnungspunkt kommen. Das ist Punkt 1 unserer Tagesordnung, die Wahl von Vizepräsidentinnen und/oder Vizepräsidenten.

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Wahl von Vizepräsidentinnen und/oder Vizepräsidenten]**

Es liegt mir hierzu seitens der Fraktionen CDU, der LINKEN und AfD je ein Wahlvorschlag vor. Sie finden vorbereitete Stimmzettel auf Ihren Plätzen oder haben diese hoffentlich schon gefunden. Sie benutzen bitte den gelben Stimmzettel, der Ihnen vorliegt. Verabredungsgemäß brauchen wir keine Wahlkabinen, können das am Platz machen. Sie

finden jeweils drei Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen bei jedem der Namen ein Kreuz machen, aber bitte nur eines. Mehrere Kreuze oder kein Kreuz machen die Wahl dieser Kandidatin/dieses Kandidaten ungültig. Weitere Eintragungen führen natürlich auch zur Ungültigkeit des Stimmzettels.

Ich bitte Sie jetzt, Ihre Wahlentscheidungen vorzunehmen. Unsere beiden Schriftführerinnen beginnen dann mit dem Einsammeln der Stimmzettel. Wenn Sie bitte so lange auf Ihren Plätzen bleiben mögen, wäre ich Ihnen dankbar.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist der Fall. Dann schließe ich jetzt die Wahlhandlungen und unterbreche die Sitzung für die Dauer der Stimmauszählungen. Wir werden uns beeilen. Bis gleich.

Unterbrechung: 17.07 Uhr

Wiederbeginn: 17.30 Uhr

Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich darf Ihnen die Abstimmungsergebnisse bekanntgeben. Bei den Wahlen der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten sind 67 Stimmzettel abgegeben worden. Für Herrn Trepoll waren 66 Stimmen gültig, eine ungültig, für Herrn Celik ebenfalls 66 Stimmen gültig, eine ungültig, bei Herrn Ehlebracht waren es 65 gültige und zwei ungültige Stimmzettel.

Ich teile Ihnen gern die Ergebnisse mit. Auf Herrn Trepoll entfielen 59 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen. Auf Herrn Celik entfielen 49 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 5 Stimmenthaltungen. Herr Ehlebracht erhielt 4 Ja-Stimmen, 61 Nein-Stimmen, keine Enthaltungen. Somit sind Herr Trepoll und Herr Celik gewählt worden, Herr Ehlebracht ist nicht gewählt worden.

(Beifall)

Ich darf Sie, Herr Trepoll, fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

André Trepoll CDU: Frau Präsidentin, ich nehme die Wahl an.

Präsidentin Carola Veit: Herr Celik, auch an Sie die Frage, ob Sie die Wahl annehmen.

Deniz Celik DIE LINKE: Ja.

Präsidentin Carola Veit: Dann lade ich Sie beide sehr gern ein, hier oben neben mir Platz zu nehmen.

(Präsidentin Carola Veit)

Gut, meine Damen und Herren. Wir kommen zu unseren Tagesordnungspunkten 7a, 7b und 6a, Drucksachen 22/42 bis 22/44, zwei dringliche ...

Habe ich etwas vergessen? – Wir haben noch eine Wahl, natürlich. Verzeihung, ich habe das überblättert. Danke, Frau Maybohm.

Wir haben natürlich noch, deswegen haben Sie ja einen grünen Stimmzettel bekommen, die Wahl eines Mitglieds für den Kontrollausschuss zur parlamentarischen Kontrolle des Senats auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes.

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl eines Mitglieds für den Kontrollausschuss zur parlamentarischen Kontrolle des Senats auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes

– Drs 22/30 –]

Hier liegt Ihnen, wie gesagt, der grüne Stimmzettel vor.

Bitte nehmen Sie wie eben Ihre Wahlentscheidung vor. Auch hier nur ein Kreuz und keine Zusätze, damit der Stimmzettel nicht ungültig wird. Und auch hier werden unsere Schriftführerinnen die Stimmzettel gleich einsammeln.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Wenn alle Stimmzettel eingesammelt sind, dann werden wir vereinbarungsgemäß auszählen und Ihnen das Stimmergebnis im Laufe der Sitzung bekannt geben.***

Wir kommen zu den eben schon aufgerufenen Punkten 7a, 7b, 6a, Drucksachen 22/42 bis 22/44, zwei dringliche Senatsanträge und die Senatsmitteilung zum Hamburger Schutzschirm.

[Dringlicher Senatsantrag:

Antrag auf Feststellung des Vorliegens einer außergewöhnlichen Notsituation in Folge einer Naturkatastrophe im Sinne von Artikel 72 Absatz 3 Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg – Entwurf eines Gesetzes zum Erlass des Covid-19-Notsituationengesetzes sowie zur Aufhebung haushaltsrechtlicher Vorschriften

– Drs 22/42 –]

[Dringlicher Senatsantrag:

Dringlicher Antrag – Haushaltsbeschluss 2019/2020: Hamburger Schutzschirm – Erhöhung des Kreditrahmens der Hamburgischen Investitions- und Förderbank sowie Sicherheitsleistung zugunsten der Hamburgischen In-

vestitions- und Förderbank im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie

– Drs 22/43 –]

[Senatsmitteilung:

"Hamburger Schutzschirm" – Erstes Maßnahmenpaket für von der Corona-Virus-Epidemie geschädigte Unternehmen und Institutionen

– Drs 22/44 –]

[Antrag der CDU-Fraktion:

Tilgungsvorgabe für COVID-19-Kreditaufnahme präzisieren

– Drs 22/54 –]

[Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Zeitlich befristete Vermögensabgabe zur Finanzierung der durch Corona bedingten Neuverschuldung einführen

– Drs 22/56 –]

[Antrag der AfD-Fraktion:

Ergänzungsantrag: Zeitliche Befristung der Schuldenbremse für das Haushaltsjahr 2019/2020

– Drs 22/58 –]

Zum Senatsantrag 22/42 liegen Ihnen als Drucksachen 22/54, 22/56 und 22/58 Anträge von CDU, LINKEN und AfD vor.

Die Drucksachen 22/54 und 22/56 möchten SPD und GRÜNE an den Verfassungsausschuss überweisen.

Ich weise noch einmal darauf hin, dass vereinbarungsgemäß 15 Minuten Redezeit pro Fraktion und 5 Minuten für die fraktionslose Abgeordnete vereinbart sind. Ebenfalls ist vereinbart, dass zunächst der Senat das Wort erhält. – Ich gebe das Wort Herrn Finanzsenator Dr. Dressel.

Senator Dr. Andreas Dressel:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mit einem Zitat aus Artikel 72 unserer Verfassung in der seit dem 1. Januar 2020 gültigen Fassung beginnen.

"Einnahmen und Ausgaben sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen."

Das steht in Absatz 1. Und in Absatz 3:

"Bei Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle der Freien und Hansestadt Hamburg entziehen und deren Finanzlage erheblich beeinträchtigen, kann von Absatz 1 abgewichen werden, wenn die Bürgerschaft das Vorliegen eines solchen Falles mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen feststellt. Die Abweichung ist mit einer Til-

*** Das Wahlergebnis ist auf Seite 66 zu finden.

(Senator Dr. Andreas Dressel)

gungsregelung zu verbinden. Die Kredite sind binnen eines angemessenen Zeitraumes zurückzuführen."

So steht es in Artikel 72 unserer Verfassung. Ich bin in anderer Funktion nicht ganz unbeteiligt daran gewesen, dass wir diese Verfassungsbestimmung mit einer breiten Mehrheit, mit den Grünen und mit der FDP, im Jahr 2013 beschlossen haben. Ich glaube, das ist ein guter Zusatz in der Verfassung, den wir damals beschlossen haben, und jetzt haben wir diesen Anwendungsfall. Das ist eine gute Grundlage, um auch in der Krise handlungsfähig sein zu können.

(Beifall)

Eingangs will ich erst einmal betonen: Es geht, anders als es vielleicht in einigen Presseberichten dieser Tage zu lesen ist, nicht darum, dass die Schuldenbremse abgeschafft, ausgehebelt oder ausgesetzt wird. Ein einfacher Blick in die Verfassung sagt: Genau für diesen Fall haben wir zusammen mit einer sehr breiten Mehrheit eine Regelung geschaffen, die diese Verfassung und uns gemeinsam haushalterisch auch in solch einer schwierigen Lage krisenfest macht. Gerade weil heute so viel über die Handlungsfähigkeit des Staats, die Handlungsfähigkeit der Stadt geredet wurde, ist es ein wichtiges Zeichen, dass wir alle gemeinsam – Michael Westhagemann und ich, der Bürgermeister, die anderen Senatoren, die jetzt in den verschiedenen Themenfeldern in der Verantwortung stehen – sagen: Wir machen in dieser Phase möglich, was nötig ist. Und das schließt die finanzpolitische Handlungsfähigkeit unserer Stadt ein.

(Beifall)

Deshalb lautet unser Petition in der Drucksache 22/42:

"[...] die Bürgerschaft möge feststelle, dass die Covid-19-Pandemie eine Naturkatastrophe und die Beeinträchtigung der Wirtschaftsabläufe auf Grund der Bekämpfung der Covid-19-Pandemie eine außergewöhnliche Notsituation im Sinne des Artikels 72 Absatz 3 Satz 1 Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg darstellen"

und dass wir – und das ist dann der zweite Punkt, denn es reicht ja nicht, dass wir sagen "Das ist eine Notsituation", wir müssen dann auch gleich aufzeigen, wie unser Weg ist, damit umzugehen –

"das als Anlage beigefügte Gesetz zum Erlass des Covid-19-Notsituationsgesetzes sowie zur Aufhebung haushaltsrechtlicher Vorschriften beschließen."

Das heißt, wir legen Ihnen heute ein Paket vor, das die erste Grundlage liefert, dass wir in den nächsten Wochen und Monaten einen Weg aufzeigen, mit dieser Situation als Stadt insgesamt, als Senat,

aber eben auch haushalterisch umgehen zu können.

Was ist der wesentliche Inhalt, um den es geht? Wir wollen in den jetzt vor uns liegenden Haushaltsjahren 2020 und 2021 einen höheren Kreditrahmen definieren, in Paragraph 2 dieses Gesetzes steht es, 1,5 Milliarden Euro. Das bezieht sich auf beide Jahre, 2020 und 2021, ist also das Gesamtvolumen.

Wir haben uns natürlich überlegt: Was ist eigentlich der richtige Betrag? Denn wenn man sich in den Bundesländern umschaute, hat man an einigen Stellen das Gefühl, dort gehe es darum, besonders große Volumina darzustellen, wobei man in der jetzigen Phase noch gar nicht immer genau weiß, was eigentlich die exakten Beträge sind, die aufgerufen werden. Wir haben deshalb gesagt, dass 10 Prozent des Haushaltsvolumens eines Jahres eine vernünftige Grundlage ist, und ich will Ihnen auch sagen, warum wir dieser Auffassung sind.

Wir müssen natürlich betrachten, was jetzt die unmittelbaren Notwendigkeiten zur Krisenbewältigung sind. Wir haben die Gesundheitsbehörde schon aus den Mitteln, die wir jetzt haben, unterstützt, damit sie wichtige Maßnahmen des Gesundheitsschutzes direkt ergreifen kann. Es hat Maßnahmen gegeben im Bereich der Kultur, insbesondere bei den großen Zuwendungsempfängern der Stadt, damit diese eine Handlungssicherheit in der Krise haben. Auch das haben wir sofort möglich gemacht. Es wird weitere Bereiche geben: unsere Sicherheitsorgane, Polizei und Feuerwehr; viele, viele Themen. Die Zweite Bürgermeisterin hat heute etwas für den Bereich Wissenschaft/ Universitäten vorgeschlagen, damit die Studierenden wissen, dass keiner durch die Maschen fallen soll in dieser Phase, sondern wir die Unterstützung über das Studierendenwerk so ausstatten, dass man auch hier krisenfest ist. Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiges Zeichen. Das heißt bezogen auf die Behörden und ihre Zuständigkeiten, ihre Handlungsfähigkeit für ihre Zielgruppen: Es gilt der Grundsatz "Es wird möglich gemacht, was nötig ist."

(Beifall)

Wenn man das gemeinsam betrachtet, bedeutet das: Wir haben behördliche Notwendigkeiten in der Krise. Wir haben natürlich auch Maßnahmen des Bundes, die jetzt ergriffen werden und eine Rückwirkung auf Hamburg haben werden; das Sozialschutzpaket, Wirtschaftsstabilisierungsfondsgesetz und, und, und. Wir gehen im Moment davon aus, dass das einen dreistelligen Millionenbetrag ausmachen wird, was behördliche Maßnahmen der Stadt, aber auch die Flankierung der Bundesmaßnahmen aus Landesmitteln angeht.

Dann werden wir natürlich Einnahmeeinbrüche haben; auch das gehört zur Realität dazu. Zu einem

(Senator Dr. Andreas Dressel)

Punkt unseres Schutzschirms komme ich da gleich noch. Wenn wir sagen, wir wollen auf Gebühren verzichten, weiß jeder, der sich ein bisschen mit Haushalt auskennt, dass wir auch Einnahmepositionen in den Fachbehördenetats haben. Es ist völlig klar, dass wir in diesem Jahr dort Einbrüche erleben werden, und zwar auch deshalb, weil wir das politisch miteinander wollen. Warum soll jetzt zum Beispiel ein Gewerbetreibender, ein Gastronom im Schanzenviertel für seine Außengastronomie eine Sondernutzungsgebühr bezahlen, wenn er nicht einmal seinen Laden aufmachen kann, geschweige denn seine Außengastronomie nutzen? Ich glaube, das ist eine konkrete Maßnahme, mit der wir den Bürgerinnen und Bürgern, den Gewerbetreibenden beim Thema Gebühren als Freie und Hansestadt Hamburg entgegenkommen können und müssen. Das wird natürlich seine Spuren im Haushalt hinterlassen, es ist in dieser Situation aber richtig so.

(Beifall)

Wir werden diese Einnahmeeinbrüche auch bei unseren öffentlichen Unternehmen sehen, die im Moment an vielen Stellen einen herausragenden Job machen: unsere Ver- und Versorgungsunternehmen, die Verkehrsunternehmen, die gerade noch einmal bekräftigt haben, dass sie dafür sorgen, dass der Transport in unserer Stadt gewährleistet wird. Und natürlich betrifft das auch beispielsweise den Flughafen. Ich habe gerade von noch 400 Fluggästen an einem Tag gehört. Da ist doch klar, dass das etwas ist, was in der Unternehmensbilanz und nachher auch im Haushalt auftauchen wird.

Das heißt, wenn ich mir das alles einmal auf der Einnahmeseite anschau, dann werden wir auch dort mit dreistelligen Millionenrückgängen zu rechnen haben, bei den Gebühren, bei den öffentlichen Unternehmen, was wir dann im Einzelplan 9.2 verrechnen. Auch da werden wir deutliche Brems Spuren sehen und dafür einstehen müssen, dass das, was wir an Schutzschirm für die privaten Unternehmen in dieser Stadt ausbringen, natürlich auch für die öffentlichen Unternehmen dieser Stadt gelten muss – die einen tollen Job machen, gerade in dieser Phase. Ich finde, das sollten wir alle noch einmal mit einem Applaus für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Unternehmen deutlich machen.

(Beifall)

Daran sehen Sie schon ... Ich habe zweimal dreistellige Millionenbeträge genannt. Jetzt kommt der nächste große Punkt. Wir haben gesagt, wir wollen uns nicht nur auf die Maßnahmen des Bundes beziehen, sondern wir wollen auch einen eigenen Hamburger Schutzschirm aufziehen. Es haben insbesondere der Kollege Westhagemann und ich, aber auch Carsten Brosda, Andy Grote und viele andere mitgeholfen, diesen Schutzschirm in den

letzten Tagen zu erarbeiten, den wir jetzt Schritt für Schritt weiter ausfahren. Und auch hier gehen wir davon aus, dass wir Kosten in einem dreistelligen Millionenbereich verursachen werden. Aber wir haben gesagt, wir brauchen einen solchen Schutzschirm, der auf Hamburger Besonderheiten konkret eingeht.

Ich will einmal ausführen, wo wir stehen. Die Hamburger Corona-Soforthilfe ist jetzt wirklich gut angelaufen; wir haben uns gerade noch einmal die aktuellen Zahlen angeschaut. Wir haben über 40 000 registrierte Antragstellerinnen und Antragsteller. Über 20 000 Anträge sind bis jetzt eingegangen. Wir haben schon über 500 000 Euro zugesagt, obwohl das ja erst wenige Stunden on the Road ist, und auch schon rund 100 000 Euro ausgezahlt. Das heißt, unser Ansatz, die Beantragung der Bundes- und der Landessoforthilfe vollständig digital zu machen, ist ein großes Plus – wir waren sicher nicht die Ersten, die fertig waren mit ihrem System, aber wir bieten es jetzt komplett aus einer Hand an –, weil die Antragsteller nicht von Pontius zu Pilatus laufen müssen, sondern sie rufen das auf ihrem Rechner auf und bekommen das vollständig digital. Die Zahlen sprechen für sich, dass wir da etwas richtig Gutes hingelegt haben.

(Beifall)

Und auch da legen wir etwas drauf. Bei den Soloselbstständigen werden wir in jedem Fall, auch dann, wenn keine Fixkosten vorhanden sind, die 2 500 Euro aus Landesmitteln bereitstellen. Auch das als klare Zusage, die wir hier geben. Das haben wir miteinander fest versprochen, und wir haben das in den Regeln berücksichtigt.

Bei den Großen war es ein wichtiges Anliegen gerade des Wirtschaftssenators, dafür zu sorgen, dass wir nicht wie der Bund bei zehn Mitarbeitern Schluss machen, sondern bei bis zu 50 Mitarbeitern 25 000 Euro geben – auch da haben wir noch einmal draufgelegt, wir wollten erst 10 000 Euro geben – und bei über 50 Mitarbeitern 30 000 Euro. Das wird ein ganz wichtiges Zeichen in die mittelständische Wirtschaft sein. Mit dem Kollegen Westhagemann sagen wir deutlich: Wir geben das Signal in die Stadt, die mittelständische Wirtschaft, die Wirtschaft dieser Stadt kann sich auf diesen Senat verlassen.

(Beifall)

Hinzu kommen die Kreditprogramme. Die werden jetzt Schritt für Schritt ausgefahren. Der Förderkredit Sport, der Förderkredit Kultur, beide Volumina 50 Millionen Euro, sind in der Endabstimmung der Förderrichtlinien. Das geht nächste Woche an den Start, und die Woche darauf dann der Hamburg-Kredit Liquidität mit 250 000 Euro je Kreditfall. Wir wollen da auch gemeinsam mit der Hamburger Finanzwirtschaft ausloten, dass das auch noch gemacht werden kann, sodass das Kreditvolumen

(Senator Dr. Andreas Dressel)

größer ist, und ich sage hier sehr deutlich: Ich habe eine klare Erwartungshaltung an die Hamburger Finanzwirtschaft, dass sie in Zeiten dieser Krise ihren Teil der Verantwortung einlöst. Diese Krise ist so groß, dass sie nur gemeinsam bewältigt werden kann.

(Beifall)

Weitere Punkte finden Sie in der entsprechenden Drucksache zum Schutzschirm. Ich glaube, wir haben da in der Kürze der Zeit eine Menge auf den Weg gebracht; man sieht ja auch, dass sich da etwas nachzieht. Wir waren die Ersten, die das Thema Stundung von Gewerbemieten auf den Tisch gelegt haben. Es sind jetzt immer mehr, die nachgezogen sind. Wohlgermerkt mit der Ansage, dass das keine Regelung sein darf, die von bestimmter Seite missbraucht werden darf. Das muss klar sein. Faire Lastenverteilung in der Krise ist ein Gebot der Stunde. Auch dafür wird dieser Senat einstehen.

(Beifall)

Und dann stellt sich natürlich die Frage: Wie soll das alles finanzpolitisch ausgehen? Ich will Ihnen in den letzten zwei Minuten meiner Ausführungen im Detail sagen, wie die Corona-Schulden zurückgezahlt werden sollen, die jetzt in den nächsten zwei Jahren aufgenommen werden.

Die Verfassung schreibt eine Tilgungsregelung vor. Die haben wir vorgelegt. Wir bewegen uns da in einem vernünftigen Gleichklang mit vielen Ländern. NRW beispielsweise, CDU geführt aktuell, sagt 50 Jahre. Ich glaube, da sind wir mit den 20 Jahren für Hamburg nicht so schlecht.

Dann ist natürlich die Frage, wo man die Tilgung beginnen lässt. Wir wollen an dem Ziel des doppelten Budgetausgleichs bis 2024 festhalten, unter Berücksichtigung von Corona. Es ist klar, dass wir in der Krise jetzt nicht gegenansparen können. Aber an dem Grundprinzip, bis 2024 doppelten Budgetausgleich Corona-bereinigt zu erreichen, also minus 180 Millionen Euro Aufwendungen jedes Jahr, an dem Ziel, dass diese Bürgerschaft dem Senat mitgegeben hat in der Landeshaushaltsordnung, daran wollen wir festhalten. Und deshalb haben wir gesagt, die Tilgungsregelung sollte genau ein Jahr später beginnen, wenn wir diesen doppelten Budgetausgleich Corona-bereinigt erreicht haben. Also bis 2024 das eine Ziel, und ein Jahr später beginnt die Tilgungsregelung, die dann dazu führt, dass wir jedes Jahr 75 Millionen von diesen 1,5 Milliarden Euro tilgen werden und dann genau nach 20 Jahren damit durch sind.

Ich glaube, das ist ein verantwortlicher Weg, der weiter unserem Ziel einer anspruchsvollen Haushaltspolitik gerecht wird, einer generationengerechten Haushaltspolitik, aber eben immer diesen Gleichklang hinbekommt: Investieren – was in der Krise besonders gilt –, aber auch konsolidieren

und das Wachstum dieser Stadt gestalten. Denn ich glaube, uns ist allen klar, dass es, wenn die Krise vorbei ist und wir wieder mit neuem Tatendrang Investitionen in Infrastruktur und vieles andere anstoßen, auch darauf ankommen wird, dass wir dafür sorgen, dass die Konjunktur wieder anspringt, dass investiert wird, dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden und, und, und. Und das muss man vernünftig zum Ausgleich bringen. Deswegen, glaube ich, ist das ein vernünftiges Gesamtpaket für diese Stadt, für diesen Haushalt, und dafür bitten wir herzlich um Ihre Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt bekommt gleich Herr Kleibauer das Wort für die CDU-Fraktion.

Thilo Kleibauer CDU:* Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Meine Damen und Herren! Die Ausbreitung des Coronavirus und die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie haben in der Tat schnelle und drastische Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Aktivitäten in dieser Stadt gehabt. Unternehmer, Freiberufler, Selbstständige, Kulturinstitutionen, Vereine spüren dies seit drei Wochen sehr deutlich. In vielen Bereichen ist das Geschäft komplett zum Erliegen gekommen, wenn man ans Gastgewerbe denkt, an den Einzelhandel, an den gesamten Bereich Tourismus, Freizeitaktivitäten, Kultureinrichtungen. Aber auch viele andere Sektoren haben deutliche Rückgänge, haben deutliche Störungen in ihrem Geschäftsverlauf. Diese Situation – wir haben das ja am Anfang auch schon bei der Debatte zur Regierungserklärung besprochen – ist dramatisch. Sie ist für viele, insbesondere für kleine Unternehmen existenzbedrohend. Daher ist es richtig und wichtig, dass die Politik in dieser Situation schnell reagiert, schnell reagiert hat. Der Bund hat ein Maßnahmenpaket vorgelegt in noch nie dagewesener Größenordnung, und ich glaube, auch in noch nie dagewesener Geschwindigkeit. Und auch der Hamburger Senat ist nicht untätig geblieben, sondern legt uns heute formal mit einer Drucksache ein erstes Maßnahmenpaket vor, das insbesondere auch Zuschüsse für kleine Unternehmen, für Soloselbstständige vorsieht. Das ist sinnvoll, meine Damen und Herren. Das begrüßen wir in jedem Fall und ausdrücklich.

(Beifall)

Es ist natürlich auch sinnvoll – und auch das ist eine der Drucksachen, die hier vorliegt –, dafür den Ermächtigungsspielraum, den die IFB als unser Förderinstitut hat, die diese Dinge gut und schnell abwickeln kann, dann auch zu erhöhen. Das ist in jedem Fall etwas, was sinnvoll ist, hier den entsprechenden Haushaltsbeschluss herbeizuführen.

Es geht im Übrigen ja nicht nur darum, schnell Programme vorzulegen oder anzukündigen, sondern

(Thilo Kleibauer)

es geht darum, diese dann auch mit hoher Geschwindigkeit umzusetzen und zur Auszahlung zu bringen. Denn es ist in der Tat so, dass viele gesunde Unternehmen sonst höchstens noch die nächsten Wochen überstehen, und in vielen Bereichen geht es um Tage. Wir wissen ja, dass in vielen Fällen Zahlungen immer zum Monats- oder zum Quartalswechsel anstehen, den wir gerade hatten. Insofern haben wir natürlich den am Montag leicht holprigen Start Ihres Antragsverfahrens für die Soforthilfen ganz genau im Auge behalten, denn es ist wichtig, dass jetzt die Programme schnell umgesetzt werden, dass schnell Zahlungen erfolgen. Und deshalb möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich im Namen meiner Fraktion bei all denjenigen in der Stadt, in der Verwaltung, in den öffentlichen Unternehmen, aber auch an vielen externen Stellen, Kammern, Banken et cetera, die wertvolle Zuarbeit geleistet haben, dafür bedanken, dass hier mit Hochdruck an der schnellen Umsetzung dieser Programme gearbeitet wurde.

(Beifall)

Die öffentlichen Haushalte werden bei Weitem nicht alle wirtschaftlichen Ausfälle, alle Schäden dieser Pandemie übernehmen können. Aber es geht doch jetzt in dieser Ausnahmesituation darum, Existenzen zu sichern, Arbeitsplätze zu sichern, gesunde Geschäftsmodelle zu erhalten, Sportvereine, Kulturinstitutionen zu erhalten, massive Liquiditätsengpässe zu überbrücken, damit diese Einrichtungen, damit diese Geschäfte dann nach der Krise wieder aufgenommen, schnell weitergeführt werden können und damit ja auch zum Wohle der Stadt, zum Wohle unserer Hamburger Volkswirtschaft beitragen können. Darum geht es.

Das Maßnahmenpaket ist umfangreich, aber es ist natürlich auch ... Es ist ein erstes Maßnahmenpaket, das haben Sie gesagt. Es gibt durchaus an manchen Stellen Bedarfe, die vielleicht noch nicht zu 100 Prozent abgedeckt sind. Das ist zum einen der gesamte Bereich der Start-ups, der eine völlig andere Finanzierungsstruktur hat, für den zum Glück heute und gestern Ankündigungen von der Bundesebene gekommen sind, von Olaf Scholz, von Peter Altmaier, und ein 2-Milliarden-Euro-Paket aufgelegt wurde. Es ist wichtig, dass für junge Unternehmen – und wir spüren doch gerade in der Krise, dass es auch die jungen Start-ups sind, die jetzt mit guten, schnellen, innovativen Ideen um die Ecke kommen – die nächste Finanzierungsrunde gesichert wird, damit nicht alle Start-ups, eben weil sie eine andere Finanzstruktur haben, kurzfristig große Probleme bekommen, sondern auch hierfür vernünftige Lösungen und Modelle in der Stadt und auch in Deutschland vorgelegt werden.

Es gibt aber auch einen Bedarf im Bereich der etwas größeren mittelständischen Unternehmen, und denen ist dann nicht nur geholfen mit einer Mietstundung von drei Monaten oder einem Zu-

schuss von 25 000 oder 30 000 Euro. Andererseits fallen sie teilweise auch bei dem Schema der KfW-Kredite oder bei anderen Fördermaßnahmen hinten runter. Insofern ist sehr wichtig – wir haben in Hamburg sehr viele Unternehmen in diesem Bereich mit Arbeitsplätzen zwischen 200 und 500 –, dass wir auch hier die Auswirkungen im Blick behalten und darauf achten, dass wir auch diese Unternehmen gut durch die Krise bekommen.

In diesem Zusammenhang – ich hatte Ihnen das schon direkt gesagt, Herr Senator Westhagemann –: Wir haben das durchaus krisenerprobte Gremium der Kreditkommission als Bürgerschaft eingesetzt, das ja auch und gerade bei der Frage Landesbürgerschaften immer wertvolle Entscheidungshilfen trifft und das wir in dieser Phase nicht komplett aus der Entscheidung herausnehmen sollten. Wir sollten die Kompetenz und die Bereitschaft dieses Gremiums, schnell an solchen Sachen mitzuarbeiten und ihre Expertise einzubringen, nutzen.

(Beifall)

– Der Applaus in der Mitte könnte bei diesem Thema noch etwas größer sein, aber gut.

Die COVID-19-Pandemie wird insgesamt die öffentlichen Haushalte enorm belasten. Wir alle spüren das. Der Senator hat es gesagt, hohen Mehrkosten werden kurzfristig auch deutliche Einnahmeausfälle gegenüberstehen. Dies ist im wahrsten Sinne des Wortes eine außergewöhnliche Notsituation im Sinne der Regelung unserer Verfassung zur Schuldenbremse. Daher stimmen wir dem Antrag des Senats zu, zur Bewältigung dieser Krise Kredite von 1,5 Milliarden Euro aufnehmen zu können. Auch wenn Sie diesen Betrag noch nicht vollständig weiter präzisiert haben und es zum jetzigen Zeitpunkt natürlich schwierig ist, das konkret in Einzelteile aufzuteilen, ist die Größenordnung durchaus angemessen. Es geht für uns – und ich denke, für die allermeisten von uns – in dieser Situation doch darum, dass Hamburg bei allen Unwägbarkeiten des Krisenverlaufs – und wir haben die letzten Wochen gesehen, wie dynamisch das sein kann – handlungsfähig bleibt, damit den Menschen in dieser Stadt entsprechend geholfen werden kann.

(Beifall)

Es ist in der Tat keine Abschaffung, keine Aussetzung der Schuldenbremse, sondern es ist die Nutzung einer Regelung, die von vornherein festgeschrieben wurde, sowohl im Grundgesetz als auch in unserer Hamburger Verfassung. Und es ist nun einmal in der Tat ein außergewöhnliches Ereignis, das deutlich über einen normalen Konjunkturerbruch hinausgeht. Insofern ist es sinnvoll, diese Regelung mit der Zweidrittelmehrheit, was ja im Normalfall dann noch eine besondere überparteiliche Komponente beinhaltet, hier auch zu nutzen.

(Thilo Kleibauer)

Zum Regelwerk gehört auch die Vorgabe einer Tilgungsregelung. Sie haben das angesprochen. Ich lese noch einmal den einen Satz vor; Sie haben den gesamten Paragraphen zitiert:

"Die Kredite sind binnen eines angemessenen Zeitraums zurückzuführen."

Das ist natürlich eine Formulierung, die man unterschiedlich auslegen kann. Wir haben, weil wir diese Notsituation zum Glück nicht so häufig haben, bislang auch nicht ganz so viele Vergleichsfälle. Aber trotzdem, Herr Senator, wenn Sie sagen, Sie wollen es ab 2025 in 20 gleichbleibenden Raten von 75 Millionen Euro zurückführen, dann ist das ein sehr, sehr langer Zeitraum. Man könnte auch sagen, es wird eher auf die lange Bank geschoben. Und da sagen wir, Hamburg kann mehr, und haben deshalb einen Zusatzantrag vorgelegt, in dem wir a) sagen, man kann sich vornehmen, wenn es finanziell möglich ist, durchaus auch vor 2025 zu tilgen – auch die Doppik spricht ja nicht unbedingt gegen eine Tilgung –, und b) lasst uns das über einen Zeitraum von 15 Jahren tilgen. Ich glaube, das ist eine angemessene Größenordnung. Hamburg hat in der Vergangenheit auch schon größere Tilgungen geschafft. 100 Millionen Euro im Jahr, das sollten wir schaffen. Hier sollten wir auch ein Zeichen setzen, das wichtig ist für die Glaubwürdigkeit des Instrumentariums Schuldenbremse, nicht nur, wie wir jetzt in der Situation damit umgehen, sondern auch, wie wir die Belastungen auf künftige Haushaltsjahre verteilen. Es kann ja sein, dass man irgendwann auch wieder ähnliche Krisen hat, und deshalb ist es natürlich wichtig, hier eine verlässliche Finanzplanung zu machen, die auch für die Zukunft dann wieder Spielräume ermöglicht. Daher unser Zusatzantrag.

Wir haben im Übrigen doch einen Vergleichsfall in Hamburg, denn es gab im Jahr 2009 bei dem großen Konjunkturreinbruch nach der Finanzkrise auch eine außerordentlich hohe Kreditaufnahme der damaligen Regierungskoalition, und damals hatte diese Koalition dann auch festgeschrieben, ab dem Jahre 2015, also eine ähnliche Zeitperspektive wurde gewählt, werden jedes Jahr mindestens 100 Millionen Euro zurückgezahlt. Und hinter diese damalige Planung, die realistisch war, sollten wir heute auch nicht zurückfallen. Deshalb plädieren wir dafür: Lassen Sie uns 15 Jahre festschreiben, das ist gut und richtig.

(Beifall)

Im Übrigen hat der damalige Oppositionspolitiker Peter Tschentscher 2009 gesagt, die Tilgung sei viel zu spät und viel zu wenig. Und als Sie dann an der Regierung waren, haben Sie diese Tilgungsregel als Erstes aus dem Gesetz gestrichen. Auch daher ist es wichtig, dieses Mal doch wirklich klare und verlässliche Leitplanken einzuziehen. Deshalb sagen wir, diese Tilgungsvorgabe möchten wir etwas konkretisieren und präzisieren. Ich glaube

auch, wenn Sie das mit dem Bund vergleichen oder vielleicht auch mit großen Flächenstaaten, dass dort der Anteil der neuen Kreditaufnahme im Vergleich zum Gesamthaushalt deutlich größer ist. Auch das spricht dafür, wenn wir hier über einen Kreditrahmen von 1,5 Milliarden Euro reden, dass wir sagen, das kann man dann auch schneller zurückführen.

(Beifall)

Insgesamt schaffen wir damit natürlich den Rahmen, den Spielraum für den Senat, wo wir natürlich auch erwarten, dass wir weiterhin angemessen als Parlament vom Senat über die Planungen informiert werden, dass wir nicht nur Berichtsdrucksachen bekommen, sondern auch wirklich Nachbewilligungen, die dann formal angemessen im Parlament beraten werden können, wie Sie diesen Spielraum durchführen auch anlässlich dessen, was jetzt beantragt wird an Soforthilfen, was jetzt bewilligt wird, aber ebenso anlässlich dessen, was noch notwendig ist, welche Maßnahmen im Haushalt notwendig sind, welche Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung notwendig sind, was dafür noch ist.

Insgesamt wird sicherlich auch diese Krise strukturelle Auswirkungen auf künftige Haushaltspläne, auf künftige Haushaltsjahre haben, die nicht klein sind. Ich glaube, es wird Effekte geben, auch auf künftige Maßnahmen, da wird man das eine oder andere diskutieren und erwägen müssen. Ich glaube allerdings, dass es dafür in der jetzigen Situation etwas zu früh ist, das abschließend zu beurteilen, weil wir auch in vergangenen historischen Krisen gesehen haben, dass die Frage, wann sich Steuereinnahmen dann wieder erholen, sehr, sehr unterschiedlich ist. Wir sollten heute erst einmal daran arbeiten, dass sich die Steuereinnahmen möglichst schnell wieder erholen, weil wir die Wirtschaft nicht komplett zum Erliegen bringen, sondern weil wir es schaffen, irgendwann aus diesem Shutdown wieder etwas geordnet herauszukommen und das Wirtschaftsleben ans Laufen zu bringen.

Deshalb ist es, glaube ich, in der jetzigen Situation höchste Priorität, die Krisenbewältigung zu machen. Es macht keinen Sinn, in der Krise noch kurzfristig gegenanzusparen, weil das dann erst recht kurzfristig negative Effekte hat. Aber ich will nicht ausschließen, dass das ein Thema ist, was später auf uns zukommt. – Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Danke schön. – Das Wort bekommt Herr Dr. Petersen für die SPD-Fraktion.

Dr. Mathias Petersen SPD:* Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Meine sehr verehrten Damen und

Herren! Dies ist nicht das normale Verfahren. Und für diejenigen, die jetzt zum ersten Mal oder zum zweiten Mal da sind: Normalerweise hat der Haushaltsausschuss mindestens schon drei- oder viermal über dieses Thema gesprochen, der Wirtschaftsausschuss hat darüber gesprochen, und wir haben ordentlich diskutiert und das in der Tiefe alles besprochen. Das geht jetzt alles nicht.

Ich danke dem Senator, dass er den Obleuten am Freitag schon einmal die Gelegenheit gegeben hat, ein bisschen darüber zu diskutieren, und dass er uns zugesagt hat, dass wir auch in den nächsten Wochen regelmäßig darüber informiert werden und somit als Bürgerschaft – denn wir sind doch diejenigen, die den Vorschlag des Senats umsetzen und ihn abstimmen, und von daher sind wir froh, dass wir da dann auch einen Weg finden – darüber diskutieren können und wie wir dann beteiligt werden. Und bei dieser Beteiligung sind in der Regel, im Haushaltsausschuss jedenfalls, nicht nur diejenigen anwesend, die in dem Ausschuss sitzen, sondern auch die, die Interesse haben, sie können sich da beteiligen. Dann werden wir einen Weg gemeinsam finden, wo wir über Telefonkonferenz oder Videokonferenz auch noch in den nächsten Wochen darüber sprechen können.

Wann ist die Krise zu Ende? Die Krise ist zu Ende, wenn es einen Impfstoff gibt oder ein Medikament, das heilt. Vorher nicht. Und das wird dauern. Ich würde es einmal so formulieren, wenn wir das in diesem Jahr noch hinkriegen in der Welt, wenn die Wissenschaftler einen Impfstoff finden oder ein Medikament, das heilt, dann können wir froh sein.

Deswegen glaube ich übrigens auch, das ist nur der erste Schritt, den wir jetzt machen. Denn wenn wir aus der Krise herauskommen wollen, brauchen wir wieder so einen Schritt, da bin ich mir sicher. Wir müssen Anlauffinanzierungen geben, damit es wieder losgehen kann. Da liegt noch einiges vor uns an Arbeit, die wir zu leisten haben und die den Haushalt ordentlich belasten wird, und zwar nicht nur den jetzigen oder den nächsten, sondern die weiteren Haushalte die nächsten Jahre oder Jahrzehnte. Aber wir müssen doch diese Krise in irgendeiner Form bewältigen.

Diejenigen, die das jetzt am meisten schaffen, sind diejenigen, die vor Ort arbeiten. Da hat es heute schon viel Lob gegeben von allen, dafür bin ich auch sehr dankbar, dass es so gekommen ist. Ich glaube, wir können noch einen kleinen Schritt weitergehen. Der Bundesfinanzminister hat vorgeschlagen, dass es Boni geben kann für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die steuerfrei sind. Und ich würde mir wünschen, dass diejenigen, die arbeiten, wo die Stadt ein bisschen die Hand drauf hat, zum Beispiel die Schwestern auf der Intensivstation im UKE, einen Bonus kriegen dafür, dass sie so harte Arbeit machen. Ich glaube, Herr The-

ring, Essen und Trinken frei reicht nicht, sondern ich würde mir wünschen ...

(Zuruf)

– Ja, ich würde mir aber wünschen, dass es so einen Bonus gibt, damit wir denjenigen auch ein bisschen ein Zeichen geben.

(Beifall)

Ich hätte mich jetzt gefreut, wenn alle geklatscht hätten, aber ...

(Zuruf)

– Ja, aber alles gut, alles gut. Danke, danke.

Ich würde mir aber auch wünschen, dass diejenigen, die in den Pflegeheimen arbeiten – die Pflegeheime sind in der Regel alle privatisiert, privat –, auch einen Bonus kriegen. Denn ich sehe das jeden Tag, wenn ich in meinem Pflegeheim bin, das ich betreue, dass das eine unsagbare Arbeit ist. In der Regel gibt es viel zu wenig Personal, eine Schwester auf einer Station mit 20 Patienten, und dann ist ein Patient dabei, der unter Verdacht steht, er ist isoliert. Kittel anziehen, Maske anziehen, Handschuhe ausziehen, es dauert und es fehlt die Zeit immer den anderen Bewohnerinnen und Bewohnern, die dann dort isoliert sind und auch nicht mehr herauskönnen. Ich habe einen Bewohner, der im Elektrorollstuhl immer selbst eingekauft hat, der ist todtraurig, dass er jetzt nicht mehr raus kann. Also auch diejenigen brauchen unsere Unterstützung, und da fordere ich die Träger auf, da ein bisschen unterstützend für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Heimen tätig zu sein.

(Beifall)

Auch das kostet Geld. Da wird es, jedenfalls für unseren Bereich, für den Bereich der Hansestadt, schon ein bisschen Geld kosten, und deswegen wird das nicht das Ende der Fahnenstange sein.

Und dann noch ein Hinweis, den ich einmal als Arzt geben möchte. So, wie wir hier alle sitzen, darf es doch in Hamburg gar nicht sein. Wir haben gesagt, zu zweit darf man nebeneinander gehen, und dann war's das. Also wir müssen so sitzen, denn ich denke, es muss weitergehen, wir müssen Politik machen, wir können doch nicht in Videokonferenzen Bürgerschaftssitzungen über solche Anträge halten. Das geht gar nicht. Wir setzen uns einem gewissen Risiko aus. Und da gibt es nun eine Fraktion in dieser Bürgerschaft, die sich einen feuchten Kehricht darum kümmert. Das ist die AfD. Die AfD macht hier ein ... Ich muss sagen, ich bin seit 1997 durchgehend in diesem Hause, diesem ehrenvollen Hause, und das, was die AfD hier an Theater aufführt, indem sie Abstimmungen verlängert, indem sie den Ältestenrat einberuft und so weiter,

(Zuruf von der AfD)

(Dr. Mathias Petersen)

das hilft einfach nur, um den Leuten in der Stadt zu sagen, guckt mal, Politik wollen die gar nicht machen, die wollen nur Theater machen. Und das können wir alles gern mitmachen, es hilft aber nur sehr deutlich, indem es zeigt, Sie haben gar kein Interesse, Sie haben kein Interesse, diese Krise zu bekämpfen, Sie haben kein Interesse an Politik, Sie wollen nur Theater machen, um auffällig zu sein. Und da machen wir nicht mit. – Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Müller für die GRÜNE Fraktion.

Farid Müller GRÜNE:* Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen – in ungewöhnlicher Situation. Wie auch der Kollege Herr Petersen gerade sagte, beschließen wir normalerweise nicht einmal so eben ohne Ausschussberatung 1,5 Milliarden Euro zwischen Tür und Angel, aber das Verfahren ist halt auch der augenblicklichen Situation geschuldet. Und für die, die sich jetzt vielleicht nicht jeden Tag mit der Schuldenbremse beschäftigt haben, die ist eigentlich erst drei Monate in Kraft. Und gleich heute, also am 1. April, werden wir von ihr abweichen, so wir das denn heute hier beschließen. Ich habe aber in allen Redebeiträgen gehört, dass diese Notsituation, die der Senat festgestellt hat, uns hier vorgelegt hat mit der Bitte um Beschluss, offenbar von allen Fraktionen geteilt wird. Das ist ein gutes Zeichen und ich glaube, in der Stadt wird das sehr gut ankommen, dass nicht nur der Bund sich kümmert, sondern dass auch wir sagen, wir wollen gezielt diese Stadt am Leben erhalten, auch wenn wir zurzeit manchmal das Gefühl haben, dass sie nicht mehr so lebendig ist, wenn wir rausgehen.

Vielleicht müsste man noch einmal erwähnen, wir haben noch etwas anderes in dieser Vorlage des Senats, nämlich die Aufhebung des Finanzrahmengesetzes. Das ist sieben Jahre alt und sollte uns genau in dieses Jahr führen, hat uns auch dahin geführt, und wir heben es heute auf. Es wäre normalerweise Ende des Jahres ausgelaufen. Wir haben dieses Finanzrahmengesetz, das vom Vorsenat installiert wurde, was wir GRÜNE aber auch in der letzten Wahlperiode unterstützt haben, sehr gut genutzt als Stadt und als Bürgerschaft und als Senat. Wir haben nämlich sehr konsequent darauf hingearbeitet, dass wir irgendwann einen ausgeglichenen Haushalt haben, und zwar im doppelten Sinne, das ist vom Senator schon gesagt worden. Und wir haben seit 2015 zumindest nicht Schulden aufgenommen, um den Kernhaushalt zu finanzieren. Alle wissen, dass uns die HSH Nordbank in den letzten zwei Jahren da einen Strich durch die Rechnung gemacht hat, aber das war dieser Sache geschuldet, und alle in dieser Stadt und auch in diesem Haus sind froh, dass dieses Kapitel einer städtischen Bank beendet wurde.

Ein Aspekt, der eben dadurch auch in Mitleidenschaft gezogen wurde, ist, dass wir nämlich durch das Finanzrahmengesetz, das wir heute aufheben, jetzt nur, in Anführungsstrichen, 300 Millionen Euro von unserem alten Schuldenstand getilgt haben. Wir hätten sonst viel mehr getilgt. Und das wäre jetzt dann, sagen wir einmal, mit über 3 Milliarden Euro auch durchaus ein Punkt gewesen, wo man sagen kann, da hat sich in der Konsolidierung der Stadt einiges getan.

Aber auch dadurch, dass wir den Haushalt ausgeglichen vorgelegt haben, hier beschlossen haben, und ohne Schulden, Neuschulden, ausgekommen sind, konnten wir uns – für diejenigen, die mit dem Haushalt ein bisschen vertrauter sind – etwas an sogenannten nicht in Anspruch genommenen Krediten sichern. Das nennt sich dann im Haushaltsdeutsch Konjunkturposition, die liegt bei 3,8 Milliarden Euro. Das haben wir uns gesichert für den Fall, dass die Konjunktur einmal einbricht und wir unseren Haushalt nicht mehr im Steuertrend haben. Das konnten wir hier jetzt nicht in Anspruch nehmen, denn dadurch muss der Steuertrend sozusagen erst einmal unterlaufen werden. Das erwarten wir wahrscheinlich durch diese Situation, aber wir können es jetzt nicht als Instrument nutzen, und deswegen ist es richtig, dass wir heute hier beschließen, von der Schuldenbremse abzuweichen und Artikel 73, wie es auch der Senator gesagt hat, hier sozusagen nutzen.

Das ist alles ein bisschen dröge vielleicht für die einen oder anderen, aber es ist schon wichtig, weil wir uns in den letzten Jahren darauf verständigt haben, jedenfalls in einer größeren Mehrheit in diesem Haus, dass wir diesen Weg gehen wollen, und es hat jetzt zur Folge, dass wir auf einer viel solideren Basis in diese neue Verschuldung in dieser Notsituation hineingehen können. Und wir hoffen alle, dass sie nicht zu lange anhält, wir hoffen auch alle, dass sie wie ein V ist, dass es schnell wieder nach oben geht. Wir wissen es heute noch nicht, aber wir werden auch mit dem Hilfspaket, das heute angesprochen wurde, alles dafür tun, dass es in diese Richtung geht.

Wir haben uns noch einmal die Anträge der Opposition angesehen. Es ist momentan ein bisschen schwierig, weil wir hier in einem Zustand sind, dass wir zwei Fraktionen haben, die sich zusammengelassen fühlen, aber eine neue Regierungsbildung noch nicht stattgefunden hat und insofern auch noch keine Minderheitenrechte eingeführt werden können, weil es eigentlich noch nicht so richtige formale Minderheiten gibt hier. Das noch einmal so als Stichwort zu denen da hinten rechts außen.

(Zuruf)

Aber wir wollen die Anträge überweisen.

Und vielleicht noch einmal zum Thema der Rückzahlungsfrist bei der CDU: Es ist doch nicht ge-

(Farid Müller)

sagt, dass wir das nicht noch früher machen werden. Aber ich sehe momentan auch, und diejenigen, die in der letzten Wahlperiode waren, erinnern sich noch, dass wir massive Investitionsvorhaben in dieser Stadt vorhaben, die übrigens unstrittig in diesem Hause gewesen sind. Ich sage nur einmal HVV, ich sage nur einmal U- und S-Bahn-Ausbau. Und das ist noch nicht alles, Fahrradwege und so weiter und so fort, Sanierungen rauf und runter bei den Unis, also wir haben einiges auf dem Zettel. All das ist zumindest bei den Fachpolitikern unumstritten, und bei den Haushältern kann man dann immer einmal wieder ein bisschen gucken, ob man das gut hinkriegt. Was ich sagen wollte, ist: Wir behalten uns das gern vor, auch mit Blick auf die Debatte im Verfassungsausschuss dann zu Ihrem Antrag. Nur bei der LINKEN: Sie waren ja nie Freundinnen und Freunde der Schuldenbremse.

(Zuruf)

Das geht doch auch aus diesem Antrag hervor. Aber ich sage Ihnen eines: Sie merken doch, drei Monate ist jetzt die Schuldenbremse in Kraft, und jetzt haben wir diese schreckliche Notsituation und prompt bewährt sich das Regelwerk, denn wir können davon abweichen, wenn wir es machen müssen. Wir werden es heute machen. Und vor dem Hintergrund sage ich auch in Ihre Richtung, gibt es an diesem Regelwerk nichts zu kritisieren. Man kann darüber sprechen, ob man sie will oder nicht. Da gibt es doch auch eine Volksinitiative, die hatten wir zu Besuch in der alten Wahlperiode, das war noch im Februar, die hat uns ihre Sache erzählt für ihren Volksentscheid. Insofern finde ich, das Regelwerk hat sich hier bewährt, und wir sind jetzt in der Lage zu helfen, einmal bei dem Sofortprogramm. Und wir haben auch dann noch Ermächtigung für die Zeit, wo wir die Konjunktur stützen müssen, selbst, wenn wir wieder langsam herauskommen oder vielleicht etwas schneller, das wissen wir heute noch nicht. Dann wird es doch nicht so sein, dass die Konjunktur sofort sagt, ach ja, na ja, wir waren alle im Betriebsurlaub, nun geht es weiter. Nein. Das wissen wir heute schon, das wird so nicht sein.

Viele Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt werden mit Kurzarbeitergeld auskommen müssen, das sind 60 Prozent des Nettoehalts, es ist schon für viele sehr, sehr schwer, das hinzubekommen. Und dann wird man erst einmal nicht alles machen können, was man sich vorgenommen hat. Das wird zu merken sein in der Konjunktur dieser Stadt und sicherlich auch in diesem Land. Deswegen kommt es darauf an, dass wir sehr, sehr gute Konjunkturmaßnahmen auflegen. Wir haben nicht nur dann die Corona-Krise noch parallel zu bewältigen, die nicht von heute auf morgen zu Ende sein wird, wir haben eine Wirtschaftskrise, in die wir jetzt gerade hineingehen. Und wir alle wissen, darüber haben wir die letzten Monate, auch im letzten Jahr lange gesprochen und diskutiert, wir haben auch eine

Klimakrise, die deswegen nicht weggeht, weil wir ein Virus haben. Auch die muss bewältigt werden und da müssen wir parallel gucken. Die Herausforderungen sind groß, wir müssen uns denen stellen. Und ich habe das Gefühl, dass eine große Mehrheit in diesem Haus das auch will. Wir können uns gern über das Wie streiten, aber dass sie bewältigt werden müssen, ist, glaube ich, allen klar.

Gerade Hamburg ist eine Stadt, die nicht so sehr nur geprägt ist von Konzernen, großen Unternehmen, wir haben auch viele Soloselbstständige, wir haben viele kleinere und mittlere Unternehmen, wir haben Musikclubs, die ebenso Unternehmer und Unternehmerinnen sind, wir haben Künstler und Künstlerinnen. Ich habe letztlich einen wunderbaren Brief bekommen von unserer Kollegin aus dem Ernst Deutsch Theater, habe mich sehr gefreut, und auch da sieht man einfach, wie versucht wird, kreativ mit dieser Situation, die gerade für Künstler und Künstlerinnen, die das Publikum so brauchen, schwierig ist, umzugehen, zumindest übergangsweise. Und deswegen ist es richtig, dass wir in diesem Bereich einen großen Schwerpunkt gelegt haben, dass wir denen allen helfen, Herr Dressel, Sie haben das vorhin noch einmal erwähnt.

Da gibt es allerdings einen Punkt, der uns und mir in den letzten Tagen noch einmal zugetragen wurde, der ist nicht ganz, sagen wir mal, ohne. Vielleicht würde ich gleich noch einmal gern Ihr Augenmerk darauf lenken. Es ist so, dass man diese kleineren Zuschüsse nur bekommt, wenn man tatsächlich nichts hat, nichts angespart hat. Nun haben aber viele kleine Künstlerinnen und Künstler, viele Selbstständige etwas zurückgelegt auch für ihre Altersversorgung, und das müssen sie dann erst aufbrauchen, bevor sie diesen Zuschuss kriegen. Das geht eigentlich nicht. Wir wollen, dass wir da noch einmal schauen, dass wir bis zu einer bestimmten Höhe das schon stehenlassen können, dass man jetzt nicht all das, was man angespart hat, in dieser Krise verbrauchen muss, bevor man zu einem Zuschuss kommt, um liquide zu bleiben. Ich würde da einfach bitten, dass wir noch einmal darauf schauen. In Baden-Württemberg ist das mit einer guten Regelung gelungen. Wir erwarten von den Großunternehmen nicht, die jetzt auch Zuschüsse bekommen, dass sie ihre Betriebsrenten auflösen, nur damit sie dann die Hilfen in Anspruch nehmen können. Insofern bitte ich, darauf noch einmal ein Augenmerk zu werfen.

Wir haben uns heute dazu durchgerungen, diesen Schritt zu gehen, von der Schuldenbremse abzuweichen, diese 1,5 Milliarden Euro zu ermächtigen. Ich bitte hier um Zustimmung. Auch ich finde es gut, wenn wir trotzdem als Fraktionen mit dem Senator im Gespräch bleiben für alle weiteren Dinge, die jetzt noch anstehen und wahrscheinlich noch anstehen werden. Und ich würde mich sehr freuen, wenn wir das angefangene Prozedere beibehalten, dass wir in regelmäßigen Gesprächen mit den

(Farid Müller)

Fraktionen das diskutieren können und auch vorbereiten können für so eine Not-Bürgerschaft, die wir hier heute haben, weil wir noch keinen Ausschuss haben. Und ich glaube, dann können wir das in den nächsten Wochen gut zusammen bewältigen und das Beste für diese Stadt entscheiden. – Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Jetzt bekommt Herr Hackbusch das Wort für die Fraktion DIE LINKE.

Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren! Es ist schon sowohl ein außergewöhnlicher Raum, in dem wir hier tagen, eine außergewöhnliche Sitzung, wie wir hier sitzen, als auch natürlich eine außergewöhnliche gesellschaftliche Situation, in der wir uns gegenwärtig befinden. Ich muss sagen, eine solche Krise habe ich noch nicht erlebt. Ich glaube, es ist von daher eine sehr wichtige Zeit. Meine Fraktion hat sich damit so befasst, dass wir sagen, wir werden jetzt nicht überlegen, was alles schiefgelaufen ist und was uns zum Teil in diese Situation hineingebracht hat, das werden wir in späteren Zeiten aufarbeiten, sondern es geht uns jetzt darum zu sagen, wir versuchen, gemeinsam aus dieser Krise herauszukommen und gemeinsam bestimmte Schritte zu bestimmen, und dementsprechend auch zu versuchen, gemeinsam einigermassen zu agieren.

Wir brauchen dafür vor allen Dingen die Solidarität der Menschen. Und ich finde, Mathias Petersen hat dafür schon schöne Worte gefunden, die besser sind als das, was ich jetzt sagen könnte, um in der Lage zu sein, dieses zu lösen. Wir brauchen dazu aber auch einen finanziellen Schutzschirm, und das ist die Diskussion, die wir gegenwärtig haben und die wir hier jetzt bewegen müssen, bei der es natürlich sehr wichtig ist, um in der Lage zu sein, in der gegenwärtigen Situation agieren zu müssen. Und da freue ich mich, dass es hier eine große Einheit gibt dahingehend, dass wir einen starken Staat, auch einen starken finanziellen Staat brauchen, der in der Lage ist, diese gesellschaftliche Misere auszugleichen, und der das auch will. Das ist nicht immer so der Fall, dass das gedacht wird, sondern sich als wichtige Aufgabe nimmt zu sagen, wir wollen das Nötige, wie Herr Dressel gesagt hat, für diese Gesellschaft gegenwärtig erreichen. Und ich freue mich, dass dieser Schritt gemacht wird.

Dementsprechend stimmen wir den wichtigen Eckpunkten zu, die gegenwärtig versucht werden, um dieses Nötige zu machen. Wir stimmen sowohl der Situation Aussetzung der Schuldenbremse zu, und wir werden natürlich auch diesen Programmen, die gegenwärtig aufgelegt werden, als einen Versuch,

die gegenwärtige Krise zu lösen, zustimmen, weil wir denken, der Versuch dazu ist da, es ist richtig, sich in der Richtung zu organisieren. Ich habe den Eindruck, dass der Senat an verschiedenen Stellen versucht, auch nachzubessern in dem Augenblick, wo Kritik kommt und kritische Punkte angemerkt werden. Und dementsprechend versuchen wir, einigermassen diesen Weg gemeinsam zu gehen.

Aber ich will auch deutlich sagen, und das fehlte mir heute in den Debatten: Wir befürchten als Fraktion, dass diese Krise, die wir gegenwärtig haben, auch eine soziale Krise wird, und zwar gegenwärtig schon in der Art und Weise, dass unheimlich viele Menschen in dieser Stadt sozial völlig verunsichert sind, dass sie gegenwärtig nicht wissen, wie sie in der künftigen Zeit existieren können, dass sie gegenwärtig schon große Einschnitte haben. Man muss deutlich sagen, und das, finde ich, gehört auch zu einer Bilanz dazu, dass dieser Schutzschirm diese soziale Unsicherheit nicht völlig beseitigt.

Ich will Ihnen nur einmal die Punkte nennen, die dort auftreten. Kurzarbeitergeld, das hat Herr Müller schon ausgedrückt, aber es bedeutet gegenwärtig einen Schritt. Das ist eine staatliche Verfügung gewesen, dass kleine Unternehmen, Lebensmittelläden oder Restaurants gegenwärtig nicht mehr aufhaben können, da sind unheimlich viele in die Kurzarbeit geschickt worden mit 60 Prozent. Das ist schon sozial ein kräftiger Einschnitt. Wir müssen feststellen, der wird gegenwärtig noch nicht abgesichert. Und das ist natürlich eine wichtige Aufgabe der Bundesregierung zu sagen, diese 60 Prozent gegenwärtig reichen nicht aus.

(Beifall)

Ich will Ihnen deutlich sagen, dass es eigentlich ein anderes Konzept gibt, um in der Lage zu sein, mit dieser Situation zurechtzukommen. Und eine einfache Regel wäre eigentlich gewesen, dass für die gegenwärtigen Monate, in denen jeder praktisch Verluste hat, dieser Staat absichert, dass wir nicht weniger Einkommen erzielen in dieser Zeit, als wir in der übrigen Zeit bekommen haben. Das ist so etwas wie eine Grundsicherung, die eigentlich dieser Staat geben sollte, um diese große soziale Verunsicherung, die gegenwärtig vorhanden ist, abzusichern. Das ist nicht sozialistisches Wolkenkuckucksheim, was vielleicht etliche denken, sondern das ist dasjenige, was auch der angesehenste Ökonomieprofessor in dieser Stadt, Henning Vöpel, der Direktor des HWWI, vorgeschlagen hat. Er hat deutlich gesagt, dass man in dieser Zeit eigentlich ein temporäres Grundeinkommen geben müsste, dass die Einkommen weiterbezahlt werden sollten, denn er sagt, die entgangene Wertschöpfung, also das Einkommen, kann so, wie gegenwärtig die Krise ist, fast nie nachgeholt werden, es ist unwiederbringlich. Viele Betroffene werden

(Norbert Hackbusch)

mögliche Hilfskredite nie zurückzahlen können. Insofern gilt es, den Status vor der Krise zu erhalten, also die kollektive Unterbrechung staatlich zu finanzieren. Ich finde diesen Gedanken richtig, und ich finde es auch notwendig, dass wir in diese Richtung gegenwärtig überlegen, um auch die soziale Krise, die wir momentan befürchten, zu verhindern.

Ich will Ihnen deutlich sagen, dass es dabei nicht nur um soziale Gerechtigkeit geht – das ist einer der wichtigen Punkte, und Sie wissen, dass wir als Fraktion diesen immer besonders im Blick haben –, sondern auch darum, dass die gegenwärtigen Strukturen, die wir in dieser Gesellschaft haben, durch diese Entwicklung dramatisch gefährdet sind. Für den kulturellen Bereich ist das schon von einigen ausgedrückt worden. Es ist dramatisch, was dort passieren kann, wenn wir nicht in der Lage sind, die Strukturen deutlich zu erhalten. Wir wissen um die Vielfalt, die dort ist.

Aber es geht auch noch um einen völlig anderen Bereich, und zwar um den Bereich des Einzelhandels, um die Vielfalt des Einzelhandels. Es besteht die Gefahr, dass eine solche Krise zu einer Amazon-Inflation führt und dadurch die Strukturen in dieser Gesellschaft, die wir gegenwärtig so schätzen, hoch gefährdet sind. Es sollte unsere gemeinsame Anstrengung sein, dass wir in der Lage sind, diese Strukturen zu erhalten.

(Beifall)

Ich will noch auf etwas hinweisen, was einige schon gesagt haben. Wir haben in Hamburg Erfahrungen mit der besonders starken Macht großer Unternehmen, die sich Steuerberatungstrupps und verschiedenste Notare und Kanzleien leisten können. Sie dürfen nicht diejenigen sein, die diese Schuldschilde, die wir gegenwärtig aufbauen, plündern. Es gibt bereits etliche Ansätze, die uns den Eindruck vermitteln, dass das gegenwärtig geschieht, Beispiel Adidas und Deichmann; Kaufhof und Karstadt machen Ähnliches. Wir müssen aufpassen, dass diese großen Unternehmen, die in der Lage sind, mit ihrer Macht Etliches zu erreichen, nicht diejenigen sind, die diese Schutzschilde für sich plündern. Ich halte das für eine große Gefahr und möchte den Senator darauf hinweisen, das stärker zu berücksichtigen.

(Beifall)

Das führt mich zu einem weiteren Punkt, der auch schon genannt worden ist: die Situation der Banken. Wir haben die Banken vor zehn Jahren gerettet. Ich war nicht so ganz damit einverstanden, wie das geschehen ist; das brauche ich jetzt nicht zu diskutieren. Ich will Ihnen aber deutlich sagen, dass wir angesichts der Geschäftsgebaren, die wir dort gegenwärtig entdecken, sehr vorsichtig sein müssen. Es gibt Hinweise darauf, dass zum Beispiel die Haspa schon etliche Leute darauf hin-

weist, doch erst einmal ihren Dispo zu nutzen. Mit dem Dispo agieren die Banken gegenwärtig auf unverschämteste Art und Weise. Sie verlangen 10 Prozent Zinsen, wohingegen sie eigentlich kaum etwas bezahlen müssen. Auch dagegen müssen wir uns wehren und versuchen, etwas dagegen zu organisieren.

(Beifall)

Viele weitere Punkte werden noch im Einzelnen besprochen. Wir wissen, dass viele Menschen, die unter den gegenwärtigen Problemen sehr leiden, Migranten sind, die häufig auch nicht in der Lage sind, wichtige Unterlagen aus dem Netz herunterzuladen. Wir müssen Hilfe organisieren, um sie zu unterstützen.

Das Gleiche gilt für die Soloselbstständigen. Die 2 500 Euro bekommt man gegenwärtig nur über den Trick, Liquiditätsprobleme anzugeben, obwohl man vielleicht durchaus noch Geld auf irgendeinem Konto liegen hat. Auch da gibt es noch gewisse Schwächen, die zu ändern sind.

Insgesamt befürchte ich auch, dass das Volumen, das wir gegenwärtig festgelegt haben, nicht ausreicht. Meine Fraktion sieht es als ihre vordringlichste Aufgabe an, sowohl die Krise zu bekämpfen als auch in der Lage zu sein, der zu befürchtenden sozialen Krise entgegenzutreten, und ich hoffe, dass nicht nur unsere Fraktion, sondern die gesamte Bürgerschaft das als wichtige gemeinsame Aufgabe sieht. – Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Vielen Dank, Herr Hackbusch. – Als Nächster wird gleich Herr Schulz für die AfD-Fraktion das Wort bekommen.

Marco Schulz AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kollegen Abgeordnete! Die weltweite Verbreitung des Coronavirus mit seinem dynamischen Infektionsgeschehen stellt für die globale Gemeinschaft und damit auch für Hamburg eine sehr große Herausforderung dar. Was dies genau für unsere Stadt bedeutet, hat Bürgermeister Tschentscher in seiner heutigen Regierungserklärung bereits sehr gut dargestellt. Niemand wird bestreiten, dass es durch die Corona-Pandemie zu besonderen Belastungen des öffentlichen Lebens und des ambulanten und stationären Gesundheitswesens in Hamburg kommt. Noch kann nicht genau eingeschätzt werden, welche Tragweite die Lockdown-Maßnahmen hinsichtlich der konjunkturellen Entwicklung in Hamburg oder in Deutschland haben werden. Sicher ist nur, dass sich die bisher ergriffenen Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Gesundheitsschutzes sowie zur Unterstützung der hamburgischen Wirtschaft im hamburgischen Haushalt gravierend niederschlagen werden.

(Marco Schulz)

Wir folgen dem Senat deshalb in seiner Ansicht, dass die Aufwendungen die Erträge im Gesamtergebnisplan in den beiden Haushaltsjahren 2020/2021 um eine beträchtliche Summe übersteigen werden. Ob dies am Ende tatsächlich insgesamt 1,5 Milliarden Euro ausmacht, bleibt abzuwarten. Die AfD-Fraktion ist grundsätzlich gewillt, diesem Antrag 7 a, also der Drucksache 22/42, zuzustimmen, da die COVID-19-Pandemie eine Naturkatastrophe ist und ihre Bekämpfung eine Beeinträchtigung der Wirtschaftsabläufe von der Qualität einer außergewöhnlichen Notsituation darstellt.

Wir halten es aber für außerordentlich wichtig klarzustellen, dass für uns die Aufhebung der Schuldengrenze erst einmal nur für den Zeitraum des Haushaltsjahres 2020 vorgenommen wird. Aus diesem Grund haben wir heute den besagten Zusatzantrag gestellt und bitten auch hier um Zustimmung. Sollte diese verweigert werden, sehen wir uns gezwungen, uns bei dieser Abstimmung zu enthalten.

Bei aller Einsicht in die Notwendigkeit der Lockdown-Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie und zur Verhinderung einer Überlastung im Gesundheitswesen möchten wir eindringlich auf Folgendes hinweisen: Langfristig kann nur eine wieder anlaufende, leistungsfähige Privatwirtschaft die Summen und Ressourcen erwirtschaften, die man für eine optimale Gesundheitsversorgung der Menschen benötigt. Medizinische Versorgungsstandards, wie wir sie in Deutschland derzeit noch haben, sind nur auf der Grundlage einer funktionierenden Wertschöpfungskette realisierbar. Mag auch einiges dafürsprechen, den Tilgungsbeginn nicht vor dem Abbau des doppelten Defizits anzuberaumen, hätte sich die AfD-Fraktion gerade mit Blick auf die nächsten Generationen und weitere unvorhersehbare Ausnahmesituationen einen deutlich früheren Tilgungsbeginn gewünscht, zumindest die Möglichkeit. Wir sprechen uns dafür aus, dass von der Option, höhere Summen als gesetzlich festgelegt zu tilgen, reger Gebrauch gemacht wird, ohne in den folgenden Haushaltsjahren unbedingt geringere Tilgungen vorzunehmen. Eine ambitionierte, disziplinierte Schuldentrückzahlung wird allerdings nur vor dem Hintergrund einer konsequenten Ausgabekritik möglich sein.

Gehen wir noch kurz zum Thema Schutzschirm. Höchste Priorität haben tatsächlich die Sicherstellung der Liquidität und die Vermeidung von Insolvenzen. Die COVID-19-Pandemie stört in gravierender Weise Wertschöpfungsketten oder zerstört diese gar; die Folgen sind noch unabsehbar. Von einer rezessiven Wirkung auf die gesamtdeutsche Konjunktur und somit logischerweise auch auf die Hamburger Unternehmen ist schon heute mit großer Sicherheit auszugehen. Die AfD-Fraktion begrüßt deshalb, dass der Hamburger Senat die Nothilfen des Bundes um Zuschüsse ergänzt und zu-

dem eine Ausweitung der Darlehensprogramme der IFB anstrebt. Wir werden deshalb den Änderungen des Haushaltsbeschlusses 2019/2020 zustimmen.

Erlauben Sie mir jetzt noch eine wichtige Schlussbemerkung. Wir erleben im Moment einen enormen Zusammenhalt in Teilen der Gesellschaft. Man spürt förmlich, wie alle ihr Bestes geben, um erfolgreich durch die Krise zu kommen. Deshalb kann man, wie ich glaube, im Namen aller hier vertretenen Abgeordneten ein herzliches Dankeschön sagen an alle Helfer, die sich in diesen außergewöhnlichen Zeiten für die Menschen und die Gesellschaft einsetzen. Lassen Sie uns diesen Menschen danken, die im Moment ihr Äußerstes geben und den Laden buchstäblich am Laufen halten – im Gesundheitswesen, bei der Lebensmittelversorgung, bei der Polizei, in der Verwaltung und vielem, vielem mehr –, aber auch den zahlreichen Menschen, die jetzt spontan in ihrem privaten Umfeld denjenigen helfen, die in dieser besonderen Situation die meiste Unterstützung benötigen.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Frau von Treuenfels-Frowein bekommt das Wort.

Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP fraktionslos:* Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Ja, diese Krise ist einer Naturkatastrophe gleichzusetzen. Deswegen ist es richtig und wichtig und auch angebracht, dass wir die Ausnahmeregelung, die wir damals bei der Schuldenbremse glücklicherweise in die Verfassung aufgenommen haben, hier in Kraft setzen. Ja, es ist gut gewesen, das zeichnet sich heute aus. Ein Hinweis an DIE LINKE: Dass wir diese Schuldenbremse überhaupt in unsere Verfassung geschrieben haben und auch, dass wir im letzten Jahrzehnt immer auf Haushaltsdisziplin gesetzt haben, zahlt sich jetzt aus. Deswegen haben wir auch das Geld, um diese Krise bewältigen zu können. Genau bei so etwas sollten wir bleiben.

Wenn Hamburg nun bis zu 1,5 Milliarden Euro bereitstellt und damit besonders Selbstständige und kleine Betriebe mit 10 bis 250 Beschäftigten stärkt, dann müssen wir jetzt daran denken, dass wir umsetzen, umsetzen, umsetzen. Wir müssen durch schnelles, unbürokratisches Handeln verhindern, dass viele – und ich glaube, das betrifft mehr, als wir denken – schon im April ihre Festkosten nicht mehr bezahlen können. Wir müssen verhindern, dass die Betriebe insolvent werden, dass aus Kurzarbeit irgendwann Arbeitslosigkeit wird und dass nach der Corona- eine Pleitewelle mit Arbeitslosigkeit, Leerstand und höheren Sozialtats durch diese Stadt rollt. Deswegen müssen wir Hamburgs Rettungsschirm stärken, der ja auch zusammen mit 650 Milliarden Euro vom Bund dage-

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein)

genhält. Das ist alternativlos. Wir hören jetzt, dass eine einzelne Woche Shutdown 25 bis 57 Milliarden Euro Wachstumseinbußen in Deutschland kostet; das wäre auch für unsere Stadt fatal. Das heißt aber auch, dass 10 Prozent weniger Steuern und Einnahmen zu erwarten sind. Die Dividende der HHLA wird einbrechen, die Beteiligungen am Flughafen und an Hochbahnen werden Löcher reißen, der Sprinkenhof wird durch Mieterlass oder vielleicht Ausfall schwächer dastehen – und das alles bei erheblicher Verschuldung. Genau das bedeutet zwingend, dass wir alle unsere Haushaltsplanung, die aus der Zeit vor Corona stammt, noch einmal sehr genau überprüfen, denn diese scheint jetzt unrealistisch zu sein. Wir werden viele eben noch für möglich gehaltene Wünsche zurückstellen müssen; das gilt für uns alle. Die einen möchten dies, die anderen möchten das, ich hätte da auch noch ein paar Wünsche an den Senator, aber ich glaube, wir müssen jetzt darauf achten zu sparen.

Wir werden uns bei der Infrastrukturerneuerung auf wesentliche Projekte konzentrieren müssen, und wir müssen jetzt auf Grundlage dieser Drucksache sehr rasch helfen und danach sehr nachhaltig sparen, damit wir den Neustart nach der Krise vorbereiten können, um die Wirtschaft wieder ins Laufen zu bringen und um vor allen Dingen Beschäftigung zu sichern. Dazu gehört, die öffentlichen Investitionen zu priorisieren und die Planungsbremsen zu lösen, denn alle Betriebe dieser Stadt sind sehr davon abhängig, wie sich die Politik hier jetzt verhält. Wichtig kann nur das sein, was unmittelbar den wirtschaftlichen Aufschwung sichert, damit wir – wieder einmal mit Blick auf DIE LINKE – unser Sozialsystem weiterhin finanzieren können; anders wird es nicht gehen. Wichtig ist natürlich auch das, was der Bildung unserer Kinder, der Vitalisierung der Schulen – ich habe es schon vorhin angesprochen – und dem Aufbau der Schulen dient.

In dieser Herausforderung liegt auch eine Chance für den Senat und für uns alle zur Neubestimmung auf das Wesentliche. Ich schlage den Fraktionen, die mir hier gegenüber sitzen, vor, schon sehr bald einen Haushaltsausschuss einzusetzen, damit er die parlamentarische Kontrolle übernehmen kann. Ich finde es sehr gut, dass Sie sich hier austauschen – das tun wir ja auch mit dem Schulsenator –, aber bei diesem so riesengroßen Paket möchte ich sehr dazu ermahnen, dass sehr bald ein Haushaltsausschuss handlungsfähig wird.

(Beifall)

Eine letzte Bitte an unseren Finanzsenator, der auch für die Bezirke zuständig ist: Bitte binden Sie die Bezirke stärker ein. Das passiert im Moment viel zu wenig. Wir sind in den Bezirken vertreten, und ich höre von vielen, dass das nicht der Fall ist. Ich würde Sie sehr darum bitten, ein bisschen stärker darauf zu achten, dass da ein bisschen mehr

Fahrt aufkommt. Denn wie wir alle wissen, setzen die Bezirke um und sind besonders wichtig für unsere Stadt.

All diese Dinge sind notwendig und haben wir, glaube ich, beschlossen. Wir sind uns erstaunlicherweise alle – das finde ich sehr, sehr toll – ziemlich einig darin, dass aus der Corona-Krise keine dauerhafte Wirtschaftskrise wird. Ich bin der Auffassung, dass die Aussetzung der Schuldenbremse eine gute Idee der CDU ist, und stimme dem auch zu, aber trotzdem sollten wir darauf achten, die Schulden möglichst schnell zurückzuzahlen. Ich bitte Sie, auch das noch einmal zu bedenken. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Ich sehe jetzt noch drei Wortmeldungen, von Herrn Schmidt für die SPD-Fraktion, Herrn Ehlebracht für die AfD-Fraktion und Herrn Stoop für die Fraktion DIE LINKE. Wir machen das in dieser Reihenfolge: Es startet gleich Herr Schmidt, ihm folgen Herr Stoop und dann Herr Ehlebracht. Frau Schittek hat sich auch gemeldet? – Herr Schmidt.

Hansjörg Schmidt SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Noch ein paar Worte aus Sicht der Wirtschaft. Unser Senat hat hier einen weitreichenden Schutzschirm für Beschäftigte und Unternehmen aufgespannt. Wie schon gesagt worden ist, ist das Ziel klar: Wir wollen Arbeitsplätze schützen und Unternehmen unterstützen, wir wollen Firmen und Betriebe mit ausreichend Liquidität ausstatten, damit sie gut durch die Krise kommen. Wir mobilisieren hier sehr viel Geld, um die Krise zu bekämpfen, um unsere Wirtschaft, die Kultur, den Sport und insbesondere auch die Beschäftigten zu beschützen und zu unterstützen. Darauf kann sich jede/jeder hier verlassen.

(Beifall)

Der Bund hat weitreichende Maßnahmen beschlossen, die auch in Hamburg helfen werden – das ist hier an zahlreicher Stelle schon genannt worden –, und Hamburg untermauert dies noch einmal. Mit diesem Schutzschirm setzen wir ein klares Signal an unsere Stadt: Die Politik handelt und hilft, wir stehen an der Seite unserer Wirtschaft, der Kultur und des Sports.

Dieser Schutzschirm beruht auf drei Säulen. Das sind steuerliche Liquiditätshilfen für Unternehmen. Bereits in den Anfangstagen der Krise hat unser Finanzsenator erklärt, wie diese Flexibilisierung insbesondere den Unternehmen bei ihrer Liquiditätsproblematik hilft. Die Hamburger Corona-Soforthilfe kann seit Montag beantragt werden, und betroffene Unternehmen tun dies hier gerade sehr zahlreich, wie man bei den fast stündlichen Was-

(Hansjörg Schmidt)

serstandsmeldungen unseres Finanzsenators hört. Zu den anfänglichen Schwierigkeiten: Es geht nicht darum, als Erster zu starten – wir haben einen voll digitalisierten Prozess –, sondern darum, dass das Geld möglichst schnell bei den Leuten auf dem Konto ankommt. Dafür ist der Prozess, den wir aufgesetzt haben, Garant.

(Beifall)

Die zweite und dritte Säule sind die Hilfen der IFB und der Bürgerschaftsgemeinschaft. Die IFB ergänzt die gestarteten KfW-Förderprogramme; wir haben diese gigantische Summe, die der Bund aufgelegt hat, schon mehrmals gehört. Hamburg flankiert das mit passgenauen Maßnahmen, die den Hamburger Unternehmen helfen werden. Sie werden aber auch den Kulturbereich mit dem IFB-Förderkredit Kultur und den Sport mit dem IFB-Förderkredit Sport unterstützen. Die Bürgerschaftsgemeinschaft hat ihre Instrumente ebenfalls flexibilisiert, um den Zugang zu Liquidität zu beschleunigen. Die Stadt hat hierfür das Bürgerschaftsvolumen entsprechend erweitert, und die Bürgerschaftsgemeinschaft kann jetzt sogar innerhalb von 72 Stunden selbstständig über die Übernahme von Bürgschaften entscheiden. Auch dies wird die Liquiditätsbedarfe der Unternehmen sehr schnell verbessern.

Aktuell steht der Gesundheitsschutz im Mittelpunkt und hat selbstverständlich Priorität. Doch der Senat zeigt auch hier die klare Entschlossenheit, den Auswirkungen des Coronavirus nicht nur auf das Gesundheitswesen, sondern auch auf Wirtschaft, Kultur und Sport in unserer Stadt entgegenzusetzen. Wir müssen uns jedoch auch überlegen, wie es für die Zeit danach aussieht. Bereits jetzt ist klar, dass für die Zeit danach weitere Schritte folgen müssen. Es wäre aber falsch, schon jetzt darüber zu orakeln, wann das sein könnte. Wie gesagt, zunächst geht es darum, dass diese harten Maßnahmen überhaupt nachhaltige Wirkung haben. Würde man sie schon jetzt lockern, wäre das sehr kontraproduktiv und würde einen noch größeren Schaden anrichten.

(Beifall)

Hamburg steht auf einem soliden Fundament; das wurde hier schon von den Haushaltsexperten gesagt. Angesichts der Haushaltsdisziplin dieses Senats in den letzten Jahren sind wir in der Lage, die Hamburger Wirtschaft jetzt zu stützen. Uns stehen noch harte Wochen bevor, aber ich bin mir sicher, dass wir sie bewältigen können, wenn wir solidarisch sind. Die Politik kümmert sich um Wirtschaft, Kultur und Sport. Es braucht aber mehr als die Politik; auch das ist hier schon mehrfach gesagt worden.

Gestern hat es Finanzminister Scholz sehr diplomatisch ausgedrückt, heute hat es auch unser Finanzsenator gesagt: Die Banken sind jetzt aufgerufen, ihren Teil dazu beizutragen. Wir Steuerzah-

ler haben die Banken in ihrer Krise gerettet, und für IFB und KfW gilt das Hausbankenprinzip. Es laufen momentan viele Beschwerden auf, und ich sage Ihnen in sehr deutlichen Worten, dass es zum Teil unanständig und schäbig ist, wenn die Banken ihre Kunden in dieser Krise im Stich lassen. Die Banken sollten an der Stelle Löser der Krise sein und sie nicht noch weiter verschärfen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Dann bekommt jetzt gleich Frau Schittek das Wort. Ihr folgt dann Herr Stoop.

Dr. Gudrun Schittek GRÜNE:* Ich wollte nur kurz auf den Kollegen Petersen antworten, weil er gesagt hat, dass wir den OP-Schwestern im UKE zur Anerkennung einen Bonus zahlen könnten. Ich würde das gern noch ein bisschen weiter fassen. Auch Anjes Tjarks und Frau Özdemir hatten schon gesagt, dass das Pflegepersonal mehr Anerkennung braucht. Es gehört sich, dass die Anerkennung auch eine finanzielle ist, und zwar nicht nur im UKE, sondern in allen Kliniken. Man könnte sich zum Beispiel einmal überlegen, ob man die Überstunden, die jetzt im Pflegebereich geleistet werden, lohnsteuerfrei stellt. Das wäre eine Maßnahme, die sowohl dem Pflegepersonal im UKE als auch in den anderen staatlichen und privatisierten Krankenhäusern und Pflegeheimen zugutekommen würde.

(Beifall)

Dann noch einmal zu dem Punkt, das seien Frauenberufe, die sowieso nicht gut bezahlt seien. Die Menschen, die dort arbeiten, geben oft schon nach wenigen Jahren ihren Beruf auf, weil sie überlastet sind, die Anforderungen sehr hoch sind und schlechte Arbeitsbedingungen vorliegen. Das sollten wir uns jetzt, wenn wir überlegen, finanzielle Unterstützung zu leisten, unbedingt zu Herzen nehmen. Das ist mein Appell an Sie, Herr Dressel: Nehmen Sie das in Ihrem Schirm mit auf. – Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt bekommt Herr Stoop das Wort für die Fraktion DIE LINKE.

David Stoop DIE LINKE:* Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Hamburgerinnen und Hamburger! Wenn angesichts der aktuellen Krise viele Menschen um ihre wirtschaftliche Existenz bangen, dann muss ihnen schnell und unbürokratisch geholfen werden. Darin besteht Einigkeit in diesem Haus. Es besteht auch Einigkeit darin, dass dafür Gelder in die Hand genommen werden müssen und es notwendig ist, in dieser Situation nicht an

der schwarzen Null festzuhalten, sondern das zu tun, was notwendig ist, und das auch zu finanzieren und dafür die Schuldenbremse auszusetzen.

(Beifall)

Dem schließen wir uns an. Deshalb brauche ich darüber keine weiteren Worte zu verlieren, sondern komme zu weiteren Fragestellungen. Wer Schulden aufnimmt, muss zum einen auch sagen, was mit den Geldern getan werden soll, und zum anderen, wie diese zurückgezahlt werden sollen. Wir LINKE sagen, dass beide Fragestellungen unter der klaren Prämisse stehen müssen, dass es anschließend in Deutschland und in Hamburg gerechter zugeht als vor der Krise, dass die Krise nicht dazu führt, dass die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer aus der Krise hervorgehen und dass die soziale Schere in der Gesellschaft sich noch weiter öffnet. Das darf nicht sein. Unsere Krisenmaßnahmen müssen so gestaltet sein, dass das nicht passiert.

(Beifall)

Zur Frage der Verteilung ist schon relativ viel gesagt worden. Darum will ich nicht auf diese Fragestellung eingehen, sondern zu der zweiten Fragestellung kommen: Wie zahlen wir die Gelder zurück, die wir dort aufgenommen haben? Diese Frage ist hier strittig. SPD und CDU streiten sich darüber, in welchen Zeiträumen man das zurückzahlen soll. Dazu sagen wir: Ja, einen möglichst langen Zeitraum zu wählen ist vernünftig. Da hier das Beispiel aus Schleswig-Holstein ins Feld geführt wurde, sage ich, dass NRW beispielsweise 50 Jahre für die Rückzahlung veranschlagt hat. Wir sagen aber auch, dass noch entscheidender die Frage ist, wer und aus welchen Mitteln das Geld zurückgezahlt wird. Denn wenn wir das nicht dazusagen, dann bedeutet das, dass wir, und damit meine ich die Hamburgerinnen und Hamburger, es uns aus dem regulären Haushalt vom Mund absparen müssen. Ich finde, wir sollten hier und heute auch sagen, wer das bezahlen soll, nämlich diejenigen, die das tragen können. Da bin ich mir im Übrigen einig mit der SPD-Spitze, die vorgeschlagen hat, das über eine einmalige Vermögensabgabe zu regeln.

(Beifall)

Es gibt dafür auch ein historisches Beispiel: das Lastenausgleichsgesetz. Das könnte man in einer sehr ähnlichen Weise regeln und sagen, dass diejenigen, die über Jahre hinweg die großen Profite gefahren und große Vermögen angehäuft haben, mit einer solchen Vermögensabgabe zur Finanzierung der jetzt notwendigen Maßnahmen herangezogen werden, denn sie können es tragen. Das ist gerecht und löst auch ein Problem, das nicht bereits im nächsten Jahr erledigt sein wird. Die ökonomischen Folgen dieser Krise werden uns noch eine ganze Weile begleiten. Da wäre es fatal,

wenn wir die Investitionsfähigkeit aus unseren Haushaltsmitteln schwächen würden, indem wir nicht auch überlegen, wie wir weitere Mittel zur Finanzierung der Bewältigung der Krise heranziehen können. Wir stehen vor großen Aufgaben. Wir werden eine wirtschaftliche Aufbauhilfe leisten müssen, und wir werden vor allem auch ein kaputtgespartes Gesundheitssystem, bei dem wir jetzt merken, dass in Notlagen seine Grenzen relativ schnell erreicht sind, zügig ausbauen und verbessern müssen, um auf weitere Notsituationen besser vorbereitet zu sein. Darum bitte ich Sie: Stimmen Sie unserem Zusatzantrag zu, sodass die Finanzierung der Krisenbewältigung über eine Vermögensabgabe zu regeln ist. – Danke schön.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt bekommt das Wort Herr Ehlebracht für die AfD-Fraktion.

Detlef Ehlebracht AfD:* Sehr verehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist völlig richtig, dass das oberste Gebot derzeit die Unterbrechung der Infektionsketten sein muss, das Abbremsen der Infektionsbeschleunigung in der Hoffnung, dass wir unser Gesundheitssystem nicht überlasten werden. Das ist, ich wiederhole, das oberste Gebot, und dazu muss alles, alles Notwendige getan werden, völlig klar.

Das heißt jetzt nicht unbedingt, dass alles, was zu tun ist, auch alles abzuschalten heißen muss. Ich vermisse ein wenig ein positives Signal, das auch an die Bevölkerung gegeben werden muss. Ich vermisse ein wenig Vorschläge dafür, um die Wirtschaft am Laufen zu halten. Es ist völlig richtig, dass enorme finanzielle Sofortmaßnahmen jetzt notwendig sind, aber jeder hier weiß, dass sie keine Dauerlösung sind.

(Beifall – Zuruf)

Ich vermisse ein positives Signal in Form von kreativen Vorschlägen. Es ist doch wichtig, dass die Wirtschaftsprozesse aufrechterhalten werden. Dazu wäre zum Beispiel ein Ansatz, die Arbeitstage nicht mehr wie normalerweise nur von Montag bis Freitag zu zählen, sondern auch das Wochenende als Arbeitstage einzuschließen. Es geht doch darum, die Arbeitsprozesse am Laufen zu halten; zu versuchen, die Anzahl der Beschäftigten auf der Arbeitsstelle auszudünnen, aber trotzdem die Arbeitsprozesse am Laufen zu halten. – Ich sehe schon, es kommt wieder nicht an, weil Sie einfach auch nicht zuhören.

(Heiterkeit)

Wie gesagt, Dreischichtbetrieb 24/7, Wochenende nicht als Wochenende sehen, sondern den Unternehmen jetzt flexible Möglichkeiten einräumen, in Abstimmung mit den Beschäftigten diesen Möglichkeiten zu bieten, auch zu diesen Zeiten zu arbei-

(Detlef Ehlebracht)

ten. Ich kann auch abends um 23 Uhr fakturieren und muss das nicht wie bisher in einem Großraumbüro zwischen 8 und 16 Uhr machen. Das sind Sachen, da würde ich mir wünschen, es würde noch etwas mehr kommen, um ein positives Signal nach außen zu senden.

Es muss auch ein Ziel sein, dass man versucht, so viel wie möglich an Normalität aufrechtzuerhalten, und dazu bedarf es für die Dauer der Krise kreativer und flexibler Lösungen, die wir sonst so vielleicht nicht wählen würden. Denn es wird viele, viele Monate dauern, bis wir diese Situation hinter uns haben. Herr Petersen hat ein Szenario aufgezeigt und gesagt, das sei das einzig mögliche, um hier wieder herauszukommen: das Impfen. Also erst einmal die Entwicklung eines Impfstoffes, das Herstellen, dann die Verabreichung, und dann wären wir damit durch. Es gibt ja noch die zweite Methode, dass nämlich ein Großteil der Bevölkerung sich mit diesem Virus – in der Regel ungewollt – infiziert. Und wenn man einen gewissen Anteil an Infizierten erreicht hat, wären wir auch dann im Großen und Ganzen über den Berg. Aber so oder so, ich sage, wir reden hier über das Jahr 2021.

Herr Petersen, wo ich schon bei Ihnen bin: Ihre Beiträge zur Sache – keine Einwände. Dass Sie sich zum Schluss zu so einem billigen AfD-Bashing hinreißen lassen, finde ich bedauerlich. Sie haben es nicht verstanden. Wir haben uns hier für Minderheitenrechte eingesetzt. Wir werden dies auch in den folgenden Geschäftsordnungsanträgen tun – die kommen werden und die Sie wahrscheinlich auch nicht verstehen werden.

(Zurufe)

Sie sitzen vielleicht schon auf einem zu hohen SPD-Ross, um das wahrgenommen zu haben. Während Sie uns absprechen, dass wir uns mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln der Geschäftsordnung für Minderheitenrechte einsetzen, ziehen Sie hier gleichzeitig ein abgekartetes Spiel ab. Das ist befremdlich, Herr Petersen.

(Beifall – Zurufe: Reden Sie mal zur Sache!)

– Zur Sache hat Herr Petersen in diesem Punkt auch nicht gesprochen, und da haben Sie ihn auch nicht dazu aufgefordert.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht. Bleibt es dabei? – Das ist so. Dann können wir zu unseren Abstimmungen kommen.

Wir starten mit den Zusatzanträgen von LINKEN und CDU, und ich frage Sie, ob Sie beide Drucksachen an den Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung und Wahlprüfung überweisen möchten.

Wer möchte so verfahren? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das bei wenigen Gegenstimmen so beschlossen worden.

Und dann haben wir über den Antrag der AfD aus Drucksache 22/58 abzustimmen.

Wer möchte sich diesem Antrag anschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Und wir kommen zur Abstimmung über den Senatsantrag aus Drucksache 22/42.

Zu der unter Punkt a beantragten Feststellung des Vorliegens einer außergewöhnlichen Notsituation und Naturkatastrophe im Sinne des Artikels 72 Absatz 3 unserer Verfassung sind zwei übereinstimmende Beschlüsse der Bürgerschaft erforderlich. Außerdem müssen beide Beschlüsse mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Abgeordneten gefasst werden.

Wer also möchte nun zunächst der unter Punkt a des Senatsantrags aufgeführten Feststellung über das Vorliegen einer außergewöhnlichen Notsituation und Naturkatastrophe im Sinne des Artikels 72 Absatz 3 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg seine Zustimmung geben? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen worden.

Es bedarf hierzu einer zweiten Lesung.

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Der Senat ist einverstanden, dass wir die zweite Lesung sogleich durchführen. Gibt es Widerspruch dagegen aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Dann frage ich Sie, wer den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen möchte. – Auch hier die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Dann haben wir das auch in zweiter Lesung einstimmig und somit endgültig beschlossen.

Wer darüber hinaus noch Punkt b des Senatsantrags folgen und somit das Gesetz zum Erlass des Covid-19-Notsituationsgesetzes sowie zur Aufhebung haushaltsrechtlicher Vorschriften beschließen möchte, bitte ich jetzt ums Handzeichen. – Auch hier die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Dann ist auch das einstimmig so beschlossen worden.

Auch hier benötigen wir eine zweite Lesung.

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Auch hier ist der Senat einverstanden mit einer sofortigen zweiten Lesung. Ich sehe keinen Widerspruch aus dem Hause und frage Sie darum, wer das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung so beschließen möchte. – Noch einmal die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen?

(Präsidentin Carola Veit)

tungen? – Dann haben wir auch das in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen.

Wir kommen dann zu dem weiteren Dringlichen Senatsantrag, Drucksache 22/43.

Wer möchte diesen annehmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das haben wir dann einstimmig so beschlossen.

Auch hier benötigen wir eine zweite Lesung.

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Der Senat ist einverstanden mit einer sofortigen zweiten Lesung. Ich sehe keinen Widerspruch aus dem Hause und frage Sie, wer diesen Beschluss auch in zweiter Lesung so fassen möchte. – Noch einmal die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Dann haben wir auch das in zweiter Lesung und somit endgültig so beschlossen.

Abschließend stelle ich fest, dass wir von der Senatsmitteilung aus Drucksache 22/44 Kenntnis genommen haben.

Jetzt teile ich Ihnen das Wahlergebnis mit.

Für die Wahl eines Mitglieds für den parlamentarischen Kontrollausschuss sind 67 Stimmzettel abgegeben worden. Alle waren gültig. Herr Dr. Alexander Wolf erhielt fünf Ja-Stimmen, 61 Nein-Stimmen, eine Enthaltung und ist somit nicht gewählt worden.

Dann können wir zu Punkt 16 unserer Tagesordnung kommen, Drucksache 22/37, Antrag der Fraktionen von SPD und GRÜNEN – auch das ein wichtiges Anliegen des Senats –: Verständigung zum Faktencheck Fernbahnhof Diebsteich – Bekräftigung des Beschlusses der Bürgerschaft aus der 21. Wahlperiode.

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:

Verständigung zum Faktencheck Fernbahnhof Diebsteich – Bekräftigung des Beschlusses der Bürgerschaft aus der 21. Wahlperiode

– Drs 22/37 –]

[Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Das Hamburger Eisenbahnnetz zukunftsfähig gestalten – Bürgerschaft umfassend einbinden vor Entscheidung zum Fern- und Regionalbahnhof Altona

– Drs 22/57 –]

Hier gibt es als Drucksache 22/57 einen Antrag der Fraktion DIE LINKE, den SPD und GRÜNE an den Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung und Wahlprüfung überweisen möchte. Vonseiten der

LINKEN liegt ein Antrag auf Überweisung der Ursprungsdrucksache ebenfalls an den Verfassungsausschuss vor.

Wer wünscht das Wort? – Frau Sudmann startet.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte erst einmal mit einem Dank anfangen: Einem Dank an Frau Albaum, die den ganzen Nachmittag hier immer desinfiziert und Wasser hingestellt hat. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

Ich würde uns allen wünschen, dass es auch ein Mittel gibt, das Gift der AfD zu vertreiben. Daran arbeiten wir aber alle gemeinsam.

Worüber reden wir jetzt? Der schöne Titel heißt ja: "Verständigung zum Faktencheck Fernbahnhof Diebsteich" und Bestätigung eines Bürgerschaftsbeschlusses. Aber nein, wir reden hier über die Kernfrage. Wir reden heute über die Kernfrage, ob der notwendige massive Ausbau der Schienenkapazitäten in Hamburg mit dem verlegten und verkleinerten Bahnhof Altona zum Diebsteich überhaupt möglich ist.

Wir erinnern uns daran, im letzten Jahr war auf einmal der Deutschlandtakt in aller Munde, haben Regierung und auch die Deutsche Bahn gesagt, wir wollen die Anzahl der Fahrgäste verdoppeln. Das war der Klimawende und der notwendigen Verkehrswende geschuldet. Das ist aber der Einstieg; das kann nicht das Ende der Verkehrswende sein. Und deswegen müssen wir darauf schauen, was passiert, wenn wir noch wesentlich mehr Verkehr auf die Bahn bringen wollen.

Nun haben wir am Montag, also vor 48 Stunden, ein Testat bekommen, ein Testat über die Leistungsfähigkeit des neuen Bahnhofs am Diebsteich. Darin steht aber eindeutig, dass die Leistungssteigerung im Knoten Hamburg, also der Ausbau des Hauptbahnhofs und so weiter, nicht Gegenstand des Gutachtens war. Insofern hilft uns dieses Testat herzlich wenig, wenn wir beurteilen wollen, ob wir einen zukunftsfähigen Bahnhof bekommen. Das sind Sachen, über die wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier reden müssen, bevor wir darüber abstimmen.

Aber was ist zurzeit die Rolle des Parlaments? Der Faktencheck, der seit März 2019 stattgefunden hat, war ohne Politikbeteiligung. Das war auch okay so. Wir haben im Oktober beantragt, dass wir im Verkehrsausschuss einmal vorgestellt bekommen, was bis dahin verhandelt wurde. Das fanden alle gut. Dann wurde der erste Termin vertagt und der zweite Termin wurde abgesagt. Verkehrsausschuss/Parlament hat null Informationen. Dann haben wir im Februar, in der letzten Sitzung, 24 Stunden vor Beginn der Sitzung die Verständigung bekommen. Es gab keine Möglichkeit zum Nachfragen. Es wurde sofort abgestimmt. Aber dann gab

(Heike Sudmann)

es ein großartiges Versprechen, dass, bevor jetzt die Bürgerschaft neu entscheidet, eine umfassende Einbindung der Bürgerschaft unabdingbar sei, und deswegen müssten wir darüber reden. Und was passiert? Nichts. Wir haben, wie gesagt, vor 48 Stunden ein Testat bekommen.

Die Kontrolle der Regierung ist Aufgabe des Parlaments, der Opposition sowieso, aber auch Ihre Aufgabe. Und Sie wollen heute hier etwas abstimmen, worüber Sie nicht reden konnten. Der Faktencheck mit den Beteiligten kann nicht die Ausschussbefassung, kann das Parlament nicht ersetzen. Und ich muss sagen, Herr Dressel, ich empfinde es als Hohn, wenn Sie in der gestrigen Telefonkonferenz, die Sie ja extra angesetzt haben, in der wir eine gute Stunde Zeit hatten, Fragen zu stellen, dann sagen, diese beiden Bürgerschaftsveranstaltungen, die Sie Lesungen genannt haben, seien das Höchstmaß an parlamentarischer Beteiligung. Das ist für mich das Höchstmaß an Missachtung des Parlaments.

(Beifall)

Ich finde nicht, dass wir uns als Abgeordnete zur Abstimmungsbude degradieren lassen können.

(Zuruf)

– Wir haben auch beim ersten Beschluss nicht darüber gesprochen.

Und ich will noch einmal über die Verständigung reden; Herr Kienscherf, Sie können sich gern gleich zu Wort melden. Die Punkte außerhalb vom Diebsteich sind ja gut. Güterumgebungsbahn, Elbquerung, Schienenanbindung – ich frage mich, warum ist die Deutsche Bahn, warum ist die Verkehrsbehörde nicht vorher darauf gekommen? Warum brauchen Sie die ehrenamtlichen Impulse vom VCD oder von Prellbock?

Und nein, Herr Dressel, ich stehe nicht hier, weil ich alles auf null setzen will. Wir als LINKE wollen, dass wir das Maximum erreichen im Schienenverkehr. Und deswegen fordern wir, dass wir dafür auch die Voraussetzung schaffen. Wir fordern, dass wir die Voraussetzung schaffen, dass der neue Bahnhof – und von uns aus soll er bitte in Altona bleiben und dort umgestellt werden – ausreicht für die neuen Kapazitäten.

Wir fordern Sie auf: Stimmen Sie unserem Antrag zu, der sagt, dass wir nicht heute abstimmen, dass wir uns erst in den Fachausschüssen Haushalt und Verkehr damit befassen – dafür haben wir Fachausschüsse. Und wir sagen auch, dass man dem Antrag so nicht zustimmen kann. Wer heute diesem rot-grünen Antrag zustimmt – und DIE LINKE wird das nicht tun –, der und die will nicht wissen, wie ein zukunftsfähiger Schienenverkehr in Hamburg aussehen kann. Mit Diebsteich, zu den heutigen Bedingungen, die wir heute abstimmen, ist das nicht möglich.

Und wenn Herr Kienscherf mir jetzt zum zehnten oder zum zwanzigsten Mal ins Ohr flüstert – Sie können das nicht hören –, das sei Blödsinn, kann ich noch einmal sagen: Sie sind sehr lange Parlamentarier. Sie haben sich in der Opposition verweigert, wenn man Ihnen nicht die Gelegenheit gegeben hat, im Ausschuss etwas zu machen. Wir haben über die Verständigung kein einziges Wort in irgendeinem Ausschuss verloren, und ich finde, das Parlament darf sich nicht dazu hergeben, als Abstimmprobe missbraucht zu werden. – Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: So, meine Damen und Herren, jetzt bekommt Herr Buschhüter das Wort für die SPD-Fraktion.

Ole Thorben Buschhüter SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Faktencheck Diebsteich. Zunächst einmal möchte ich mich bedanken für dieses wirklich gute Ergebnis, das der Faktencheck hervorgebracht hat. Dank an alle Beteiligten von Senat, Bahn, aber auch dem VCD, die hier für den Eisenbahnknoten Hamburg gute Ergebnisse erzielt haben. Und vor allen Dingen an Herrn Dr. Dressel, den Finanzsenator, dem es gelungen ist, diese verfahrenere Lage mit dem Gerichtsprozess und den verschiedenen Interessen zu ordnen und das Ganze zu einem Kompromiss zu führen, den wir heute zum zweiten Mal vorliegen haben.

(Beifall)

Bedauerlich ist aber doch sehr, dass ein Beteiligter, nämlich der Verein Prellbock, aus den Verhandlungen und dem Kompromiss am Ende ausgestiegen ist, nicht mitmacht, sich verweigert und jetzt versucht, durch die vielen Zuschriften, die wir bekommen, und die Mittel, die er meint, zur Verfügung zu haben, diesen Kompromiss noch aufzuhalten. Das wird ihm aber nicht gelingen.

Es wird immer wieder versucht, dieses Projekt Altona zu diskreditieren; auch Heike Sudmann hat es eben wieder versucht. Man muss es doch einmal sagen: Seit über zehn Jahren wird über das Projekt Diebsteich/Altona diskutiert, in verschiedensten Gremien, auch parlamentarischen Gremien, in der Bezirksversammlung Altona, auch hier in der Bürgerschaft. Wir haben uns unzählige Male damit befasst. Und jetzt stehen wir vor der Situation, dass wir den Sack zumachen können. Nach den vielen Jahren der Diskussionen, nach Gerichtsverhandlungen und vor allen Dingen dem Faktencheck kann man endlich sagen: Es ist ein gutes Ergebnis, das jetzt vorliegt, und wir wollen, dass es umgesetzt wird.

Das Verfahren hier zuletzt war in der Tat ein bisschen holprig, das kann man, glaube ich, sagen. Aber ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen,

(Ole Thorben Buschhüter)

wir hatten für Dezember vorgesehen, uns im Verkehrsausschuss ausführlich mit der Sache zu beschäftigen. Das ist nicht gelungen, weil die Verhandlungen des Faktenchecks nicht abgeschlossen waren, obwohl alle damit gerechnet hatten. Warum war es so? Weil man noch versucht hat, auch im letzten Moment, Prellbock dabei zu behalten. Deswegen ist es nicht zu der Sitzung im Dezember gekommen. Am Ende ist dieser Punkt zumindest gescheitert. Trotzdem ist es zu einem guten Ergebnis gekommen.

Wir haben in der Bürgerschaftssitzung im Februar, der letzten der vergangenen Legislaturperiode, in der sogenannten ersten Lesung zu diesem Punkt angekündigt, dass die zweite Lesung unmittelbar zu Beginn der nächsten Wahlperiode stattfinden soll. Das ist also heute. Und wir hatten ein großes Interesse daran, das möchte ich auch einmal betonen, dass es vorher, also zwischen diesen beiden Lesungen, noch zu einer Beratung im Verkehrsausschuss kommt. Bevor uns die Corona-Krise auch in unseren täglichen Abläufen sehr eingeschränkt hat, hatten wir noch den Versuch unternommen, die alten Drucksachen wieder hochzuholen und das noch vor heute in einer Ausschusssitzung beraten zu können. Die LINKE hat übrigens vier, fünf Tage gebraucht, sich darüber eine Meinung zu bilden, das nur am Rande. Am Ende hat das nicht geklappt.

(Zuruf von *Heike Sudmann DIE LINKE*)

– Nach vier, fünf Tagen Überlegen.

Aber entscheidend ist, glaube ich, Folgendes: Selbst wenn das gelungen wäre, es hätte vor heute keine Ausschusssitzung gegeben. Es hat ja auch keine anderen Ausschusssitzungen gegeben. Insofern hat das leider nicht geklappt.

Unser Angebot ist, dass wir natürlich die Beratungen fortsetzen. Uns wird das Thema Eisenbahnverkehr in Hamburg noch sehr, sehr beschäftigen. Wir haben das Thema Deutschlandtakt, wir haben den Ferlemann-Vorschlag, was die Verbindungsbahn angeht, die der eigentliche Engpass im Eisenbahnverkehr in Hamburg ist. Das ist nicht die Frage Altona; das Testat hat bestätigt, dass Altona groß genug ist auch für das, was noch kommt. Mit all diesen Punkten wollen wir uns beschäftigen. Wir sind bereit und haben das ja auch beantragt, die Drucksache, die heute zur Abstimmung steht, nachträglich zu überweisen, sodass die Beratungen dort noch fortgesetzt werden können. Das Gleiche gilt für den Antrag der Fraktion DIE LINKE; auch den können wir gern überweisen.

Wir verweigern uns gar nicht, aber heute wollen wir den Sack zumachen und den Beschluss fassen, damit es mit Altona losgehen kann und, wenn die Krise vorbei ist, dann sofort viel Geld ausgegeben werden kann. Auch Altona, der Neubau des Bahnhofs, ist eine Art kleines Konjunkturprogramm, und

das wollen wir uns nicht entgehen lassen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Frau Domm bekommt jetzt das Wort für die Fraktion der GRÜNEN.

Rosa Domm GRÜNE:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete! Die Hamburgerinnen und Hamburger haben uns die letzten Monate und auch zur Bürgerschaftswahl ein deutliches Votum gegeben: Hamburg soll ein Leuchtturm in der deutschen Mobilitäts- und Klimawende werden. Es ist gut, dass diese Erkenntnisse nun auch weit über grüne Kreise und über Kreise des Verkehrsclubs Deutschlands hin mehrheitsfähig geworden sind. Genau deswegen sind wir angehalten, heute hier und jetzt auch einmal zu bekräftigen, dass wir unverzüglich und massiv in unser Schienensystem investieren wollen.

(Beifall)

Mit der erzielten Verständigung der Stadt Hamburg mit der Deutschen Bahn und mit dem Verkehrsclub Deutschland rückt der Bau des Bahnhofs Altona näher. Nach dem monatelangen Baustopp geht es endlich wieder in die richtige Richtung, und das mehr denn je. Erst einmal möchte ich mich im Namen der GRÜNEN Fraktion ausdrücklich bei allen bedanken, die diesen Verständigungsprozess begleitet haben, bei denen, die sich konstruktiv und faktenorientiert an der Diskussion beteiligt und den vorliegenden Einigungsvertrag ermöglicht haben.

(Beifall)

Für mich zeigt diese Einigung aber auch, dass zivilgesellschaftliches Engagement einen wichtigen Unterschied in dieser Stadt macht. Besonderer Dank gilt deswegen dem Verkehrsclub Deutschland, der mit seiner Klage und mit seinem Nachdruck an den guten Lösungen feilt und zusammen mit dem Senat und der Deutschen Bahn die Leistungsfähigkeit des Hamburger Schienensystems maßgeblich anschiebt.

Mit dem Vergleich wird verbindlich festgeschrieben, dass der neue Bahnhof Altona mehr Kapazität hat, als heute auf der Strecke Züge fahren. Ein unabhängiges Gutachterbüro hat festgestellt, dass nunmehr 31 Züge zu Spitzenstunden am neuen Bahnhof Altona passieren können und diese Maßnahmen sicherstellen, dass der Bahnhof damit den zukünftigen Anforderungen an schienengebundene Mobilität in dieser Stadt entsprechen kann.

Darüber hinaus zeigt dieser Vergleich aber auch einen klaren Weg auf, wie der Bahnhof Hamburg-Altona zu einem leistungsfähigen Drehkreuz für den Hamburger Schnellbahnverkehr werden kann. Konkret bedeutet das, die Linie S4 wird in Richtung Westen verlängert, über den Diebsteich und

(Rosa Domm)

über die Fernbahngleise bis nach Elmshorn. Damit können Fahrgäste aus dem Hamburger Nordwesten und Schleswig-Holstein ohne größere Umwege und Umstieg am Hamburger Hauptbahnhof Altona erreichen. Und Ähnliches gilt auch für die neu zu bauende Linie S21 nach Kaltenkirchen und die Prüfung, ob die S32 nicht doch sinnvoller über den Fernbahnhof Diebsteich geführt werden kann.

Aber besonders freut mich die Vereinbarung einer zeitnahen Prüfung, ob Regionalbahnen über die Güterumgehungsbahnen fahren können. Denn damit entlasten wir nicht nur den Hauptbahnhof, weil die Züge nicht immer rein- und rausfahren müssen – diese zeitraubende Umkehr belastet den Hauptbahnhof –, damit schaffen wir auch die Durchbindung für attraktive Strecken für die Pendlerinnen und Pendler, für gute Tangentialverbindungen für die Hamburgerinnen und Hamburger rund um Hamburg herum – das, was bisher fehlt, wenn wir an ein leistungsfähiges Netz denken. Das birgt die Grundlage für einen Meilenstein in dem Regionalverkehrsangebot von Hamburg.

Das alles zeigt, wir reden heute nicht nur über einen Bahnhof, sondern über das gesamte Schienensystem dieser Stadt. Wir gehen mit dem Beschluss einen wichtigen und einen verbindlichen Schritt für die nachhaltige Stärkung des gesamten Schienenverkehrs. Außerdem ist dafür gesorgt, dass die Umsetzung im Dialogforum kritisch und transparent begleitet werden kann.

Wir dürfen aber auch nicht die Augen verschließen, denn dieser neue Bahnhof ist nicht das Wunder des Verkehrsbetriebs. Wir müssen für die Leistungsfähigkeit des Schienenverkehrs und für den Weg zum Deutschlandtakt noch vieles tun. Die Verbindungsbahn stellt noch immer einen Flaschenhals in dieser Stadt dar. Mit nur zwei Gleisen Zufahrt aus dem Osten können wir die Kapazitäten des neuen Bahnhofs überhaupt nicht ausnutzen. Wir müssen auch noch den Ferlemann-Tunnel in Angriff nehmen, sonst kommen wir gar nicht dorthin, diesen Bahnhof überhaupt nutzen zu können. Auch die bisherigen Ansätze zu Durchfahrten am Bahnhof Dammtor sind noch längst nicht zufriedenstellend. Wir müssen uns dem in der kommenden Zeit widmen und clevere Lösungen dazu finden, was eigentlich am Bahnhof Dammtor passiert.

Nun, mit dieser Einigung ist der Weg frei für die städtebauliche Entwicklung in Altona. Wir werden diese Möglichkeit nutzen, die Quartiere rund um Altona, rund um die beiden Bahnhöfe, die Vielfalt des neuen Wohnens und des Arbeitens, die Kultur und die Bildung dort neu zu entwickeln und neue Nahverkehrskonzepte zu testen.

(Beifall)

Ich freue mich, dass wir jetzt so viele konkrete Vorschläge auf dem Tisch haben, wie wir die Infrastruktur stärken, und dass wir mehr Menschen auf

der Schiene klimaneutral und selbstbestimmt mobil machen können. Denn das ist das, was die Verkehrs-, was die Klimawende nun will.

Wir GRÜNE verstehen den heutigen Beschluss aber nicht als das Ende, sondern als den Beginn eines weiterführenden Dialogs mit der Zivilgesellschaft, mit den Anwohnenden. Außerdem ermöglicht uns das Dialogforum, untereinander im Gespräch zu bleiben und über die Subinfrastruktur die Aufwärtskompatibilität dieses Bahnhofs zu diskutieren. Wir werden also auf Grundlage der Einigung heute weiter und mit Nachdruck für eine steigende Kapazität sorgen und das System Schiene dauerhaft und nachhaltig in Hamburg stärken. – Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Frau Frieling bekommt jetzt das Wort für die CDU-Fraktion.

Dr. Anke Frieling CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was wird uns jetzt hier eigentlich zur Beschlussfassung vorgelegt? Einige Einlassungen haben den Eindruck erweckt, als würden wir hier ein Thema ganz neu diskutieren. Allerdings haben Sie in der letzten Legislaturperiode schon einen Beschluss dazu gefasst, bei Nichtteilnahme der Links-Fraktion, und heute geht es bei dieser erneuten Beschlussfassung ja im Wesentlichen darum, eine neue Legitimation zu schaffen und dem Senat den Beitritt zum Vergleich final zu ermöglichen. Das bedeutet, es handelt sich eben nicht um ein nagelneues Projekt, von dem wir vor drei Wochen zum ersten Mal gehört haben und noch keine Vorstellung entwickeln konnten, was das für den Bezirk oder Stadt bedeutet, ganz zu schweigen von technischen Details und so weiter. Nein, ganz im Gegenteil, das Projekt ist lange bekannt. Schon vor dem Planfeststellungsbeschluss im Dezember 2017 wurde viel gestritten und diskutiert, seitdem noch viel mehr, und das niemals unter Ausschluss der Öffentlichkeit, sondern es gab eine breite Diskussion sowohl hier als auch im Bezirk dazu.

Die LINKE hat damals an der Abstimmung nicht teilgenommen und hatte offensichtlich auch in der Zwischenzeit weder Zeit noch Gelegenheit, sich mit dem Projekt vertraut zu machen, wobei doch eigentlich alle wissen, worum es geht. Nach den Plänen der Deutschen Bahn sollen die Fern- und Regionalzüge statt in Altona künftig am rund 2 Kilometer nördlich gelegenen bisherigen S-Bahnhof Diebsteich halten, der dafür ausgebaut und umgebaut werden soll. Am bisherigen Standort soll die dann freiwerdende Fläche unter anderem für Wohnungsbau genutzt werden, und es wird auch ein Park entstehen. Der bisherige S- und Busbahnhof in Altonas Zentrum soll selbstverständlich auch in Zukunft erhalten bleiben. Am Bahnhof Diebsteich

(Dr. Anke Frieling)

gibt es eine umfangreiche erste Planung für Sportanlagen und so weiter – Dinge, die dringend benötigt werden angesichts der wachsenden Einwohnerzahlen in einem beliebten Stadtteil. Also gute Perspektiven für Altona und auch die angrenzenden Stadtteile.

(Beifall)

Das Bundesverwaltungsgericht hatte im August 2018 einem Eilantrag des VCD gegen die Verlagerungspläne der Bahn stattgegeben. Die unzureichenden Pläne für die Autoverladung standen damals im Mittelpunkt der Kritik. Heute, rund anderthalb Jahre später, kann dieses für Altona und Hamburg wichtige Projekt nun voraussichtlich endlich fortgeführt werden. Der Faktencheck der Stadt mit der Bahn und den Klägern hat im Ergebnis Zusagen für maßgebliche Verbesserungen der Stadt und des Senats erbracht. Die Leistungsfähigkeit des neuen Fernbahnhofs soll durch neue Weichen und Digitaltechnik deutlich gesteigert werden, und die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr wird nachgebessert. Für die Autoverladung ist ebenfalls eine Lösung gefunden worden.

Der Antrag von SPD und GRÜNEN gibt also jetzt den Startschuss dafür, die Zusagen aus dem Faktencheck auch umzusetzen. Trotz der gegenwärtigen Ausnahmesituation darf nicht noch weitere Zeit verschwendet werden. Als CDU werden wir dem Antrag daher zustimmen und den Prozess damit auch weiterhin konstruktiv begleiten, damit Hamburgs Westen darüber hinaus einen neuen leistungsfähigen Fernbahnhof bekommt und sich die Mitte Altonas ebenfalls wie geplant entwickeln kann.

Ich kann verstehen, dass weiterhin manche am bisherigen Fernbahnhof hängen. Aber die Debatten des Für und Wider wurden in den letzten Jahren bereits ausführlich auf allen Ebenen geführt.

(Beifall)

Es ist daher wirklich bedauerlich, dass manche hier im Hause längst geschlagene Schlachten unaufhaltsam weiter führen möchten. Dem VCD jetzt vorzuwerfen, umgefallen zu sein, ist zumindest ziemlich starker Tobak.

(Beifall)

Im Gegenteil, man muss dem VCD ausdrücklich ein Kompliment machen. Im Faktencheck haben sie sich nach allem, was man mitbekommen hat – ich war ja nicht dabei –, in konstruktiver Weise eingebracht, ihre Interessen vertreten, aber auch an Brücken zur Konfliktlösung mitgebaut, wie zum Beispiel dem Gutachten.

Jetzt ist tatsächlich endlich der Zeitpunkt gekommen, das Projekt Bahnverlegung mit Nachdruck weiter zu betreiben. Wir alle sind verantwortlich – das haben wir im vorangegangenen Tagesordnungspunkt und auch im Laufe des Nachmitta-

ges jetzt schon wirklich oft gesagt – für die wirtschaftliche Entwicklung nach der Corona-Krise. Wenn wir dieses Projekt jetzt und heute auf den Weg bringen können, ist das ein wichtiges Signal. – Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt bekommt das Wort Herr Ehlebracht für die AfD-Fraktion.

Detlef Ehlebracht AfD:* Sehr verehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn besondere Situationen anstehen und denen besonderes Gewicht verliehen werden soll, dann wird in der Politik oft inflationär der Begriff historisch verwendet.

Für den Senator Steffen wird schon historisch, wenn er ein Resozialisierungsgesetz geschaffen hat, Parlamentsprotokoll 21/81. Für Herrn Tjarks wird schon historisch, wenn wir 46 Hektar auf dem Grasbrook bebauen, Parlamentsprotokoll 21/64. Und es ist schon skurril, dass wir in dieser zweifelsohne – und jetzt will ich einmal dieses Wort verwenden, wie ich glaube, dass es verwendet werden muss – historischen Situation, von der niemand abzuschätzen wagt, welche prägenden Eindrücke das auf unsere Gesellschaft haben wird, er nur weiß, dass es künftig eine zeitgeschichtliche Einordnung in die Zeit vor dem Coronavirus und nach dem Coronavirus geben wird, und dass wir uns in dieser Situation über den Bahnhof Diebsteich unterhalten müssen.

Und während vorhin hier in der Sache um die Vizepräsidentenwahl die AfD seitens des Präsidiums gerügt wurde, ob sie sich in Anbetracht der Situation angemessen verhält, wird dieser Umstand nicht gerügt, aber das passt ins heutige Bild, das ist auch Demokratie, das muss man eben aushalten.

Warum unterhalten wir uns jetzt darüber? Ausschließlich, weil DIE LINKE ihre Wählerklientel bedienen möchte. Dazu gehören auch diese konzentrierten Aktionen, dass jetzt jede Menge Mails von Bürgern eintreffen, die eben genau in diese Richtung gehen. Der Zusatzantrag der LINKEN hingegen ist bei Weitem nicht in allen Punkten falsch, aber um die Publikumswirksamkeit dieser Debatte nicht weiter zu verstärken, möchte ich dazu nur sagen, dass wir uns diesem aufgrund des Umstandes enthalten werden, aber der Überweisung zustimmen.

Zum Bahnhof Diebsteich möchten wir noch anmerken, dass wir dieses Projekt nach wie vor kritisch sehen. Wir sehen die Dimension und die Konzeptionierung der Neuplanung, aber unserer Ansicht nach fällt sie in Bezug auf die mehr als dringend gebotene Entlastung des Hauptbahnhofs einfach zu gering aus trotz der vorliegenden aktualisierten Kennzahlen. Die Einbindung in die Umgebung und die verkehrliche Anbindung werden auf Jahrzehnte

(Detlef Ehlebracht)

oder für immer mangelhaft bleiben. Wir stellen auch fest, dass beim gesamten bisherigen Wohnungsbau auf dem Gelände, der bisher schon stattfand, keine Gleise verbaut wurden, auf dem waren keine Gleise vorhanden, was auch auf einen Großteil der künftigen – ja, schauen Sie nach, Herr Kienscherf, Sie schauen so fragend – Flächen zutrifft.

(Zuruf)

Und während ganze Autobahnen gekapselt und Hauptverkehrsadern komplett verlegt werden, wurde zum Beispiel nie erwogen, etwas Gleichartiges dort in der Form zu schaffen mit entsprechender Anpassung der B-Pläne.

Wir werden dennoch dem Antrag zustimmen, weil wir einem erzielten Vergleich zwischen Klägern und dem Senat in dieser Sache keine Steine in den Weg legen werden. Der Vergleich beinhaltet zwar sinnvolle Forderungen, aber leider keine echten Konsequenzen bei Nichteinhaltung, und dieser Vergleich, das wage ich an dieser Stelle zu prognostizieren, wird in vielen Punkten sicherlich nicht eingehalten werden. – Danke.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Vielen Dank. – Das Wort bekommt jetzt Herr Senator Dr. Dressel.

Senator Dr. Andreas Dressel:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vielen Dank, dass die Möglichkeit besteht, dass in dieser Krisensituation auch der Vergleich und die Einigung ihren Fortgang nehmen können, weil es ebenso zur Handlungsfähigkeit von Politik, Senat und Bürgerschaft in dieser Stadt gehört, dass wir wichtige Infrastrukturprojekte auch in dieser Phase weiter vorantreiben für diese Stadt. Ich glaube, das ist ein wichtiges Signal, dass wir jetzt nicht sagen, überall wird der Griffel fallengelassen, sondern wichtige Projekte für die Zukunft unserer Stadt müssen in dieser Phase ebenso weiter vorangebracht werden.

(Beifall)

Und deshalb ist es in der letzten Sitzung der Bürgerschaft vor der Wahl auch zur Abstimmung gestellt worden, es ist dem zugestimmt worden, einstimmig bei Nichtteilnahme der Links-Fraktion. Es ist nicht viel geändert worden, sondern es ist ein Ablauf gewesen, der eben von der Kollegin der CDU-Fraktion noch einmal geschildert worden ist. In der Ziffer 10 haben sich nämlich dann die Hausaufgaben ergeben. Es ist ein Vergleichsvorschlag, denn natürlich ist dieses Ersuchen, was es hier doch faktisch ist, kein gerichtlicher Vergleich, das ist in einem Schriftsatz eines Gerichts, des Obergerichtspräsidenten, vorbereitet worden. Das hat das Gericht mittlerweile protokolliert, und mit Stand gestern hatte der VCD auch verbindlich erklärt,

dass er diesem Vergleich zustimmt. Und damit geht jetzt dieser Ablauf vor sich.

Ab jetzt sind Sie dran, die Bürgerschaft ist dran, und wenn die Bürgerschaft dem zustimmt, dann wird die Stadt diesem Vergleich beitreten, das Eisenbahnbundesamt auch. Das hat schon erklärt, dass das passiert. Es ist logischerweise so, dass sie das letzte Organ sind, das zustimmt. Und dann wird rechtsverbindlich dieser Rechtsstreit beendet sein. Das ist übrigens nicht das Ende aller Tage. Das ist ein bisschen so das, was ich in der Diskussion auch von der Kollegin Sudmann verstanden habe, aber in Wahrheit ist es doch der Anfang eines Dialogprozesses mit der Zivilgesellschaft in Altona, aber nicht nur in Altona, wo es darum geht, wie wir wichtige Themen des Regional- und Fernverkehrs in Hamburg in den nächsten Jahren miteinander bewegen wollen. Das ist sozusagen nicht das Ende des Dialogs, sondern der Anfang eines neuen Dialogprozesses.

(Beifall)

Es ist dann immer gesagt worden, Papier ist geduldig, was habt ihr da alles aufgeschrieben. Und genau deshalb hat der VCD sehr darauf bestanden, dass wir das nicht in einem Bermuda-Dreieck zwischen Politik, Bahn und dem Verband damit allein bewenden lassen sollen. Sondern wir haben gesagt, jetzt gucken wir noch einmal, gibt es noch bessere Eisenbahnexperten als uns. Und siehe da, ein Schweizer Gutachteninstitut, das, glaube ich, über alle Zweifel erhaben ist, auch sogar bei Leuten, die vielleicht dieser Einigung kritisch gegenüberstehen, nämlich SMA, die das jetzt einmal in den letzten Wochen auf Herz und Nieren geprüft haben, die Leistungskennzahlen, um die es zentral geht, nämlich, dass zu Beginn des Betriebs des neuen Bahnhofs 31 Züge in der Spitzenstunde abgefertigt werden können. Die bei der VCD wollen auch das, was er sich erarbeitet hat, nämlich mit dieser Klage, einen Fuß in der Tür zu haben, nicht leichtfertig aus der Hand geben. Und die haben jetzt, und Sie haben das in der Pressemitteilung des Senats in der Anlage gesehen, eindeutig festgestellt, dass diese Leistungskennzahl erfüllt wird und auch sonst der Bahnhof die Leistungsanforderungen, die an ihn gestellt werden, erfüllen kann und erfüllen wird. Das, finde ich, ist ein sehr wichtiges Zeichen. Daran ist viel kritisiert worden, Misstrauen gesät worden, wir haben es jetzt schwarz auf weiß von unabhängiger Seite. Das ist eine gute Nachricht für die Verkehrsentwicklung in dieser Stadt.

(Beifall)

Das hat die Kollegin von der GRÜNEN Fraktion eben schon völlig richtig ausgeführt, dass in Wahrheit nachher der Flaschenhals gar nicht der Bahnhof Altona ist, sondern der Flaschenhals liegt woanders, der liegt natürlich auf der Verbindungsbahn. Und da haben wir doch jetzt in Wahrheit ein

(Senator Dr. Andreas Dressel)

ganz neues Potenzial, auch dadurch, dass der Bund sagt, ich will dafür Verantwortung übernehmen, ich will auch einen neuen Tunnel entlang der Verbindungsbahn schaffen, der dann in einer langen Perspektive dafür sorgt, dass die Kapazitätsprobleme in Hamburg in der Schienenverkehrsentwicklung dann einmal der Vergangenheit angehören. Das, glaube ich, ist eine sehr wichtige Grundlage. Das hat diese Einigung auch erst ermöglicht, dass sie so getroffen werden konnte, und deswegen sollten wir uns jetzt gemeinsam auf diese Reise begeben für Altona, für die Stadtentwicklung Altona, für neue Wohnungen, für mehr Kapazität im Schienenverkehr. Das ist eine sehr wichtige Grundlage.

Ich lade Sie auch im Namen des Senats dazu ein, dass Sie politisch dieser Sache noch mehr Ihren Stempel mit aufdrücken können. Es ist klar, dass die parlamentarische Beteiligung an diesem Prozess in den letzten Monaten ein bisschen schwierig war, keine Frage, aber das können wir miteinander nachholen. Es wird genügend Dialogformate mit dem Parlament, mit dem Verkehrsausschuss geben, dass wir Sie auf diese Reise in der Verkehrsentwicklung unserer Stadt mitnehmen können. Deshalb würde ich mich sehr freuen, wenn es ebenfalls heute auch eine sehr, sehr breite – einstimmig wird vielleicht nicht ganz möglich sein, aber wir warten jetzt einmal ab, was an Votum am Schluss herauskommt – Zustimmung der Bürgerschaft zu diesem Vergleich gibt. Dann werden wir dem beitreten und dann wird die Klage beendet sein. – Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt jetzt Herr Hackbusch für die Fraktion DIE LINKE.

Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Vielen Dank, Frau Präsidentin – und den beiden Wichtigen vor mir. In der Diskussion ist schon einmal deutlich geworden, warum wir parlamentarisch – das hat Frau Sudmann doch deutlich ausgedrückt – ein Defizit haben. Und da gibt es auch kein Argument, was hier irgendwie gefallen ist, warum das falsch wäre. Das Argument zu sagen, wir diskutieren das schon seit einigen Jahren, ist falsch, weil wir doch deutlich feststellen, dass es dort eine kräftige Veränderung gegeben hat, auch durch diesen Faktencheck, und dementsprechend ist es doch sehr notwendig, diese Fragestellung und Diskussion im Parlament neu zu diskutieren. Deswegen sind Ihre Argumente zu sagen, wir machen das jetzt im Schnelldurchgang, einfach nicht vorhanden gewesen und dementsprechend nicht zu akzeptieren.

(Beifall)

Das Zweite ist, es ist doch auch ein deutliches Zeichen, dass sich dieser Streit lohnt. Es waren doch in gewisser Weise durchaus einige positive Verän-

derungen darin. Das will ich von meiner Seite aus sagen. Etwas, wo die SPD doch schon seit Langem sagt, irgendwie, nein, das ist schon alles klar, da ist nichts mehr zu verändern. Das heißt, insgesamt ist dort etwas möglich gewesen, und das zeigt auch, dass dieser Streit insgesamt ein positiver war. Von daher freue ich mich, dass das stattgefunden hat. Aber die entscheidende Frage, vor der wir stehen, und das hat Frau Domm, finde ich, deutlich auf den Punkt gebracht, ist die Frage: Ist das eigentlich ein Schritt hin zu einer Verkehrswende, wie Sie das darstellen, oder nicht? Das ist natürlich auch das Entscheidende. Als diese Planung einmal begann vor zehn Jahren, hat noch keiner wirklich von einer richtig harten Verkehrswende, die wir brauchen in dieser Stadt, gesprochen. Man hat noch gedacht, das waren noch die alten deutschen Bahnzeiten, wo man vieles eben weggebaut hat und weniger praktisch auch an Kapazitäten abgebaut hat und noch nicht, was wir gegenwärtig doch eigentlich gemeinsam sagen, dass es notwendig ist, das auszuweiten.

Der Kern dessen, was wir gegenwärtig beschließen, ist, dass ein wichtiger innerstädtischer Schienenverkehrsbereich stillgelegt wird, und das ist das Entscheidende. Wir wollen Altona mit diesem Beschluss stilllegen und eine Möglichkeit, dass dort Schienenverkehr stattfindet. Das ist das Entscheidende, was dort geschieht, und dementsprechend halte ich diesen Schritt für völlig falsch, weil doch insgesamt selbst die Feststellung, dass Diebsteich vielleicht die gegenwärtigen Kapazitäten schaffen kann, nicht sicher ist. Was ich durchaus mit diesem Faktencheck akzeptiere, aber dort ist doch auch deutlich im begleitenden Gutachten dargestellt worden: Wir können keine Sicherheit darüber haben, was dort eigentlich im Zusammenhang mit dem Schienenverkehr Hamburg und Schienenverkehrsknotenpunkt Hamburg die Perspektive sein sollte. Das Gutachten sagt ausdrücklich, damit wollen wir nichts zu tun haben und das wollen wir nicht begutachten, sondern nur diese 31 Bereiche.

Was bedeutet es denn in der Realität? Das bedeutet in der Realität, wenn wir den großen Schritt, den wir brauchen, den nicht nur der Deutschlandtakt darstellt, sondern auch der Regionalverkehr, dass wir wollen, dass aus Schleswig-Holstein keine Autos mehr nach Hamburg kommen, nur noch ganz wenige, dass stattdessen über Regionalverkehr aufgebaut werden soll. Wo soll denn das landen, wenn wir die wichtigen Schienenverkehre innerhalb dieser Stadt gegenwärtig abbauen? Wo soll eine Elbquerung im Zusammenhang mit Schienenverkehr, der doch absolut notwendig ist, perspektivisch noch stattfinden, wenn wir Altona für den Fern- und Regionalverkehr zumachen, weil wir den Hauptbahnhof dringend entlasten müssen, weil der der wahre Knotenpunkt ist und die wahre Möglichkeit, wo wir nicht weiterkommen? Das

(Norbert Hackbusch)

heißt, wir machen für Jahrzehnte etwas zu, und das halte ich für die falsche Entscheidung. Deswegen brauchen wir dazu eine große Diskussion. – Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Herr Kienscherf für die SPD-Fraktion.

Dirk Kienscherf SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Hackbusch, das kann man natürlich so nicht stehenlassen. Ich weiß gar nicht, wie Sie auf die Idee kommen, hier wird irgendetwas stillgelegt. Die Situation, die wir derzeit haben, und das ist der Ausgangspunkt von allem, und das wissen Sie eigentlich auch – oder wenn Sie es nicht wissen, dann wäre es schlimm –, ist, dass wir mit dem Kopfbahnhof Altona derzeit einen nicht leistungsfähigen Bahnhof haben. Und dass wir im Gegensatz zum Kopfbahnhof Altona an dieser Stelle einen Bahnhof schaffen, der leistungsfähiger ist, und zwar deutlich leistungsfähiger, und dass wir keine Stilllegung von Schienenstrecken machen, sondern dass die Situation derzeit so ist, dass im Bahnhof Altona rund 15 000 Ferngäste die Fernbahn nutzen und wir 100 000 über die S-Bahn haben und über den Busverkehr. Und gerade die stärken wir doch. Der Ausgangspunkt der Diskussion war damals die Diskussion in dem Stadtteil, in Altona, wie wir mit diesem Kopfbahnhof umgehen, wie wir es schaffen, das Zentrum weiterzuentwickeln und wie wir es gleichzeitig schaffen, einen leistungsfähigeren Bahnhof an anderer Stelle zu bauen. Das war der Ausgangspunkt. Und darüber haben wir viele Jahre diskutiert. Es gab sehr viele Forderungen aus dem Stadtteil heraus. Da ging es um den ersten, um den zweiten Bauabschnitt, und ich bin von vielen Bürgerinnen und Bürgern immer wieder gefragt worden, lieber Herr Hackbusch: Schafft die Politik das wirklich, neben dem ersten Bauabschnitt auch den zweiten Bauabschnitt zu realisieren, oder habt ihr uns da verschaukelt? Und es war damals Olaf Scholz, der sich bei der Bahn dafür eingesetzt hat, dass dieser Bahnhof endlich verlagert wird. Das ist ein großer Erfolg und den kann man nicht kleinreden, er bringt Altona voran, wir schaffen Wohnungsbau, den wir deutlich brauchen, und wir schaffen einen leistungsfähigeren Bahnhof, und darüber haben wir in der Bürgerschaft über Jahre diskutiert. Und wir haben dazu auch mehrfach Beschlüsse gefasst, das dürfen Sie nicht verschweigen.

(Beifall)

Das, was Prellbock die ganze Zeit macht, ist das, was man ewig konterkariert hat. Und das, was hier geschehen ist, ist doch Folgendes: Ein Verein ist von draußen gekommen und hat gesagt, wegen einer Autoverladestation, die nicht berücksichtigt

worden ist, wo ein paar hundert Wagen oder noch weniger irgendwie im Monat abgefertigt werden, der hat das genommen und gesagt, wir wollen mit der Finanzbehörde, mit allen noch über ein paar andere Dinge sprechen. Das ist doch auch gut. Und dass da ein Kompromiss erzielt worden ist, ist doch gut, dass man noch einmal gesagt hat, diese Leistungsfähigkeit, da wollen wir das bestätigt haben von einem unabhängigen Gutachter, der wirklich sagt, ja, dieser Bahnhof ist wirklich leistungsfähig, und zwar anders, als es der alte Kopfbahnhof in Altona war. Dass es diese Einigung nun gibt, das ist doch ein gutes Signal, und dass außerhalb vor Gericht darum gestritten worden ist und dass sich die zusammgefunden haben, das ist doch ein gutes Signal und hat nichts damit zu tun, dass hier die Bürgerschaft in ihren Rechten beschnitten worden ist.

Die Bürgerschaft hat dazu klare Beschlüsse gefasst. Es geht stattdessen darum, dass die Bürgerschaft honoriert, dass sich dort Bürgerinnen und Bürger aktiv eingebracht haben, dass sie einen guten Kompromiss herausgehandelt haben, indem sich auch viele Dinge – das muss ich dann allerdings einmal sagen – wiederfinden, die auch die Politik doch unter anderem schon im Verkehrsausschuss letztendlich diskutiert hat. Das ist etwas, darauf können wir stolz sein, und nicht auf Ihre Legendenbildung, die Sie immer wieder aufs Neue versuchen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Frau Sudmann bekommt gleich noch einmal das Wort. Frau Sudmann, bitte noch einmal für die Fraktion DIE LINKE.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Das Trauma, das Herr Kienscherf erlitten hat, weil Leute zu ihm gesagt haben "lieber Herr Hackbusch" kann ich verstehen, aber das wollen wir nicht aufarbeiten.

Also, mehrere Legenden, die Sie gerade gebildet haben. Zum einen dieses Prellbock-Bashing, das hier betrieben wird: Ich weiß nicht, ob Ihnen klar ist, wer überhaupt die Klage in Gang gebracht hat. Prellbock hat mit dem VCD

(Zuruf)

gesprochen, der VCD hat dann geklagt, weil der VCD als Verband die Möglichkeit hatte. Das ist das Erste. Und Sie sagen gerade selbst, die Bürger und Bürgerinnen haben sehr gute Vorschläge gemacht. Genau, da waren Prellbock und VCD dabei, ehrenamtlich.

Dann haben Sie eben über das Testat gesprochen. Das Testat hat mitnichten auch Altona betrachtet, denn Sie haben sich da hingestellt und haben gesagt, Altona ist überhaupt nicht so leistungsfähig. Nein, es gab überhaupt gar keinen Auftrag, Altona alt zu untersuchen. Und gestern in der Telefonkon-

(Heike Sudmann)

ferenz war es doch sehr interessant, als ich nachgefragt habe: "Was kann Altona denn in der Spitzenzeit leisten, wie viele Züge gehen denn, kann Altona mehr als 31, weil doch Prellbock in der Presse gestern sagte, 45?", denn da hat der Vertreter der Deutschen Bahn, Herr Brahim, nichts mehr gesagt, nachdem er vorher sagte, Altona hat zurzeit weniger. Also, das heißt, auch da ist nicht wirklich mit offenen Karten gespielt worden, da konnten wir nicht im Ausschuss fragen.

Und der Flaschenhals, mein lieber Dirk Kienscherf, ist nicht der Bahnhof Altona, der Flaschenhals ist die Verbindungsbahn. Ich habe gestern den Vertreter der Deutschen Bahn auch noch einmal gefragt, was denn ist, wenn die Verbindungsbahn nicht mehr der Flaschenhals ist, wenn dann mehr Züge in Altona ankommen. Die Frage hat er nicht beantwortet. Also, was Sie überhaupt nicht gesagt haben, was so en passant in dem Testat steht, und das wird vielleicht die Abgeordneten aus Eimsbüttel interessieren, aber auch die Hamburger und Hamburgerinnen, es steht auf einmal darin, was vorher nicht so diskutiert wurde. Die Halte, so heißt es im Fachdeutsch, die Halte am Fern- und Regionalbahnhof Dammtor müssen reduziert werden, wenn man überhaupt am Diebsteich etwas erreichen will. Darüber müssen wir hier reden, das passiert nicht.

Die Telefonkonferenz war gestern schon interessant, denn bei einigen Punkten habe ich gemerkt, es ist durchaus strittig zwischen den Verhandlungspartnerinnen und -partnern. Die einen sagen, VCD sagt, wir wollen, dass auf gar keinen Fall irgendwo ein Abbau stattfinden kann, wir wollen 50 Prozent mehr Fahrgäste haben. Der DB-Vertreter eiert da irgendwie rum und sagt, ja, das ist anders darzustellen. Das sind alles Sachen, die gehören in den Ausschuss, die gehören in ein Protokoll, wo wir allesamt nachlesen können, was wann wo versprochen worden ist. Und diese Möglichkeit wollen Sie alle nicht haben, das finde ich wirklich erschreckend.

Ein letztes Wort: noch einmal alte Planungsgrundlagen. Ja, es stimmt, wir reden seit Jahrzehnten über diese Planung. Und diese Planungsgrundlagen sind auch teilweise zehn Jahre alt. Das war doch genau der Grund, warum die Klage überhaupt Erfolg haben konnte, weil ...

(Zuruf)

Ja, wegen der Autoverladung.

Und in Ihren Gesprächen haben Sie gemerkt, die 25 Züge in der Spitzenzeit sind gar nicht der Punkt, es ist mehr notwendig. Das heißt, Sie müssen die ganzen Unterlagen auch verändern. Und diese veränderten Planungsgrundlagen, die gehören hier zu uns als Abgeordnete. Das müssen wir diskutieren und nicht mit großen Augen Herrn Dressel angucken, Herr Dressel wird schon recht

haben und wir glauben alles. Nein, es ist nicht mein Job als Abgeordnete und auch nicht Ihr Job.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt zunächst Herr Dr. Tjarks und dann Herr Buschhüter. – Herr Dr. Tjarks.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich wollte einfach noch einmal darauf hinweisen, worüber wir jetzt eigentlich gleich abstimmen. Wir stimmen nämlich nicht mehr einfach nur über die Verlegung und den Neubau eines Bahnhofs ab, sondern wir stimmen in Wahrheit über ein Commitment der Deutschen Bahn ab, und zwar das Erste seit extrem langer Zeit, seit mehreren Dekaden – Herr Ehlebracht, man könnte es fast historisch nennen –,

(Zuruf)

das erste Commitment der Deutschen Bahn, um den Schienenverkehr in Hamburg, in und um Hamburg, um den gesamten Schienenknoten Hamburg massiv auszubauen. Und deswegen geht es nicht mehr nur um die Frage, soll das jetzt da oder dort in Altona stattfinden. Das war der Ausgangspunkt der Debatte. Wir stimmen jetzt darüber ab, ob wir in Altona, in Hamburgs Westen an einem neuen Ort, da, wo jetzt der Bahnhof Diebsteich ist, ein neues S-Bahn-Drehkreuz – Frau Domm hat es schon gesagt – schaffen mit einer S4-West, mit einer S32, mit einer S21. Wir stimmen darüber ab, ob wir beispielsweise prüfen sollen, dass wir eine neue Station, eine neue Mitte Altona haben. Wir stimmen darüber ab, dass die Deutsche Bahn wesentlich mehr in der Verpflichtung steht und der Bund einen neuen Tunnel quer durch Hamburg gräbt, und darüber, den entscheidenden Flaschenhals, die Verbindungsbahn zu erweitern. Und wir stimmen darüber ab, ob die Deutsche Bahn sich auf den Weg machen kann, selbst darüber nachzudenken, die Güterumgebungsbahn auch für den Personenverkehr zu ertüchtigen, wo wir in der langfristigen Perspektive große Potenziale sehen.

Darüber stimmen wir ab. Und ich möchte ausdrücklich sagen, dass jeder und jede, die heute gegen diesen Antrag stimmt, auch gegen diese Punkte stimmt, denn die hängen unmittelbar miteinander zusammen. Es wird nicht A kommen oder A nicht kommen und B passieren, sondern das ist sozusagen eine Gesamteinigung, wo das Eisenbahnbundesamt und die Deutsche Bahn und der Bund und die Freie und Hansestadt Hamburg und auch der VCD und wir ein Teil davon sind, zustimmen werden, und dann wird es in diese Richtung gehen. Und wo es erstmals geschafft worden ist, etwas, wo die Deutsche Bahn sonst immer total autark agiert und die Stadt auch so ein bisschen vielleicht gesagt hat, was kümmert uns das, was die Deutsche Bahn nicht hinkriegt, sie kriegt nichts

(Dr. Anjes Tjarks)

hin, dass wir gesagt haben, wir arbeiten zusammen und wir gehen gemeinsam in eine Zukunft, um den Schienenverkehr in Hamburg zu stärken.

Deswegen, Frau Sudmann, wenn Sie heute hier mit Nein stimmen, dann stimmen Sie gegen alle diese Maßnahmen, die nämlich nicht einfach so kommen werden, sondern sie hängen miteinander zusammen, die Maßnahmen, die Sie selbst in Ihrer ersten Rede als richtig und als gut qualifiziert haben.

(Zuruf)

Das müssen Sie dann selbst auch verantworten, wenn Sie hier vorn immer die nächsten fünf Jahre große Reden schwingen werden, dass wir jetzt die Verkehrswende brauchen, was ich richtig finde, aber dann muss man auch sagen, wie das geht, und das ist hier eine sehr essenzielle Weichenstellung bei dieser Geschichte.

(Beifall)

Ich meine, zu dem ganzen Thema Verfahren ist doch in Wahrheit schon viel gesagt worden. Aber ich finde es doch einmal bemerkenswert und will nur noch einen Aspekt hinzufügen: Eigentlich waren die Bürgerschaft und die Politik lange raus aus diesem Verfahren. Die hatten da gar keinen Platz mehr, denn das war alles schon genehmigt, und es gibt ein gerichtliches Verfahren. Und weil sich die Politik wieder eingemischt hat, weil sich der Finanzsenator eingemischt hat und weil er gesagt hat, uns ist ein Beschluss der Bürgerschaft wichtig, und zwar ein doppelter Beschluss, der übrigens in dieses Verhandlungsdokument auf Betreiben der GRÜNEN Fraktion hineingekommen ist, ist die Politik wieder dabei. Deswegen standen wir vor der Wahl da und nach der Wahl da, um über das zu diskutieren, uns einmal klar zu sagen, was für mich ... Und dann haben wir eine Situation, dass der Schienenverkehr mit dieser Einigung groß ausgeweitet wird, und das beklagen Sie jetzt auch noch, obwohl bei dem anderen Punkt die Politik schon lange raus war. Deswegen ist das Thema auch – inwieweit sind Sie genau beteiligt persönlich – an dieser Stelle wirklich eine Legendenbildung, und ich würde jetzt gern zur Abstimmung kommen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt hat zum Abschluss Herr Buschhüter das Wort für die SPD-Fraktion.

Ole Thorben Buschhüter SPD: Mit einer Legende möchte ich dann doch einmal aufräumen. Ich habe mich schon gewundert, liebe Heike Sudmann, warum das Thema Dammtor nicht schon in deinem ersten Beitrag angesprochen wurde, hatte gehofft, dass nach dem gestrigen Telefonat der Groschen gefallen wäre, und das Argument, das auch noch

einmal in der Zeitung auftauchte, dass Sie eingesehen haben, dass das nicht trägt.

Und was wurde eben suggeriert in dem Beitrag von Frau Sudmann? Es wurde suggeriert, dass wegen des neuen Bahnhofs Altona weniger Züge im Bahnhof Dammtor halten können oder müssen. Dass die Halte dort wegfallen. Das ist wirklich absoluter Unfug. Das muss man einmal wirklich so sagen. Die Frage, wie viele Züge am Dammtor halten oder nicht, hat nichts damit zu tun, ob der Altonaer Bahnhof im Norden oder im Süden ist. Schauen Sie sich den Kompromiss und die Vereinbarungen dazu sehr genau an. Das war dem VCD auch wahnsinnig wichtig, und deswegen verstehe ich gar nicht, wie man da dem VCD in diesem Punkt sogar in den Rücken fällt. Es ist nämlich so, alle wollen und sehen die Bedeutung von Dammtor, auch was die Entlastung des Hauptbahnhofs angeht, was Passagierbewegungen angeht, und wir wollen, dass so viele Züge wie möglich am Dammtor halten. Aber wir wollen nicht, dass mehr Fernverkehrszüge auf der Verbindungsbahn daran scheitern, dass nicht jeder dieser Züge auch am Dammtor halten kann. Man muss doch wissen, die zweigleisige Verbindungsbahn hat nur die Kapazität, die sie hat. Wenn Züge am Dammtor halten, dann halten sie den übrigen Verkehr auf. Das reduziert die Kapazität der Verbindungsbahn. Solange die Verbindungsbahn nicht viergleisig für den Fernverkehr nutzbar ist – und das ist genau das, worum es auch in dem Kompromiss geht und worüber wir uns freuen können, dass der Bund erkannt hat, dass hier eine große Investition in diesem Punkt notwendig ist –, solange das noch nicht umgesetzt ist, müssen wir wohl oder übel damit leben, dass mehr Züge auf der Verbindungsbahn nur gehen, wenn der eine oder andere Zug am Dammtor, wie auch jetzt schon übrigens üblich, nicht hält.

Da kann man eigentlich nicht dagegen sein. Der Versuch, diesen Punkt gegen Altona-Nord, gegen Altona-Diebstech zu verwenden, ist wirklich unredlich und zeigt noch einmal, dass den LINKEN jedes Argument, und sei es noch abwegig, recht ist, um das Projekt zu diskreditieren. – Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Carola Veit: Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht, dann können wir zu den Abstimmungen kommen, an denen die Abgeordnete Martin nicht teilnimmt.

Ich frage Sie zunächst, wer die Drucksache 22/57 an den Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung und Wahlprüfung überweisen möchte.

(Zurufe)

Das ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE. Wer möchte ihn an den Ausschuss überweisen? – Wer nicht? – Enthaltungen? – Dann ist das bei schmaler Beteiligung so überwiesen worden.

(Präsidentin Carola Veit)

Ich frage Sie, wer dann noch dem Überweisungsbegehren zur Drucksache 22/37, das ist der Antrag der SPD und der GRÜNEN, ebenfalls zustimmen möchte. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieser Antrag ist dann nicht überwiesen worden.

Deswegen kommen wir zur Abstimmung in der Sache über diesen Antrag, und ich frage Sie, wer ihm seine Zustimmung geben möchte. – Wer nicht? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist das bei wenigen Gegenstimmen mit großer Mehrheit so beschlossen worden.

Diesen Antrag möchten die Fraktionen von SPD und GRÜNEN ebenfalls nachträglich an den Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung und Wahlprüfung überweisen.

Wer möchte so verfahren? – Gibt es Gegenstimmen? – Oder Enthaltungen? – Dann haben wir das einstimmig so überwiesen.

Unsere

Sammelübersicht****

haben Sie erhalten.

Ich stelle fest, dass wir die unter A aufgeführte Drucksache zur Kenntnis genommen haben.

Ich frage Sie, wer den Überweisungsbegehren unter B zustimmt. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Wir kommen zum letzten Punkt unserer Tagesordnung, Drucksache 22/8, Dringlicher Senatsantrag: Haushaltsplan 2019/2020, Einzelplan 9.2, Abrech-

nung des Länderfinanzausgleichs für das Haushaltsjahr 2019: Genehmigung überplanmäßiger Kosten und weiterer erforderlicher Kosten nach Paragraf 39 und 35 LHO.

**[Dringlicher Senatsantrag:
Haushaltsplan 2019/2020, Einzelplan 9.2 – Allgemeine Finanzwirtschaft, Abrechnung des Länderfinanzausgleichs für das Haushaltsjahr 2019: Genehmigung überplanmäßiger Kosten nach § 39 Landshaushaltsordnung und Nachbewilligung weiterer erforderlicher Kosten nach § 35 Landshaushaltsordnung
– Drs 22/8 –]**

Wer möchte dem Senatsantrag seine oder ihre Zustimmung geben? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

Wir benötigen eine zweite Lesung.

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Der Senat ist einverstanden damit, dass wir sie sogleich durchführen. Deswegen frage ich Sie, wer dem Beschluss auch in zweiter Lesung so zustimmen möchte. – Wer möchte das nicht? – Enthaltungen? – Dann haben wir das auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende unserer heutigen Plenarsitzung. Wir sehen uns in drei Wochen, kommen Sie gut nach Hause und halten Sie bitte dabei Abstand.

Ende: 20.04 Uhr

**** Sammelübersicht siehe Seite 81.

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Cem Berk, Martin Bill, Miriam Block, Sabine Boeddinghaus, Olaf Duge, Mareike Engels, Dr. Carola Ensslen, Stephan Gamm, René Gögge, Eckard Graage, Andreas Grutzeck, Michael Gwosdz, Britta Herrmann, Regina-Elisabeth Jäck, Jennifer Jasberg, Stephan Jersch, Linus Jünemann, Annkathrin Kammeyer, Sandro Kappe, Metin Kaya, Lisa Kern, Martina Koeppen, Jan Koltze, Simon Kuchinke, Claudia Loss, Iftikhar Malik, Kirsten Martens, Vanessa Mohnke, Christa Möller-Metzger, Ivy May Müller, Dr. Christel Oldenburg, Lisa Maria Otte, Dennis Paustian-Döscher, Anja Quast, Thomas Reich, Dr. Stephanie Rose, Marc Schemmel, Britta Schlage, Frank Schmitt, Markus Schreiber, Silke Seif, Ali Simsek, Nils Springborn, Philine Sturzenbecher, Juliane Timmermann, Dr. Götz Wiese, Ekkehard Wysocki, Mehmet Yildiz, Güngör Yilmaz und Lena Zagst

Hinweis: Im Rahmen der durch die Corona-Pandemie erforderlichen Schutzmaßnahmen fand die Plenarsitzung im Großen Festsaal des Rathauses mit einer reduzierten Anzahl Abgeordneter statt.

Anlage 1

(siehe Seite 48)

Namentliche Abstimmung
über den Antrag der SPD, GRÜNEN, CDU und LINKEN:
Änderung der Geschäftsordnung der Bürgerschaft
Drucksache 22/55

Name	Abstimmungsergebnis
Kazim Abaci	Ja
Ksenija Bekeris	Ja
Maryam Blumenthal	Ja
Eva-Maria Botzenhart	Ja
Ole Thorben Buschhüter	Ja
Deniz Celik	Ja
Filiz Demirel	Ja
Sina Aylin Demirhan	Ja
Gabi Dobusch	Ja
Rosa Domm	Ja
Detlef Ehlebracht	Nein
Alske Freter	Ja
Dr. Anke Frieling	Ja
Olga Fritzsche	Ja
Gerrit Fuß	Ja
Anna Gallina	Ja
Dennis Gladiator	Ja
Norbert Hackbusch	Ja
Astrid Hennies	Ja
Danial Ilkhanipour	Ja
Sina Imhof	Ja
Sabine Jansen	Ja
Dirk Kienscherf	Ja
Thilo Kleibauer	Ja
Uwe Lohmann	Ja
Dominik Lorenzen	Ja
Gulfam Malik	Ja
Dorothee Martin	Ja
Alexander Mohrenberg	Ja
Zohra Mojadeddi	Ja
Farid Müller	Ja
Sami Musa	Ja
Ralf Neubauer	Ja
Ralf Niedmers	Ja
Dirk Nockemann	Nein
Andrea Nunne	Ja
Baris Önes	Ja
Cansu Özdemir	Ja
Milan Pein	Ja
Dr. Matthias Petersen	Ja
Arne Platzbecker	Ja
Lars Pochnicht	Ja
Dr. Miriam Putz	Ja
Dr. Gudrun Schittek	Ja
Hansjörg Schmidt	Ja
Marco Schulz	Nein
Sören Schumacher	Ja
Richard Seelmaecker	Ja
Ulrike Sparr	Ja
Olaf Steinbiß	Ja
Dr. Tim Stoberock	Ja
David Stoop	Ja
Birgit Stöver	Ja

Name	Abstimmungsergebnis
Heike Sudmann	Ja
Urs Tabbert	Ja
Dennis Thering	Ja
Insa Tietjen	Ja
Sarah Timmann	Ja
Dr. Anjes Tjarks	Ja
Dr. Sven Tode	Ja
André Trepoll	Ja
Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein	Ja
Yusuf Uzundag	Ja
Carola Veit	Ja
Dr. Isabella Vértes-Schütter	Ja
Krzysztof Walczak	Nein
Michael Weinreich	Ja
Dagmar Wiedemann	Ja

Anlage 2

(siehe Seite 48)

Namentliche Abstimmung**über den Antrag der Fraktionen der SPD, GRÜNEN, CDU und LINKEN:****Änderung der Geschäftsordnung der Bürgerschaft****Drucksache 22/59**

Name	Abstimmungsergebnis
Kazim Abaci	Ja
Ksenija Bekeris	Ja
Maryam Blumenthal	Ja
Eva-Maria Botzenhart	Ja
Ole Thorben Buschhüter	Ja
Deniz Celik	Ja
Filiz Demirel	Ja
Sina Aylin Demirhan	Ja
Gabi Dobusch	Ja
Rosa Domm	Ja
Detlef Ehlebracht	Nein
Alske Freter	Ja
Dr. Anke Frieling	Ja
Olga Fritzsche	Ja
Gerrit Fuß	Ja
Anna Gallina	Ja
Dennis Gladiator	Ja
Norbert Hackbusch	Ja
Astrid Hennies	Ja
Danial Ilkhanipour	Ja
Sina Imhof	Ja
Sabine Jansen	Ja
Dirk Kienscherf	Ja
Thilo Kleibauer	Ja
Uwe Lohmann	Ja
Dominik Lorenzen	Ja
Gulfam Malik	Ja
Dorothee Martin	Ja
Alexander Mohrenberg	Ja
Zohra Mojadeddi	Ja
Farid Müller	Ja
Sami Musa	Ja
Ralf Neubauer	Ja
Ralf Niedmers	Ja
Dirk Nockemann	Nein
Andrea Nunne	Ja
Baris Önes	Ja
Cansu Özdemir	Ja
Milan Pein	Ja
Dr. Matthias Petersen	Ja
Arne Platzbecker	Ja
Lars Pochnicht	Ja
Dr. Miriam Putz	Ja
Dr. Gudrun Schittek	Ja
Hansjörg Schmidt	Ja
Marco Schulz	Nein
Sören Schumacher	Ja
Richard Seelmaecker	Ja
Ulrike Sparr	Ja
Olaf Steinbiß	Ja
Dr. Tim Stoberock	Ja
David Stoop	Ja
Birgit Stöver	Ja

Name	Abstimmungsergebnis
Heike Sudmann	Ja
Urs Tabbert	Ja
Dennis Thering	Ja
Insa Tietjen	Ja
Sarah Timmann	Ja
Dr. Anjes Tjarks	Ja
Dr. Sven Tode	Ja
André Trepoll	Ja
Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein	Ja
Yusuf Uzundag	Ja
Carola Veit	Ja
Dr. Isabella Vértes-Schütter	Ja
Krzysztof Walczak	Nein
Michael Weinreich	Ja
Dagmar Wiedemann	Ja

Anlage 3**Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO**

für die Sitzung der Bürgerschaft am 1. April 2020

A. Kenntnisnahme

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
11	29	Volksinitiative "Hamburg soll Grundeinkommen testen!"

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
6	21/ 20264	Feststellung des Senats über das Zustandekommen der Volksinitiative "Bürgerbegehren und Bürgerentscheide jetzt verbindlich machen – mehr Demokratie vor Ort"	SPD, GRÜNEN, CDU, LINKEN, AfD	Ausschuss für Verfassung, Geschäftsord- nung und Wahl- prüfung
8	19	Jahresbericht 2020 des Rechnungshofs der Freien und Hansestadt Hamburg	SPD, GRÜNEN, CDU	Ausschuss für Verfassung, Geschäftsord- nung und Wahl- prüfung
9	20	Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Rechnungshofs im Haushaltsjahr 2018	SPD, GRÜNEN, CDU	Ausschuss für Verfassung, Geschäftsord- nung und Wahl- prüfung
10	34	28. Tätigkeitsbericht Datenschutz 2019 des Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit	SPD, GRÜNEN	Ausschuss für Verfassung, Geschäftsord- nung und Wahl- prüfung
13	16 Neuf.	Befristung von Eingriffen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie – Antrag der Fraktion DIE LINKE –	SPD, GRÜNEN, LINKEN	Ausschuss für Verfassung, Geschäftsord- nung und Wahl- prüfung